blätter des iz3w

onszentrum dritte we



ungsbewegungen

Nr. 162 Dez 89/Jan 90



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Iris Bauer, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Susanne Neymeyer, Mechtild Maurer, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Norbert Stamm, Detlev Vogel, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 163:
9.01.1990

Anzeigenschluß für Nr. 163:
(Druckfertige Vorlagen) 23.01.1990

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Titelfoto: Milizionärin in Managua, 1982. Aus: Cordelia Dilg: Nicaragua. Bilder der Revolution, Köln 1987. Mit freundlicher Genehmigung des Pahl-Rugenstein Verlag GmbH Köln.

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigung

**Über die letzte Ausgabe der „blätter" hat sich so manche(r) LeserIn vermutlich gewundert: aus Seite 2, wo man sonst das Inhaltsverzeichnis vermutet, prangte eine nicht eben unauffällige Anzeige, während die Inhaltsübersicht auf der vorletzten Seite versteckt war.
Wir entschuldigen uns für diese Seitenvertauschung.**

Ein Grund zum Feiern?

Das Wahlergebnis in Namibia



Namibia hat den Kolonialismus Anfang November erwartungsgemäß abgewählt. An der ersten freien Wahl in der ehemaligen deutschen Kolonie nach mehr als hundertjähriger Fremdherrschaft nahmen fast alle registrierten Wahlberechtigten teil, nahezu 97 Prozent. Sie wählten stolz, selbstbewußt und gelassen. Offensichtlich kam es - trotz mancher Skepsis, auch des Autors - zu keinen größeren Manipulationen, die das Wahlergebnis verfälscht hätten. Jedenfalls werden Verlauf und Ausgang der Wahl bislang von keiner Seite ernsthaft in Frage gestellt - im Gegenteil: Die Parteien, „Sieger“ und „Unterlegene“, haben das Ergebnis ausdrücklich anerkannt. Ebenso die Kolonialmacht Südafrika: Sie akzeptierte offiziell - und sprach der Siegerin SWAPO, wenn auch zähneknirschend, ihre Glückwünsche aus. Sowohl die UNO als auch die tausendfach anwesenden ausländischen BeobachterInnen haben keinen Zweifel daran gelassen: Das waren freie und faire Wahlen im Sinne der UN-Resolution 435.

Wie erwartet heißt der Sieger der Wahl SWAPO: Sie erreichte 384.567 Stimmen oder 57,3 Prozent. Das Ergebnis liegt damit genau in der Mitte zwischen der „Mindestmarke“ der absoluten Mehrheit und der von der SWAPO-Führung erhofften, von vielen aber als unrealistisch eingeschätzten oder sogar gefürchteten Zweidrittelmehrheit.

Zweitstärkste Kraft wurde das - im namibischen Spektrum rechtsliberale - Bündnis der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) mit 191.532 Stimmen (=28,6 Prozent). Auch dies keine große Überraschung, obgleich die DTA in den Voraussagen eher bei 20 als bei 30 Prozent gehandelt worden war und das Ergebnis insofern durchaus als Erfolg verbuchen konnte.

Die beiden ersten Plätze waren von realistischen BeobachterInnen, mehr oder weniger, so erwartet worden. Darüber hinaus hatte allein das Reich der Spekulationen geherrscht. Wie verteilen sich nun die restlichen 14 Prozent? Zur größten Kraft unter den kleinen avancierte das Bündnis der „United Democratic Front“ (UDF) mit dem „Damara-Rat“ unter Justus Garoeb: Es erreichte 37.874 Stimmen (= 5,7 Prozent); im Wahlbezirk „Damaraland“ (benannt nach dem ehemaligen Homeland) holte es mit 55 Prozent der Stimmen sogar die absolute Mehrheit, in Outjo, im nördlichen angrenzenden Gebiet, über 20 Prozent.

Viertstärkste Partei wurde die rechte Nationale Christliche Aktion (ACN), die die alte Nationale Partei repräsentiert, mit immerhin 23.728 Stimmen (= 3,5 Prozent), die wohl hauptsächlich von Weißen, und hier von Buren, stammen dürften.

Die Bündnisse „National Patriotic Front of Namibia“ (NPF) unter Führung der „progressiven“ SWANU und die „Federal Convention of Namibia“ (FCN), die haupt-

sächlich im Bezirk der „Rehotboth Basters" unterstützt wurde (dort belegte sie hinter der DTA den zweiten Platz), übersprangen gerade die 10.000-Stimmen-Hürde und erreichten jeweils knapp 2 Prozent. Die „Namibia National Front" (NNF) der SWANU-Abspaltung, die sich an der Interimsregierung beteiligt hatte, kam auf 5344 Stimmen (= 0,8 Prozent). Alle übrigen Partien scheiterten und erhielten keinen Sitz in der Verfassunggebenden Versammlung.

Die Stimmabgabe wurde, getreu dem Grundsatz „One man - one vote", nicht nach ethnischen Kriterien ausgewertet, so daß nicht zuverlässig gesagt werden kann, wie z.B. die Weißen als „ethnische Gruppe" stimmten. Es liegen lediglich Informationen über die Stimmabgabe in den einzelnen Wahlbezirken vor, die nur bedingt aussagekräftig sind: Keine/e WählerIn, egal wo er/sie ansässig ist, war nämlich gezwungen, in einem bestimmten Bezirk zu wählen - notwendige organisatorische Reaktion auf die fortbestehende Wanderarbeit. So wählten fast 100.000 NamibianerInnen in einem anderen Bezirk als in dem, in dem sie sich registriert hatten. Interessant sind die Ergebnisse in Windhoek, dem Schmelztiegel Namibias, in dem sich alle Volksgruppen und Schichten vereinen, und im bei weitem größten Wahlbezirk Ovambo, in dem fast ein Drittel aller WählerInnen ihre Stimme abgaben:

Windhoek	Ovambo
SWAPO 46 %	92 %
DTA 36 %	4 %
UDF 7 %	2 %
ACN 5 %	0 %
NPF 2 %	0 %
FCN 1 %	0 %
NNF 2 %	0 %

Die SWAPO hat die Wahl im bevölkerungsreichen Norden gewonnen; über die Hälfte ihrer Stimmenzahl ereichte sie allein in Ovambo. Außerhalb dieses Gebietes lagen die SWAPO und die DTA etwa gleichauf; ohne die „tendered ballots" - also die Stimmen derer, die außerhalb ihres Registrierungsbezirks abstimmten - hatte die DTA die Nase sogar deutlich vorn.

Auch daß in immerhin vierzehn von 23 Wahlbezirken die DTA vor der SWAPO, diese aber nur in acht vor jener lag (in einem gewann, wie gesagt, die UDF), zeigt, daß die DTA durchaus als relevante politische Kraft in Namibia einzuschätzen ist. Dort, wo SWAPO siegte, belegte die DTA stets souverän den zweiten Platz. Nicht so umgekehrt: Nur in zehn der vierzehn von der DTA „gewonnenen" Wahlbezirke kam die SWAPO auf Rang 2; in vier weiteren belegte sie lediglich den dritten Platz, nämlich in Outjo (Zweiter wurde die UDF), im Kakoland (NPF), in Rehoboth (FCN) und in Karasburg (ACN). Namentlich in den südlichen Bezirken schnitt die SWAPO erheblich schlechter ab, als sie - und viele BeobachterInnen - dies erwartet hatte. Ob das damit zusammenhängt, daß es vornehmlich NamibianerInnen aus dem Süden waren, die von der SWAPO in den vergangenen Jahren in Angola eingekerkert und gefoltert worden waren, wird noch im einzelnen zu diskutieren sein.

Die 72 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung (VV) verteilen sich wie folgt:

SWAPO (41 Sitze), DTA (21 Sitze), UDF (4 Sitze), ACN (3 Sitze), NPF (1 Sitz), FCN (1 Sitz) und NNF (1 Sitz).

Damit verfügen DTA und ACN zusammen über genau ein Drittel der Sitze. Die SWAPO allein kann die für die Verabschiedung der Verfassung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht aufbringen. Sie ist also auf Zusammenarbeit mit anderen Kräften angewiesen. Dabei sind zwei Richtungen denkbar: Entweder sie schließt den Versuch einer Kooperation mit der zweitstärksten politischen Kraft, der DTA, grundsätzlich aus - mit der Folge, daß sie gezwungen wäre, den Kompromiß mit UDF, NPF, FCN und NNF zu suchen, ohne hier auch nur eine Stimme zu verlieren. Oder sie bezieht eine, wie auch immer geartete, Zusammenarbeit mit der DTA ein, um die Verfassung nicht in einer Kampfabstimmung durchsetzen zu müssen.

Schon jetzt sind Anzeichen erkennbar, daß die SWAPO eher den zweiten Weg gehen und sich ernsthaft bemühen wird, für die künftige Verfassung Namibias einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Gewiß geht es ihr dabei auch darum, immer noch bestehende Ängste - nicht nur in der weißen Bevölkerung - vor einem Ein-Parteien-Staat und einer mangelnden Verankerung der Menschenrechte und der Unabhängigkeit der Justiz abzubauen.

Auf der Grundlage der neuen Verfassung, die im März/April 1990 beschlossen werden soll, wird sich die Verfassungsgebende Versammlung vermutlich als erstes frei und fair gewähltes Parlament Namibias konstituieren. Die SWAPO wird mit ihrer klaren Mehrheit zweifellos die Regierungsmacht übernehmen. Aber auch dann dürfte es eher unwahrscheinlich sein, daß sie in Anbetracht der vor ihr liegenden Probleme auf die Mitarbeit von ausgewiesenen Fachleuten auch außerhalb ihrer Reihen verzichten kann. Diese Probleme sind wahrhaftig riesig.

Der SWAPO wurde von der namibischen Bevölkerung eine enorme Verantwortung übertragen. Die Wirtschaft des Landes muß grundlegend umgestellt, eine Landreform durchgesetzt werden. Ökologische Prinzipien, in der kolonialen Vergangenheit brutal mißachtet, müssen unverzüglich angewandt werden. Für alle wäre es schlimm, wenn der politische Umbruch in Namibia nicht zu einer raschen substantiellen Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung führen würde. Die faktische koloniale Abhängigkeit Namibias von Südafrika muß auf allen Ebenen bekämpft werden - und es ist in der Tat zu erwarten, daß die (bald ehemalige) Kolonialmacht nicht kampflos aus ihrer ökonomischen und militärischen Interessensphäre weichen wird.

Schließlich bleibt zu hoffen, daß die SWAPO vor dem Hintergrund ihres Erfolges nun auch in der Lage sein wird, sich mit den blinden Flecken ihrer eigenen Vergangenheit selbstkritisch öffentlich auseinanderzusetzen. Sie hat das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit trotz der Foltervorwürfe gegen sie erlangt - sie hat darum keinen Grund, sich deren Aufarbeitung aus taktischen oder sonstigen Überlegungen zu verweigern. Im Gegenteil: Eine offene Auseinandersetzung (z.B. durch Einsetzung einer Untersuchungskommission) wäre ein erster Schritt hin zur Demokratisierung in ganz Namibia.

Michael Vesper
(Fraktionsgeschäftsführer
der Grünen im Bundestag)

Bushs Wahlkampf für die Contra



Violeta Chamorro und Virgilio Godoy

Violeta Chamorro kam am 14.11.1989 in die Bundesrepublik. Eingeladen hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung. V. Chamorro ist die Präsidentschaftskandidatin des nicaraguanischen Rechtsbündnissess U.N.O. und Herausgeberin der Tageszeitung „La Prensa". Nicht zufällig kam sie direkt aus Washington, denn sie ist die Kandidatin der USA bei den bevorstehenden Wahlen in Nicaragua. Mit ihrer Partei, die als legaler Arm der Contra bezeichnet werden kann, soll die Contra als politische Kraft am Leben erhalten werden.

Die zentralamerikanischen Präsidenten vereinbarten bei ihrem Gipfeltreffen in El Salvador im Februar 1989, daß die Wahlen in Nicaragua neun Monate früher als vorgesehen stattfinden sollen. Gleichzeitig beschlossen sie einen Plan zur Auflösung der Contra. Dieser Plan hätte bis zum 15. Mai '89 vorgelegt werden müssen.

In dieser Situation konnte die neue US-Regierung unter George Bush nicht die Mittelamerikapolitik Reagans fortführen. Ihre neue Strategie sah folgende Maßnahmen vor:
— die zentralamerikanischen Friedensbemühungen zu blockieren und vor allem eine Auflösung der Contra zu verhindern;
— die Contra mit „humanitärer" Hilfe am Leben zu halten und damit ein militärisches Druckmittel für eine mögliche Reaktivierung nach den Wahlen zu haben;
— die Wahlen für eine legale Machtübernahme der Contra zu nutzen und hierfür das Rechtsbündnis U.N.O. aufzubauen;
— die Wirtschaftskrise in Nicaragua zu verschärfen, z.B. durch die Verlängerung des Handelsembargos und der Kreditsperre, um aus der Notlage der Bevölkerung politisches Kapital für die U.N.O. zu schlagen;
— für den Fall, daß die U.N.O. die Wahlen nicht gewinnt, dies auf die angeblich ungleichen Chancen der Opposition zurückzuführen, um der neuen FSLN-Regierung nach wie vor die Legitimation zu entziehen.
Mit anderen Worten: die USA betrachten die Wahlen als eine neue Ebene des Krieges gegen die Sandinisten.

Im März 1989 verabschiedeten Republikaner und Demokraten das sogenannte Zweiparteienabkommen, in dem einerseits die Wahlen in Nicaragua begrüßt werden, womit sich bereits die Verlagerung der Kriegsführung auf die politische Ebene andeutete, andererseits „humanitäre" Hilfe für die Contra befürwortet wird, um so die militärische Komponente zu erhalten. Damit blockierte die USA zunächst die Vereinbarungen von Esquipulas IV und bewilligten auch sogleich 66 Mio. US-Dollar für die Contra bis zum Februar 1990.

Um die Manöver der USA zu durchkreuzen, setzte die nicaraguanische Regierung darauf, ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Zum nächsten Präsidentengipfel in Tela/Honduras fuhr Daniel Ortega mit dem Abkommen des Nationalen Dialogs vom 4.8.89, in dem sich selbst die Vertreter des Rechtsbündnisses U.N.O. mit der Regierung auf Mechanismen des Wahlkampfes und auf die Forderung nach Auflösung der Contra geeinigt hatten.

Trotz aller Interventionsversuche der USA konnte nicht verhindert werden, daß das Treffen mit einer Vereinbarung über die Auflösung der Contra bis Dezember 1989 endete. Für die Contra bedeutete Tela das vorläufige Ende. Ihre Rolle liegt in den nächsten Monaten darin, mit bewaffneten Aktionen und Morden an FSLN Leuten den Wahlkampf der FSLN auf dem Land zu verhindern, sowie selbst als „bewaffnete Wahlkampfhelfer" der U.N.O. aufzutreten, wie jüngst bei den Einschreibungen in einigen Dörfern im Norden Nicaraguas. Hierin liegen auch die Gründe für die Aufhebung des Waffenstillstandes durch die nicaraguanische Regierung.

U.N.O. – die Partei der USA

Das Rechtsbündnis U.N.O. ist die Partei der USA bei diesen Wahlen. Das heißt nicht nur, daß die USA auf diese Partei als Wahlsieger setzt, sondern es bedeutet, daß die USA massiv zu ihrer Entstehung beigetragen hat.

Bezeichnenderweise findet sich ein Großteil der zurückgekehrten Contra-Führer in den Parteien der U.N.O. wieder. Selbst ihren Namen hat sie von der Contra übernommen, die sich zwischen 1985 und 1987 ebenfalls U.N.O. nannte.

Kenner der Counterinsurgency Politik der USA, wie der ehemalige CIA Agent David Mac Michael, haben detailliert aufgedeckt, mit welchen Mitteln der Desinformation und über welche US-Agenturen der Wahlsieg der U.N.O. garantiert werden soll.

Die zentrale US-Einrichtung hierfür ist das National Endowment for Democracy (NED), eine aus Kongreß-Geldern gespeiste, formell private Organisation, die 1983 nach dem Vorbild deutscher Stiftungen aufgebaut wurde. Mit Geld und Experten des NED wurden bereits die Wahlen in Chile, Frankreich (dort wurde die anti-kommunistische Force Ouvriere und eine anti-kommunistische Studentengruppe finanziell unterstützt) und den Philippinen beeinflußt.

Newsweek meldete am 9.10.89, daß über das National Endowment die ersten 3,5 Mio. US-Dollar, die der US-Kongress im Juni 1989 zur Beeinflussung der nicaraguanischen Wahlen bewilligt hatte, an die U.N.O. weitergeleitet wurden. Zusätzlich hätte der CIA 5 Mio. US-Dollar verdeckt eingesetzt. Mitte Oktober bewilligte der Kongreß weitere 9 Mio. US-Dollar, von denen wiederum der größte Teil der U.N.O. und ihrem Umfeld zugute kommen sollte. Dies entspricht inzwischen einer „Investition" von 4,5 US-Dollar pro wahlberechtigtem Nicaraguaner für den Wahlsieg der U.N.O...

Unterstützung aus der BRD

Ende September hat US-Außenminister James Baker bereits seinen Kollegen Genscher dringend um bundesdeutsche Hilfe für die U.N.O. gebeten. Nichts neues, denn die FDP-nahe Naumann-Stiftung unterstützte den jetzigen Vizepräsidentschaftskandidaten der U.N.O., den Liberalen Vigilio Godoy, bereits vor Jahren — mit Geldern auf sein Privatkonto, was ihm ehemalige liberale Parteifreunde jetzt in Nicaragua vorwerfen.

Auch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt ihrerseits seit Jahren Organisationen im politischen Umfeld der U.N.O., wie die rechte Menschenrechtskommission CPDH, Einrichtungen des Unternehmerverbandes COSEP oder das Bildungsinstitut der Christlich Sozialen Partei INCESP.

Über dies Institut sowie über den Freiberuflerverband CONAPRO wird der aktuelle Wahlkampf der U.N.O. mitfinanziert, indem die Adenauer Stiftung dort die Ausbildung von sogenannten „Fiscales" bezahlt. Sie sollen als neutrale Wahlüberwacher eingesetzt werden, sind aber Wahlkampfhelfer für die U.N.O., die sich nicht nur für eine hohe Einschreibeqoute stark machen, sondern der Bevölkerung auch klarmachen werden, für wen sie ihre Stimme abgeben soll.

Dieser offenen Unterstützung der USA-Strategie seitens der Adenauer-Stiftung ging ein Kurswechsel voraus, da sowohl die Christdemokratische Internationale wie auch die Organisation der lateinamerikanischen Christdemokraten bislang noch die beiden gemäßigten christdemokratischen Parteien PSC und PPSC unterstützen. Beide waren auch mit eigenen Kandidaten zur Wahl angetreten und haben sich scharf von der U.N.O. distanziert, da nach ihrer Meinung mit so deutlicher Verbindung zu den USA in Nicaragua keine Mehrheiten zu gewinnen sind.

Violeta Chamorro — die Kandidatin von George Bush

Mit der Wahl von Violeta Chamorro und Vigilio Godoy hat sich als Präsidentschaftskandidaten das Paar der USA durchgesetzt. Die traditionellen Coordinadora-Parteien wollten zunächst den Unternehmerverbandschef Bolanos als Kandidaten, mußten aber mitansehen, wie die USA ihre „Option" unter den 14 zerstrittenen Parteien durchsetzen. Wie es heißt wurden den Parteien Dollarpakete vom ehemaligen Contra-Führer Alfredo Cesar für die Stimmabgabe für Violeta Chamorro und Vigilio Godoy geboten.

Als Witwe des bürgerlichen Oppositionspolitikers Pedro Joaquin Chamorro, der 1978 von Somoza ermordet wurde, war Violeta Chamorro Mitglied der ersten Regierungsjunta. Allerdings hatte sie mit Hilfe von Venezuelas Präsident Carlos Andrez Perez bis zuletzt versucht, eine Regierungsbeteiligung der FSLN zu verhindern. Im April 1980 schied sie aus der Regierung aus, da ihr die sozialen Reformen der FSLN zu weit gingen. Seitdem widmet sie sich ihrer Zeitung „La Prensa", brachte sie auf radikalen Oppositionskurs und in die direkte Nähe der us-finanzierten Contras, zu deren Führern auch ihr Sohn Pedro Joaquin Chamorro Junior zählte. Ihr Schwager Xavier Chamorro verließ bald nach diesem Ausverkauf an die USA mit der Hälfte der damaligen Belegschaft von „La Prensa" die Zeitung und gründete eine eigene Tageszeitung, „El Nuevo Diario". Seitdem ist „La Prensa" das Sprachrohr der Contra und wird direkt aus den USA finanziert, u.a. von National Endowment mit 282.500 US-Dollar zwischen 1985 und 1988. (Vgl. Untersuchung von John Spicer Nichols, Prof. für Kommunikation an der Universität von Pennsylvania, veröffentlicht in Columbia Journalism Review, Juli/August 1988; Jahresberichte von NED).

In einem persönlichen Brief an Senator Dole bat Violeta Chamorro am 17. Oktober 1989 um weitere US-Hilfe, diesmal für die U.N.O. „Meine Kollegen in der U.N.O. und ich glauben, daß die Stimmabgabe im Februar mehr ist als eine Wahl. Es ist ein Referendum, eine Chance für das nicaraguanische Volk, zwischen Demokratie und Diktatur zu wählen. (...) Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und die Unterstützung aller Mitglieder des US-Senats für diese historische Aufgabe", schrieb sie nach Washington.

Violeta for President?

Viele Beobachter bezweifeln, daß mit Violeta Chamorro Mehrheiten zu gewinnen sind. Sie ist bekannt für ihre Verallgemeinerungen und ihren ungebrochenen Anti-Kommunismus. Ihr wurde der ehemalige Contra-Führer Alfredo Cesar als Wahlkampfmanager an die Hand gegeben, der offensichtlich zum einen für die sinnvolle und effektive Verwendung der US-Gelder Sorge tragen und zum anderen peinliche öffentliche Auftritte von Violeta Chamorro verhindern soll.

Auch in Bonn wollte sie selten selbst auf Fragen der Journalisten antworten. Sie hatte ihre rechte Hand, Senor Lacayo mitgebracht, der alle heiklen politischen Fragen beantwortete.

Alleine mit der Unterstützung der USA ist eben doch schwer ein Wahlkampf zu führen, der die Menschen überzeugt. So setzt die U.N.O. auf Manipulation: Manipulation mittels unseriöser Meinungsumfragen, Manipulation mittels ihrer Zeitung „La Prensa", Manipulation mittels finanzieller Zuwendungen und Versprechungen, und Manipulation der internationalen Öffentlichkeit, an der sich auch die Contra-Freunde in der BRD massiv beteiligen.

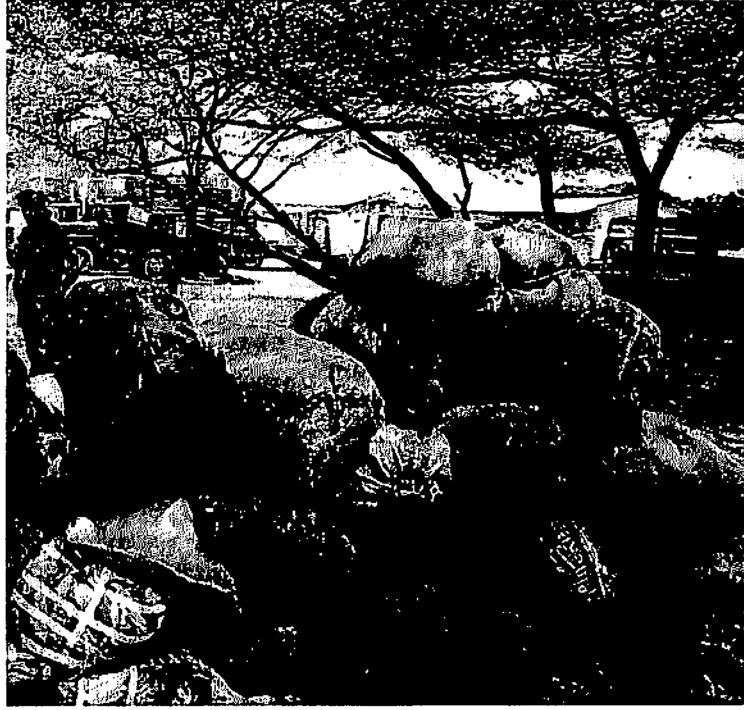
Der Schriftsteller Salman Rushdie schrieb nach einem Besuch bei Violeta Chamorro im Sommer 1986 zutreffend: „Dona Violetas eigener Standpunkt war frei von Zwiespältigkeiten. Ihr Widerstand gegen die FSLN kannte keine Trübungen und Grauzonen. (...) Aber ich muß gestehen, daß mir die Vorstellung, diese aristokratische Dame sei dem Volk näher als Leute wie, sagen wir, Carlos Paladino in Matagalpa oder Mary Ellsberg in Bluefields oder selbst Daniel Ortega, nicht sehr einleuchtend vorkam. Und ich bin mir fast sicher, daß mein Mißtrauen nichts mit ihren Juwelen zu tun hatte." (Salman Rushdie, Das Lächeln des Jaguars)

Barbara Lucas,
Informationsbüro Nicaragua e.V.

Wirtschaftsfaktor

Kokain

Die von den kolumbianischen Drogenbaronen kontrollierte Kokainherstellung ist heute die führende Agroindustrie Lateinamerikas. Mit ihren Geschäften steht und fällt auch die peruanische Ökonomie. Sie wäre ohne die Kokaproduktion längst völlig zusammengebrochen.



Beschlagnahmtes Kokain in Peru

Die USA und Westeuropa gaben 1988 40 Mrd. US-Dollar für den Kauf von Kokain aus. Drei Viertel der Länder dieser Erde verfügen über einen kleineren Staatshaushalt. Von dieser Riesensumme blieben weniger als fünf Prozent in den Hauptanbaustaaten Peru und Bolivien. Etwa weitere 15 Prozent steckte der im wesentlichen von der kolumbianischen Drogenmafia kontrollierte Großhandel ein. In den Industrieländern wird nicht nur durch den Endverkauf Profit gemacht. Auch der größte Teil der für die Verarbeitung der Kokablätter zu Rohkokain (pasta básica, PBC) notwendigen Chemikalien kommt von den Chemiemultis unserer Breiten: Aufgrund seiner guten Qualität ist Aceton von der bundesdeutschen Firma Merck hier Marktführer.

Die Profitträchtigkeit des Drogenmarktes, sein dynamisches Wachstum und die vergleichbar einfache Produktion des Rohstoffes werfen jedoch auch ihren Teil für einige hunderttausend Bauern, Lohnarbeiter, Paramilitärs, etc. ab. Ganz zu schweigen von den Millionen Schmiergeldern und Abgaben an die jeweilige Staats- oder Kontrollmacht: Sei es Polizei, Armee, Justiz oder die Guerilla „Leuchtender Pfad" (PCP-SL).

Im größten Koka-Anbaugebiet der Erde, dem oberen Huallagatal in Peru, werden 60. bis 80.000 Hektar mit Koka bepflanzt. Diese Menge deckt 55 Prozent des Weltbedarfs an Kokain. Der Anbau ist in Peru nicht illegal. Koka ist eine seit Jahrtausenden benutzte Kulturpflanze, die auch heute noch von hunderttausenden Hochlandindianern zur Neutralisierung von körperlicher Anstrengung oder Hunger gekaut wird. Es gibt eine staatliche Koka-Gesellschaft (ENACO), die die Blätter aufkauft, um davon zum Beispiel Grundstoffe für Medikamentenproduktion zu gewinnen. Die ENACO zahlt den Bauern derzeit etwa drei US-Dollar für die Arroba (11,5 kg), der illegal gezahlte Preis der Drogenmafia ist jedoch sieben- bis achtmal so hoch. Die Preisdifferenz zu anderen landwirtschaftlichen Produkten ist hoch und wird noch höher, je weiter das Koka verarbeitet ist. Für das Kilo Rohkakao erhält der Produzent zwei US-Dollar, für das Kilo Rohkokain 1.000 US-Dollar.

Seit Mitte der 70er Jahre ist der Anteil der Kokafelder von wenigen Prozent auf heute über 40 Prozent angewachsen (Zum Vergleich: Mais 14%, Ölpalmen 12%, Kakao 11,5%). Die fallenden Weltmarktpreise beschleunigten diese Umstrukturierung.

Die Drogenmafia wurde auf die Region am Huallaga aufmerksam. Ursache hierfür war, neben den günstigen klimatischen Voraussetzungen, die absolute Vernachlässigung der Region. Fehlende Marktanbindung, unzureichende Infrastruktur und fehlende Kredite auf der einen Seite sowie eine junge Migrantenbevölkerung (aus dem Hochland) mit so gut wie keiner eigenen Organisationsstruktur gaben den sozialen Sprengstoff für das, was die Regierung heute „Narco-Terrorismo" nennt.

Bis Mitte der 80er Jahre kontrollierten die Kolumbianer des Medellin- und Cali-Kartells relativ ungehindert den illegalen Handel. Mit Hilfe ihrer „Sicarios" (Killer) setzten sie gegenüber den Kleinbauern die Preise für den Aufkauf der Kokablätter fest. Dies änderte sich erst mit dem Auftauchen der Guerilla, die ähnlich wie die kolumbianische FARC-Guerilla begann, die Kokaproduzenten gegen die Drogenbarone zu organisieren. Bis 1988 hatte die Guerilla Sendero Luminoso ihre Präsenz in der gesamten Kokazone konsolidiert: nicht nur gegenüber der Mafia und der Polizei, sondern auch gegenüber politischen Rivalen, wie der Guerilla MRTA. Nachdem die Kontrahenten ausgeschaltet waren und Sendero Luminoso (SL) sich als führende Macht durchgesetzt hatte, gewann die Organisation schnell das Vertrauen der örtlichen Bevölkerung.

Selbst nach Einschätzung von Militärs und konservativer Presse genießt SL in der Region am oberen Huallagafluß die Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Lima spricht hier kaum jemand von „Terroristen", sondern von „der Partei, der Bewegung und den Compañeros". (Eine gründliche Analyse von Politik und Ideologie Sendero Luminosos findet sich im Themenblockteil dieses Heftes.)

Die materielle Situation der mehrheitlich von der Kokaproduktion lebenden Bevölkerung hat sich verbessert. Die Bauern erhalten höhere Abnahmepreise von den „Narcos", die Kokapflücker höhere Löhne von den Plantagenbesitzern

Finanziert wird dies aus der Revolutionssteuer, die der Drogenhandel an SL zu zahlen hat. Die Schätzungen darüber, wieviel SL hierbei jährlich verdient, gehen aus-

einander, aber es könnten 20 bis 30 Millionen US-Dollar sein.

Die Eingriffe der Senderisten in die regionale Ökonomie beschränken sich anscheinend auf die Sicherung der Subsistenzproduktion der Zone, d.h. neben Koka muß auch soviel Mais oder Reis produziert werden wie zum Überleben der Region notwendig ist. Die Lieferung von Lebensmitteln aus der Zone heraus, also zum Beispiel nach Lima, ist untersagt.

Drogenbekämpfung als Aufstandsbekämpfung

Die Rolle des peruanischen Zentralstaates außerhalb der Küsten- und Provinzstädte war immer marginal. Neben Bürgermeister, Friedensrichter und örtlicher Polizeistation existierten auf dem Land an staatlicher Infrastruktur meistens nicht mehr als eine Straße, die Grundschule und eventuell ein Gesundheitsposten. In der Kokazone verstärkte sich diese Präsenz mit Beginn der ersten Drogenbekämpfungsprogramme 1979. Auf Empfehlung der nordamerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) wurde der Polizei (nicht der Armee) die Drogenbekämpfung übertragen.



Sendero - Guerilla in Huallaga (Peru)

Schon seit Anfang der 80er Jahre gibt es drei zivil-militärische Programme amerikanischer Behörden im Gebiet des Alto-Huallaga. 1980 begann die DEA, 350 Polizisten der Guardia Civil zu einer mobilen Patrouilleneinheit (UMOPAR) auszubilden und zu finanzieren. Die Spezialeinheit ist bekannt für Diebstahl, Folter und Repression gegen die Koka anbauenden Kleinbauern und die „kleinen Fische" des Drogenhandels. Seit 1985 werden jährlich zwei Anti-Drogen-Operationen durchgeführt, anläßlich derer einige Landepisten und Laboratorien zerstört werden. Die Effektivität dieser Maßnahmen darf stark bezweifelt werden, da sie nur recht kurzfristige Auswirkungen haben. Hand in Hand mit UMOPAR arbeitet seit 1983 das Projekt zur Kontrolle und Verringerung der Koka-Kulturen („CORAH"). Zielgruppe für dieses Programm, mit einem jährlichen Budget von 1,3 Millionen US-Dollar, sind wiederum die Anbauer. Sie erhalten beispielsweise für einen Hektar zerstörte Kokafelder 100,- US-Dollar. Die in einem Jahr auf diesem Hektar geerntete Menge an Kokablättern würde jedoch etwa 12.000,- US-Dollar einbringen. Es leuchtet ein, daß so gesehen kein Bauer freiwillig seine Kokafelder zerstört. Die Aktion von UMOPAR und CORAH sind nach Meinung vieler Beobachter Hauptgrund dafür, daß die Kokaproduzenten Sendero zugetrieben wurden.

Die Alternative zum Koka-Anbau soll ein Spezialprogramm (PEAH) zur Entwicklung von Substitutionskulturen, finanziert von der amerikanischen Entwicklungsbehörde AID, sein. Zwischen 1981 und '86 gaben die Amerikaner 18 Millionen US-Dollar für die Entwicklung von Alternativkulturen (Kakao, tropische Früchte) aus und zwischen 1987 und 1991 sollen sogar knapp 2 Mio. US-Dollar bereitgestellt werden.

Trotz der vergleichsweise hohen Mittel, die für Substitutionsprogramme zur Verfügung gestellt werden, stehen polizeiliche Maßnahmen nach wie vor im Vordergrund. Diese richten sich nicht gegen den Drogenhandel, also die organisierte Mafia, sondern gegen die Koka anbauenden Campesinos und gegen die Guerilla. Unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung wird Aufstandsbekämpfung betrieben.

Ginge es wirklich um eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels müßten mehr ökonomische Alternativen statt polizeilicher Repression angeboten werden, müßten Weltmarktpreise für tropische Agrarprodukte steigen. Oder — wie es ein Peruaner im amerikanischen Radio einmal formulierte — die US-Regierung sollte einfach die auf 1,25 Mrd. US-Dollar geschätzte PBC-Jahresproduktion in Peru einkaufen, anstatt mehr und mehr Dollars in fragwürdige Aufstandsbekämpfungsaktionen zu stecken. Zusätzlich wäre damit dem nordamerikanischen Markt mehr als die Hälfte seiner Ware entzogen. Es könnten Milliarden US-Dollar für die interne Drogenbekämpfung und Rehabilitationsmaßnahmen eingespart werden.

Seit 1986 versuchte die Reagan-Administration über Militärhilfe und Offiziersausbildung stärker in Peru Fuß zu fassen. Das Engagement der US-Amerikaner beschränkte sich nicht nur auf finanzielle und technische Hilfe. Im Mai 1988 begannen US-Experten mit dem „experimentellen Einsatz" des Herbizids Spike. US-Berater organisieren den Spike-Einsatz oder anderen Aktionen zur Vernichtung von Kokafeldern und „privat" von der DEA kontraktierte Vietnam-Veteranen fliegen die Hubschrauber, von denen aus Herbizide versprüht werden.

Den Einsatz von Spike lehnten selbst seine Hersteller, die US-Multis Eli Lilly und Dow Chemical ab, da die Auswirkungen auf lebende Organismen nicht ausreichend getestet sind.

Obwohl Peru erst kurz zuvor auf der internationalen Konferenz gegen Drogen in La Paz den Einsatz von Herbiziden gegen Kokafelder verurteilt hatte, genehmigte das Innenministerium den Einsatz im eigenen Land. Die „Testergebnisse" wurden nie veröffentlicht, aber der Einsatz von Spike im Alto Huallaga brachte dort eine Einheitsfront von der katholischen Kirche bis zu Sendero Luminoso gegen die „Politik der verseuchten Erde" und das Engagement der „Yankees" zustande.

Die für drei Mio. Dollar gebaute und mit Minenfeldern geschützte DEA-Basis in Santa Lucia ist das größte vergleichbare Lager in Lateinamerika. Ein Funktionär der US-Botschaft bestätigt, daß es die gleichen Strukturen hat wie in Vietnam. Mindestens 30 DEA-Agenten, acht Helikopter vom Typ „Huej" und zwei Kleinflugzeuge, allesamt mit Bord-MG bewaffnet, sind hier neben einigen Dutzend peruanischen Polizisten stationiert.

Viele Verantwortliche in den US-Behörden sind überzeugt, daß sich das Drogenproblem nicht ökonomisch sondern militärisch lösen läßt. Von dem kürzlich verabschiedeten 7,9 Milliarden US-Dollar Anti-Drogen-Programm sollen Kolumbien, Peru und Bolivien in den nächsten 5 Jahren zwei Milliarden US-Dollar erhalten. Von Seiten der US-Rechten wird nun versucht, einen großen Teil dieser Summe zur Vernichtung von Kokafeldern und für die Guerillabekämpfung zu verwenden. (Die DEA will unter anderem 8 MBB-Hubschrauber an Peru „schenken".) Nach ihrer Einschätzung ist die korrupte Verbindung von Mafia und Staat derart fest, daß man nichts erreichen kann, ohne den Staatsapparat selbst zu gefährden. US Attorney General Richard Thornburgh legt noch einen drauf, indem er inzwischen offen den direkten Einsatz US-amerikanischer Spezialtruppen fordert.

Mitte September meldeten „New York Times" und „Washington Post" die Existenz eines von Präsident Bush abgesegneten Geheimpapiers, das den Einsatz von US-Militärpersonal in „Zonen mittleren Gefechtsrisikos" vorsieht.

Peruanische Zeitungen hatten schon im Juli 89 berichtet, daß ein US-Experte an Hubschrauberattacken gegen SL-Stützpunkte im Alto Huallaga teilgenommen hat. Damit sich diese Aktivitäten nicht als militärische Aggression und innenpolitische Einmischung darstellen lassen, wurde zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit der Begriff des „Narco-Terrorismo" kreiert. Er soll suggerieren, daß Mafia und Guerilla identisch sind. Verschwiegen wird dabei, daß beide zwar taktische Bündnisse eingehen, im Kern aber völlig unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Regierung weiß, daß das Kartell den peruanischen Staat nicht bedroht, anders ist es bei Sendero Luminoso. Deshalb interessiert den Staatsapparat nicht der Kampf gegen die Drogen (die Arbeitsplätze schaffen und Devisen bringen), sondern der Kampf gegen die Subversion.

Albert Recknagel

Quellen:
Que hacer Nr. 59 (Juli 89); Latin American Regional Reports: Andean Group vom September/Oktober 89; TAZ 7. und 11.9.89; Santa Fe II, Washington 1988; Caretas Juli 89.

Drei Monate nach dem Ende der Internationalen Kambodscha Konferenz in Paris sind die Kämpfe zwischen den Regierungs- und Widerstandsgruppen wieder in vollem Gang. Ein Kompromiß für eine friedliche Lösung kam auf der Konferenz nicht zustande. Als wesentlicher Grund für das Scheitern wurde in der Presse die Frage einer Regierungsbeteiligung der Roten Khmer gesehen. Dahinter stehen allerdings vielmehr die Interessen Chinas, Vietnams und der USA.

Angst vor Pol Pot

Am 23. Oktober 1989 meldete der Untergrundsender der Roten Khmer die Eroberung der Stadt Pailin. Diese Grenzstadt zu Thailand ist nicht nur ein wichtiges Zentrum der Edelsteinproduktion, sondern ermöglicht gleichzeitig die Kontrolle der wichtigen Verbindungsstrasse zu Kambodschas zweitgrößter Stadt Battambang. Seit dem Ende der Pariser Konferenz am 28.8.89, bei der kein Kompromiß für eine friedliche Lösung zustande kam, haben vor allem die Roten Khmer die Kämpfe wieder aufgenommen. Die Fronten zwischen dem amtierenden Regime unter Hun Sen und der Widerstandskoalition unter Prinz Sihanouk haben sich weiter verschärft. Wie angekündigt sind die vietnamesischen Truppen offiziell Ende September 1989 abgezogen. Dies wird von China und Thailand bestritten. Demnach seien in Kambodscha noch etliche Einheiten vietnamesischer Soldaten in Uniformen der kamodschanischen Armee stationiert und vietnamesische Siedler seien ebenfalls noch im Land. China stellte schon unmittelbar nach dem Scheitern der Konferenz klar, daß es seine militärische Hilfe für die Roten Khmer fortsetzen werde. Thailand versicherte nach einem Besuch von Hun Sen Mitte September, bezüglich der Wiederaufnahme von Gesprächen und der Einstellung der Hilfe an die Roten Khmer zu vermitteln. Sihanouk stimmte der Teilnahme zu, doch aus dem Treffen ist bislang nichts geworden. Beim jüngsten Besuch des thailändischen Premiers Chatichai vom 24.-26. Oktober in China bekam dieser lediglich verhaltene Zustimmung für seine Bemühungen. Währenddessen diskutierten die Oberkommandierenden der Widerstandsgruppen ihre gemeinsame Strategie.

Man hatte zumindest erste Schritte auf dem Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts von der Konferenz erwartet. Eine Woche vor Beginn der Konferenz am 30. Juli traf sich Hun Sen mit der Führung des „Demokratischen Kampuchea", der neben Prinz Sihanouk, dem Nationalisten Son Sann von der „Nationalen Khmer Befreiungsfront" auch Khieu Samphan von den Roten Khmer angehört. Die Roten Khmer stellen innerhalb der Koalition die militärisch stärkste Fraktion. Dabei stand die Frage nach dem Status einer Vierparteienkoalition in Pnom Penh im Mittelpunkt, die bis zu den geforderten Wahlen unter internationaler Überwachung entweder der jetzigen Regierung beigeordnet werden oder sie ersetzen soll wie die Koalition es forderte. Genau in dieser Frage konnte man sich auf der Konferenz nicht einigen, an der immerhin der UN-Sicherheitsrat, die Mitgliedsstaaten des ASEAN, die Außenminister Chinas, der Sowjetunion und der USA und andere teilnahmen. Am 28. August traten die Parteien noch einmal in zweitrangiger Besetzung zusammen, heraus kam jedoch nur ein allgemeiner Appell, weiterhin an einer Lösung zu arbeiten.

Verhandlungspoker

Die Front zwischen den Widerstandskräften der 1982 gegründeten „Koalitionsregierung des Demokratischen Kamputschea" (DK) und der Regierung der „Volksrepublik Kamputschea" in Phnom Penh unter der Besatzungs- und Schutzmacht Vietnam ist durch die von der UdSSR eingeleitete Entspannungspolitik in Bewegung geraten. Der Widerstand, den die drei Fraktionen, vor allem die Roten Khmer mit chinesischer Unterstützung, gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen leisteten, war in einem zehnjährigen Kampf militärisch nicht zu brechen, so daß Vietnam sich genötigt sah, eine politische Lösung zu finden, zumal die UdSSR auf Beendigung der Besatzung drängte. Der Krieg kostete die vietnamesische Wirtschaft täglich drei Mio. US-Dollar.

Durch die Vermittlung von Frankreich, Österreich und Rumänien entstanden Ende 1986 die ersten Kontakte zwischen den Fronten. Die Regierung von Phnom Penh trat im August 1987 mit einer „Erklärung zur Nationalen Versöhnung" an die Öffentlichkeit, in der unter anderem freie Wahlen und die Bildung einer Koalitionsregierung mit einem hohen Amt für Sihanouk in Aussicht gestellt wurden. Im Dezember 1987 und im Januar 1988 kam es in Paris und Bangkok zu persönlichen Begegnungen zwischen Prinz Sihanouk und Hun Sen, die Sihanouk auf alle vier Parteien, einschließlich der Roten Khmer, auszudehnen versuchte. Weitere Streitpunkte waren der Abzug der vietnamesischen Truppen. Die Auflösung der Phnom Penher Regierung vor allgemeinen Wahlen und die Stationierung einer internationalen Friedenstruppe in Kambodscha.

Durch die Initiative Indonesiens fanden im Juni 1988 informelle Friedensgespräche in Südostasien statt, das sogenannte „Informelle Jakarta-Treffen" (JIM), an denen alle vier Parteien, die ASEAN-Staaten, Vietnam und Laos teilnahmen. Zu einem Durchbruch kam es jedoch nicht, lediglich zu der Feststellung, daß der Abzug der vietnamesischen Truppen gleichrangig mit der Verhinderung der Rückkehr der Roten Khmer an die Macht zu behandeln sei. Weitere Treffen in Paris und Jakarta blieben ebenfalls ohne Ergebnisse.

Auf einem dritten Treffen in Jakarta (JIM III) im Mai 1989 ohne Teilnahme der Roten Khmer zeigte sich Sihanouk gegenüber Hun Sen und Vietnam nachgiebiger in der Frage der Auflösung der Phnom Penher Regierung und führte die Formel von der „Umformung" ein, womit offensichtlich die Beteiligung der Widerstandsgruppen an der Regierung gemeint war. Dafür stimmte Hun Sen der internationalen Überwachung des vietnamesischen Truppenabzugs und freien Wahlen zu. Außerdem sicherte Hun Sen eine weitere Liberalisierung der Verfassung zu (über die Veränderungen vom April 1989 hinaus), wodurch die führende Rolle der kommunistischen Partei aufgehoben und ein Mehrparteiensystem eingeführt würde.

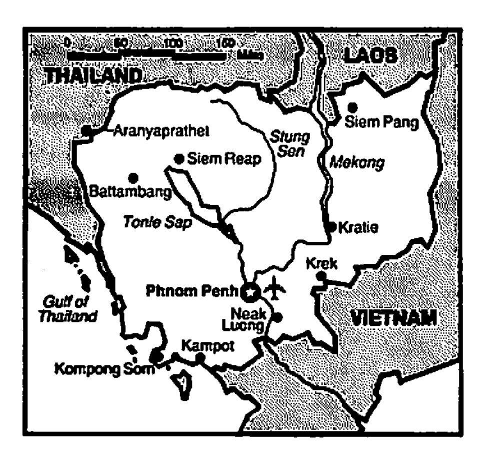
Sihanouk forderte auf der Konferenz dann doch wieder die Absetzung der Regierung in Pnom Penh vor den Wahlen, womit die Konferenz zum Scheitern verurteilt war. Die Roten Khmer bezieht Sihanouk in eine Lösungsstrategie ein, weil sonst nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen der Bürgerkrieg weitergeht, aber wohl auch, um Druck auf Hun Sen und Vietnam auszuüben, denn sie bilden die stärkste militärische Kraft gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen. Trotz der Bluttaten der Roten Khmer, auch an seiner Familie,

ist Sihanouk aus nationalistischen Gründen bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten: „Solange nicht der letzte Vietnamese Kambodscha verlassen hat, werde ich an der Seite der Roten Khmer für eine bedeutsame Friedensregelung weiterkämpfen". Wie er sich eine Neuorientierung der Roten Khmer vorstellt und sie auf Koalitionstreue zu verpflichten gedenkt, erläuterte er in seiner Eröffnungsrede auf der Pariser Konferenz: Entmachtung (durch Ausweisung?) der „Betonfraktion" Pol Pot, Nuon Chea, Ta Mok und anderer: Truppenreduzierung auf 10.000 Mann (wie bei allen Fraktionen): fünfjährige Überwachung durch eine internationale Kontrollkommission und Friedenstruppe: Abschaffung des Kommunismus und die Einführung einer liberalen Demokratie auf der Grundlage eines politischen Pluralismus.

Sino-sowjetisches Tauwetter

Im Zuge der Annäherung der Sowjetunion und Chinas seit dem Amtsantritt von Gorbatschow wurde eine Friedensregelung für Kambodscha zum ersten Mal im Oktober 1986 in die Gespräche einbezogen. Zuvor hatte die UdSSR die Lösung als eine Angelegenheit zwischen Vietnam und Kambodscha betrachtet, Vietnam aber bei der Besetzung Kambodschas militärisch unterstützt. China versorgte dagegen die Roten Khmer über Thailand mit Waffen, um die expansionistische Politik Vietnams einzudämmen. Im Juli 1988 wurde von chinesischer Seite der Vorstoß gemacht und angeboten, auf die Roten Khmer einzuwirken und ihre Rückkehr an die Macht zu verhindern. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Truppenstärke aller Parteien einzufrieren und freie Wahlen unter internationaler Kontrolle durchzuführen.

Auf einer gemeinsamen Arbeitstagung zu Kambodscha wurde Ende August 1988 vereinbart, daß die UdSSR Vietnam zum Truppenabzug bewegt. Dagegen sicherte China die Einstellung der Waffenlieferung an die Roten Khmer nach dem Abzug zu. Die Außenminister Schewardnadse und Qian Qichen konnten sich auf einem Treffen in Beijing im Dezember 1988 weitgehend auf einen Friedensplan einigen. Der Zeitplan für den Abzug und die Auflösung der Hun-Sen-Regierung waren jedoch offengeblieben. Im Februar 1989 wurde schließlich eine Neun-Punkte-Erklärung unterzeichnet: die UdSSR und China verpflichteten sich auf die Wiederherstellung eines „unabhängigen, friedlichen, neutralen und blockfreien" Kambodschas; die vietnamesischen Truppen werden bis Ende September 1989 abgezogen; alle ausländischen Waffenlieferungen werden eingestellt und durch einen internationalen Kontrollmechanismus sollen der Truppenabzug, freie Wahlen und die Erhaltung des Friedens überwacht werden. Nur der Status der Hun-Sen-Regierung bis zu den Wahlen konnte nicht abschließend geklärt werden. China bestand auf Auflösung und Ersatz durch alle vier Parteien, während die UdSSR die Einrichtung eines provisorischen Vierergremiums neben der Regierung vorschlug. Eine Einigung darüber wurde auch nicht auf dem sowjetisch-chinesischen Gipfeltreffen in Beijing im Mai 1989 erreicht, das während dem Höhepunkt der chinesischen Demokratiebewegung stattfand. Ihre blutige Niederwerfung und Unterdrückung seit dem 3. Juni 1989 durch die chinesische Führung legt die Vermutung nahe, daß China nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Außenpolitik einen harten Kurs fahren wird.



Thailand: vom Frontstaat zum Geschäftemacher

Die ASEAN-Staaten hatten seit der Besetzung Kambodschas durch Vietnam im Jahre 1979 den Rückzug der vietnamesischen Truppen zur Bedingung für eine Annäherung und Kooperation mit Vietnam gemacht.
Indonesien und Malaysia hatten aufgrund ihrer eigenen Vorbehalte China gegenüber mehr Verständnis für Vietnams Sicherheitsbedürfnis gezeigt, wogegen Singapur und Thailand eine Politik der Isolation Vietnams betrieben. Thailand war durch die Flüchtlinge entlang der Grenze zu Kambodscha (Mitte 1989: 280.000 in sechs Lagern) und die chinesischen Waffenlieferungen an die Roten Khmer über thailändisches Territorium zum Frontstaat Indochinas geworden. Die durch die sowjetische Entspannungspolitik entstandene Aussicht auf einen vietnamesischen Truppenabzug Kambodschas hat in Thailand eine Neuorientierung gebracht. Premierminister Chatichai Choonhavan hat seit Amtsantritt im August 1988 eine pragmatische und auf eigene wirtschaftliche Vorteile bedachte Politik gegenüber Vietnam, Kambodscha und Laos eingeleitet („Das Schlachtfeld Indochinas in einen Markt umwandeln").
Auf der ASEAN-Außenministerkonferenz von Anfang Juli 1989 in Brunei wurden Thailands Vorstöße kritiklos zur Kenntnis genommen. Die Konferenz plädierte lediglich für eine „umfassende, ehrenhafte Friedenslösung" und warnte vor einer „Afghanisierung" Kambodschas nach Abzug der vietnamesischen Truppen. Bei dieser Konferenz hat US-Außenminister Baker auch über die neue Indochinainitiative der USA verhandelt und versucht, Thailand dafür einzuspannen.

Zurück auf's Schlachtfeld

Sie weicht in zwei wesentlichen Punkten von den bisherigen Friedensvorschlägen ab und bringt das Interesse der USA auf Kosten der sowjetischen Entspannungspolitik und gegen China ins Spiel: Die Truppen der beiden nicht - kommunistischen Widerstandsgruppen von Son Sann und Sihanouk werden mit amerikanischer Hilfe bis Ende 1989 von 30.000 auf 45.000 Mann ausgebaut, und die chinesischen Waffenlieferungen an die Roten Khmer über Thailand sollen eingestellt werden. Die Roten Khmer sollen geschwächt und aus der Widerstandskoalition verdrängt werden. Deutliche Anzeichen sprechen dafür, daß die USA bereit sind, gegebenfalls sogar das Hun-Sen-Regime in Phnom Penh zu unterstützen.
So suggerierte der französische Außenminister und Verhandlungsleiter Dumas immer eine mögliche „dritte Lösung" mit Sihanouk, Son Sann und Hun Sen, aber ohne Khieu Samphan und die Roten Khmer. Baker hat durch massive Intervention im Interesse der USA wesentlich zum Scheitern der ersten Etappe der Pariser Kambodscha-Konferenz beigetragen. Die USA nutzen den Abschied der UdSSR von ihrer interventionistischen Außenpolitik und den Vertrauensverlust Chinas seit dem Tienanmen-Massaker, um verlorengegangenes Terrain in Südostasien zurückzugewinnen und das Trauma ihres Indochinadebakels zu überwinden.
Die Erklärung des US-Delegationsleiters nach dem Scheitern der Pariser Konferenz am 30. August 1989 kann man nur als zynisch bezeichnen: „Alles sieht danach aus, als müßten wir aufs Schlachfeld zurückkehren. Aber die USA sind nicht daran interessiert, einen weiteren Regionalkonflikt zu führen". Prompt stellte der stellvertretende chinesische Außenminister Liu Shuquing fest, daß seine Regierung die Hilfe an die Roten Khmer fortsetzen werde, „Hilfe gegen fremde Angreifer, aber auch zur Wiederherstellung des Friedens".

Heinz Kotte

(gekürzte und geänderte Fassung aus Südostasien-Informationen 3/89)

Die EPLF-Führung ist nicht zu beneiden

Erstmals sitzen sich 1989 Vertreter der Eritreischen Befreiungsfront (EPLF) und der äthiopischen Regierung am Verhandlungstisch gegenüber. Damit verlagert sich die Auseinandersetzung zwischen den Kriegsparteien verstärkt auf die politische Ebene. Die EPLF nutzt ihre internationalen Kontakte, aber die äthiopische Regierung betreibt geschickte Diplomatie, vor allem in arabischen Ländern.

Nach den schweren äthiopischen Niederlagen in Eritrea und Tigray vom Frühjahr 1988 war die äthiopische Regierung, trotz martialisch-patriotischem Propaganda-Getrommel und verstärkten Rekrutierungsrazzien zwecks Auffüllung der gelichteten Armeereihen, nicht in der Lage, eine erfolgreiche Offensive zu starten. Anders als im Ogadenkrieg gegen Somalia von 1977/78 regte sich diesmal in der kriegs- und propagandamüden Bevölkerung kein patriotischer Begeisterungssturm.

Das Ausbleiben einer größeren eritreischen Offensive gegen die geschwächte äthiopische Armee ist im Ausland vielfach als Ausdruck der Erschöpfung auf eritreischer Seite gedeutet worden. Dies ist aber nicht der Fall. Frontalangriffe auf die verbliebenen äthiopischen Garnisonen sind in der eritreischen Strategie noch nicht vorgesehen, wären sie doch für die Kämpfer der EPLF und auch für die im Umkreis der Garnisonen lebenden eritreischen Zivilisten zu verlustreich.

Statt sinnlos ihre militärische und zivile Basis zu gefährden, nutzt die EPLF die Zeit, um das sozio-ökonomische Leben in den befreiten Gebieten zu reorganisieren und aufzubauen.

Gerade in den seit März 1988 neu unter der EPLF-Verwaltung stehenden Städten sieht sich die Befreiungsbewegung einer Aufgabe gegenüber, deren Bewältigung erhebliche politische Folgen für die Stellung der EPLF im islamischen Westteil Eritreas hat. Die EPLF als Quasi-Staatsmacht muß „Dienstleistungen" in Verwaltung, Handel, Transportwesen und Wirtschaft erbringen, die ihre personellen und materiellen Ressourcen erheblich beanspruchen.



Dienstleistung: Ausbildung für Frauen

Ähnlich entwickelte sich die Lage im benachbarten Tigray. Mitte dieses Jahres gerieten die Frontlinien in Bewegung. Unterstützt von EPLF-Verbänden trat die Tigray-Volksbewegung (TPLF) aus der Abwehr eines äthiopischen Vorstoßes auf Axum zum Gegenangriff an. Binnen weniger Tage büßte die äthiopische Armee mit Enda Selasie den Ausgangspunkt ihres Vorstoßes ein und ihre fliehenden Truppen wurden völlig aufgerieben.

Ein weiterer Schlag gegen die äthiopische Kampfmoral war die wenige Tage vor dem Tigray-Debakel erfolgreich durchgeführte Aktion eines gemeinsamen Kommandos der EPLF und einer mit ihr verbündeten Fraktion der Afar-Befreiungsfront (ALF) gegen Militäreinrichtungen der im östlichen Tiefland von Wello gelegenen Stadt Dubti. Dieser Angriff, 500 km von der nächsten größeren Basis der EPLF entfernt, demonstrierte der äthiopischen Armee, daß ihre Rückzugsgebiete heute keinen Schutz vor Angriffen der EPLF garantieren.

Putsch der Generäle

Wie üblich nach solchen Debakeln wurden von der Staatsführung, mit Mengistu an der Spitze, Teile der Armeeführung für das Debakel verantwortlich gemacht. Eine Reihe höherer Offiziere, die in Tigray kommandiert hatten, wurden entlassen oder verhaftet. Gleichzeitig wurden zur Auffüllung der dezimierten Truppenverbände die Rekrutierungsrazzien verstärkt. Mangels Geburtsurkunden griff man auf das Körpergewicht als Kriterium zur Altersbestimmung zurück. Auf diese Weise wurden sogar 13-jährige von den Rekrutierungskommandos eingezogen. Die Niederlage in Tigray bestätigte, was zumindest in Teilen der äthiopischen Armeeführung immer offener diskutiert wurde: die Aussichtslosigkeit, die Kriege in Eritrea und Tigray zu gewinnen und die Notwendigkeit einer politischen Lösung. Im Gefolge dieser Diskussionen und der damit verbundenen Unzufriedenheit in den Streitkräften verdichteten sich die Anzeichen, daß eine Gruppe höherer Offiziere einen Umsturz vorbereitete. Dieser Offiziersgruppe wurden die Generäle Merid Negusie (Stabschef der Streitkräfte), Amha Desta (Chef der Luftwaffe) und Demisie Bulto (Oberkommandeur in Eritrea) zugerechnet.

Eine der ersten Reaktionen Mengistus auf die Putschgerüchte bestand darin, eine großangelegte Neu- und Umbesetzung der Militärkommandos durchzuführen. Dabei wurden zahlreiche der potentiellen Verschwörer ins machtpolitische Abseits oder in die Pensionierung befördert. Ihre Nachfolger galten als Mengistu-loyal. Diese

Umbesetzungen trieben die Verschwörung aber erst richtig voran. Der Sicherheitsdienst erfuhr von Umsturzplänen. Darauf reagierte Mengistu mit erstaunlicher Kaltblütigkeit. Um die Verschwörer in Sicherheit zu wiegen, trat er im Zeitraum des geplanten Putsches eine Reise in die DDR an, hinterließ aber genaue Instruktionen an den Sicherheitsdienst und seine schwerbewaffnete Präsidentengarde für den Krisenfall.

So wurden die Verschwörer von den Gegenmaßnahmen der Mengistu-loyalen Kräfte völlig überrascht. Ihre wichtigsten Führer, darunter Merid und Amha, kamen bereits bei den ersten Auseinandersetzungen ums Leben, andere wurden nach vorbereiteten Listen verhaftet.

Den Putschisten gelang es nicht, die Luftwaffe, soweit sie auf ihrer Seite stand, aufsteigen zu lassen, und es mißlang der Versuch, in der wichtigsten Militärregion (Eritrea) die vollständige Kontrolle über die Streitkräfte zu erringen.

Außerdem besaßen die Putschisten keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Die Führer der Verschwörer waren primär sozial konservative, korporatistisch-elitäre und stramm nationalistische Berufsmilitärs.

Am frühen Morgen des 17. Mai war die Verschwörung in Addis Abeba zerschlagen, am 19. Mai war die Situation in Eritrea wieder unter Kontrolle der Mengistu-loyalen Fraktion.

Befreiungsbewegungen in Eritrea und Tigray

Der Krieg in Eritrea steht im 28. Jahr. Die 1970 entstandene EPLF, die im innereritreischen Krieg von 1980/81 die ältere Eritrean Liberation Front/ELF als militärische Kraft ausschaltete, ist heute der entscheidende Träger des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes. Die überwiegend in den Sudan abgedrängte ELF zerfiel in mehrere Fraktionen, von denen einige heute in Verhandlungen mit der EPLF stehen.

Die EPLF führt den Krieg um die Unabhängigkeit als verlängerten Volkskrieg, in dem der bewaffnete Kampf mit der sozialrevolutionären Veränderung der eritreischen Gesellschaft verknüpft ist. Von Gegnern im konservativen arabischen Lager und im Westen als marxistisch angesehen versteht sich die EPLF selbst als nationaldemokratische Befreiungsfront. Ihr 1987 auf dem 2. Kongreß verabschiedetes Programm sieht für ein unabhängiges Eritrea eine gemischte Wirtschaft und ein Mehrparteiensystem vor.

In Tigray kämpft seit 14 Jahren die TPLF, allerdings nicht für die Unabhängigkeit der Region, sondern für eine demokratische Umgestaltung Äthiopiens und das gleichberechtigte Zusammenleben der äthiopischen Völker.

Neue Regierungsstrategie . . .

Anfang Juni trat der Shengo, das äthiopische Akklamationsparlament, zu einer Sondersitzung zur Eritrea-Frage zusammen. Dort legte Mengistu einen Verhandlungsvorschlag zur Beendigung des Eritrea-Krieges für alle Interessierten vor. Im wesentlichen entsprach dieser Vorschlag den Forderungen der rebellierenden Militärs. Am Umfang der Verschwörung hatte Mengistu die Popularität der Forderung nach einer „friedlichen" Lösung in Eritrea in der Armee ermessen können. Um nicht in den Ruf zu kommen, er habe vor den „Sezessionisten" kapituliert, schob Mengistu am nächsten Tag eine Presseerklärung nach, in der er verlauten ließ, daß es hinsichtlich der territorialen Unversehrtheit Äthiopiens nichts zu verhandeln gäbe.

Die Reaktion der EPLF fiel dementsprechend aus. Über ihren Radiosender stellte sie Mengistus Vorschlag in die lange Reihe von Scheinangeboten und Scheinverhandlungen der äthiopischen Regierung, die alle nur dem Zweck dienten, Zeit zur Vorbereitung neuer Offensiven zu gewinnen und internationalen Druck in Richtung auf eine „friedliche" Lösung elastisch abzufangen, ohne in der Sache nachzugeben.

Geübt in diplomatischen Winkelzügen spielten die Emissäre der äthiopischen Regierung in den Hauptstädten Europas und in den USA die Bedeutung von Mengistus Erklärungen herunter. Dies führte dazu, daß die EPLF unter wachsenden Druck aus Europa und den USA kam, sich auf Verhandlungen einzulassen. Unter Einschaltung von Ex-Präsident Carter kam es im Juli zur Vereinbarung, Anfang September in Atlanta, der Heimatstadt Carters, eine erste Verhandlungsrunde aufzunehmen. Am 18. November soll in Nairobi die zweite Verhandlungsrunde stattfinden.

... und ihre Hintergründe

Die äthiopische Niederlage vor Afabed (Eritrea) und die Gefangennahme dreier sowjetischer Militärberater durch die EPLF, verdeutlichten der sowjetischen Führung schmerzhaft, daß ihr bisheriges militärisches Engagement auf Seiten der äthiopischen Regierung nicht erfolgreich war. Ihre Kritik an Mengistu wurde daraufhin wesentlich deutlicher formuliert. Angehörige ihrer Botschaft in Addis Abeba verkündeten gegenüber westlichen Journalisten: „Es ist gegenüber Mengistu offen gesagt worden, daß es sowjetische Auffassung ist, daß der Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann".[1]

Zwar erhöhte die Sowjetunion nach Afabed ihre Waffenlieferungen, sie wies die äthiopische Seite aber darauf hin, daß diese Lieferung Teil des Gesamtkontin-



Bauern beim bewässern ihrer Felder

gents des bis 1991 laufenden Vertrags über sowjetische Militärhilfe sei. Deshalb habe Äthiopien in den nächsten Jahren statt mit höheren mit geringeren Waffenlieferungen zu rechnen. Im April 1988 deutete Gorbatschow gegenüber Frankreich und Italien den sowjetischen Wunsch nach einem stärkeren politischen Engagement der EG-Staaten bei der Suche nach Lösungen der Konflikte am Horn von Afrika an. Vor allem sollten sich diese Staaten bei den USA und den arabischen Staaten dafür einsetzen, daß diese „den Druck verringerten, den sie auf die äthiopische Regierung ausübten".[2]

In diesen Sondierungen ließ die Sowjetunion erkennen, daß eine Rückkehr zur Föderationslösung von 1952 die beste Möglichkeit wäre, den Krieg in Eritrea friedlich beizulegen und um eritreische und äthiopische Wünsche auf einer Kompromiß-Ebene zusammenzubringen. Allerdings war die UdSSR noch nicht bereit, direkte Gespräche mit den Eritreern oder den USA über politische Lösungsmöglichkeiten des Konflikts zu führen.[3]

Reaktionen des Westens

In Antwort auf die sowjetischen „Anregungen" von April 1988 gab die französiche Regierung ihrem Generalsekretariat für Nationale Verteidigung den Auftrag, eine Empfehlungsnote zu erstellen, in der die beste Option für eine französische Politik am Horn dargestellt werden sollte. Sie kommt zu dem aus eritreischer Sicht enttäuschenden Schluß: „Frankreich kann nur die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Äthiopiens und des Sudan billigen, denn jegliche Sezession schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der andere Minoritäten afrikanischer Staaten anstacheln könnte, Dissidenz zu betreiben. Afrika würde dann in eine Ära nicht annehmbarer Unruhen eintreten".[4]

Eine Vertreterin des bundesdeutschen Außenministeriums erklärte dazu: Im Auswärtigen Amt halte man die Annexion Eritreas 1962 zwar für einen Bruch des Völkerrechts, dieser könne aber nur durch Wiederherstellung der Föderation und nicht etwa mit Erlangung der Unabhängigkeit völkerrechtskonform „geheilt" werden. Während Sowjets und Europäer begannen, ihre Positionen zum Horn abzustecken, hielten sich die USA weitgehend zurück. Die Bush-Administration richtete das Hauptaugenmerk ihrer Afrikapolitik auf die Namibia-Frage und nicht auf das Horn von Afrika. Allerdings hat das US-Außenministerium der Sowjetunion bereits im Januar dieses Jahres mitteilen lassen, Präsident Bush habe den Wunsch, die Konflikte im Horn von Afrika auf die Tagesordnung des nächsten Gipfeltreffens mit Gorbatschow zu setzen.

Im Kontext der sich zuspitzenden Krise im Sudan wurde die US-Regierung ab Februar dann doch aktiv. Ex-Präsident Jimmy Carter wurde zum informellen Sonderbeauftragten für das Horn und den Sudan.

Carter traf sich am 18.4. in Khartum, der Hauptstadt des Sudan, mit EPLF-Generalsekretär Isayas Afewerqi zu einem mehrstündigen Gespräch in der US-amerikanischen Botschaft. In diesem Treffen versuchte Carter die Haltung der EPLF hinsichtlich einer friedlichen Lösung zu sondieren, bevor er nach Addis Abeba zu Gesprächen mit der äthiopischen Regierung aufbrach. Isayas bekräftige, daß die EPLF davon überzeugt sei, daß mit der jetzigen äthiopischen Regierung unter Mengistu keine friedliche Lösung möglich wäre.

Regionalpolitik als Trumpf

Die „Absetzungsbewegung" der Sowjetunion, ihr Wunsch nach Verhandlungen und ihre Drohung, die Waffenlieferungen zu verringern, beunruhigten die äthiopische Führung. Sie versuchte der Bedrohung auf mehreren Ebenen zu begegnen. Zum einen bemühte sie sich, in Nord-Korea und der Volksrepublik China sowie in der DDR um neue Waffenlieferungsverträge. Sie kamen in dem gewünschten Umfang aber nicht zustande, weil Äthiopien faktisch zahlungsunfähig ist und diese Länder nicht auf Kredit liefern.

Erfolgreicher waren ihre Versuche, in der Region ihre diplomatische Position im Kampf gegen Eritreer und inneräthiopische Gegner zu verbessern. Da die äthiopische Regierung glaubt, die Konflikte in ihrem Herrschaftsbereich zögen einen wesentlichen Teil ihrer Stärke aus der Protegierung ihrer Gegner durch die arabische Welt, war es konsequent, diplomatische Unterstützung im arabischen Raum zu suchen.

Als Teil der äthiopischen Strategie, den Eritreern und innenpolitischen Gegnern, wie den Oromo, die Unterstützung der arabischen Umwelt zu entziehen, wurden seit Afabed verstärkt Gesandschaften in die arabisch-islamische Welt ausgeschickt. Nachdrücklich versuchte Äthiopien, sich als Wahrer der sozio-religiösen Interessen und Bedürfnisse seiner islamischen Bevölkerung darzustellen.

Es bekundete sogar seine Bereitschaft, bei einem offiziellen Anteil von 45% Muslimen in Äthiopien, der Islamischen Liga beizutreten. Wichtiger für diplomatische Erfolge in der arabischen Welt waren allerdings gemeinsame Interessen. So konnte im Herbst 1988 der Iran durch eine äthiopische Lieferung von Ersatzteilen für amerikanische Waffen und F-5-Jäger dazu bewogen werden, die Büros der eritreischen Organisation in Teheran zu schließen.

Auch die Beziehungen zu Ägypten verbesserten sich, weil Ägypten durch seine Abhängigkeit vom Nilwasser an ruhigen Verhältnissen im Sudan und an guten Beziehungen zu Äthiopien interessiert ist. Deshalb rückte das Land schon Anfang der 80er Jahre von der früher aktiv pro-eritreischen Haltung ab. Heute unterstützt Ägypten nachdrücklich eine Lösung unter Wahrung der Einheit Äthiopiens.

Der äthiopischen diplomatischen Offensive in der arabisch-islamischen Welt kam der Umstand zugute, daß „seitens der

Regierung in Addis Abeba und einiger arabischer Nationen" das gemeinsame Interesse besteht, „zu verhindern, daß die EPLF in etwaigen künftigen Verhandlungen als alleiniger Vertreter der eritreischen Bevölkerung teilnimmt".[5]

Dieses Interesse arabischer Staaten, die Alleinvertretung Eritreas durch die EPLF zu verhindern, stützt sich auf ihr Wissen, daß die EPLF ein mächtiges Hindernis ihrer beständigen Bemühungen ist, die eritreische Unabhängigkeitsbewegung unter islamischen Einfluß zu bringen und sie für ihre Hegemonialbestrebungen in der arabischen Welt zu funktionalisieren.

Parallel zu den diplomatischen Anstrengungen in den arabischen Hauptstädten wurden die Beziehungen zu Israel ausgebaut und im Oktober 1989 wurden die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederhergestellt. Soweit erkennbar hat dies die sich verbessernde Stellung Äthiopiens in der arabischen Welt nicht negativ beeinflußt.

Es scheint, als habe die äthiopische Regierung aus den bisher öffentlich gewordenen Haltung der westlichen Regierungen und der UdSSR zur Eritrea-Frage die Schlußfolgerung gezogen, daß ihr öffentliche, internationale Verhandlungen nützlich sein könnten. Sie hofft die EPLF und die Eritreer insgesamt soweit unter internationalen Druck setzen zu können, daß sie einer Lösung unterhalb der Schwelle der Unabhängigkeit zustimmen.

Dieser Zusammenhang erscheint auch dadurch belegt, daß die äthiopische Regierung die kleineren anti-EPLF Fraktionen der Eritreer aufforderte, sich zu vereinigen, um bei kommenden Verhandlungen mit größerem Gewicht sprechen zu können.

Spiel mit der Religion

Es liegt klar im äthiopischen Interesse, die nationale Einheit der Eritreer zu spalten und zu versuchen, die kleineren eritreischen Organisationen gegen die EPLF auszuspielen. Im Zuge dieser Strategie bemüht sich die äthiopische Regierung, als „Vertreterin der eritreischen Muslime gegen den Terror der EPLF" aufzutreten. Damit unternimmt sie den Versuch, Spannungen zwischen der EPLF und konservativeren Kräften unter den eritreischen Muslimen zu verschärfen. Unter den Exileritreern wird mit diesem Propagandatrick ebenfalls Politik gemacht. Selbsternannte Sprecher einer Flüchtlingsgruppe in Jeddah (Saudi-Arabien) tauchten Ende 1988 in Addis Abeba auf. Sie legten als „Vertreter von 750.000 islamischen Eritreern" eine Petition vor, in der die „Unterdrückung der Muslime durch die EPLF" beklagt und die Schaffung einer eigenen autonomen Region für die eritreischen Muslime gefordert wurde. Auf ihrer anschließenden Rundreise durch die arabische Welt unterstützten allerdings fast keine der im Exil lebenden eritreischen Muslime die Pläne dieser „Delegation".

Bedauerlicherweise versuchen vier kleinere eritreische Gruppen seit 1988 ihre Basis dadurch zu vergrößern, daß sie sich zu selbsternannten Verteidigern der eritreischen Muslime gegen die Politik der EPLF aufschwingen. Wobei sich, so der Vorwurf an die Befreiungsbewegung, die Politik der EPLF gegen den Islam und mehr noch gegen die arabisch geprägte sozio-kulturelle und sprachliche Identität der eritreischen Muslime richtet. Die vier Gruppierungen differieren untereinander in ihren Argumenten, je nach politischen Standorten und auswärtigen Unterstützern. Ihre Politik läuft aber darauf hinaus, den äthiopischen Spaltungs- und arabischen Einmischungsversuchen in die Hände zu spielen, auch wenn sie dies selbst nicht wahrhaben wollen oder können.

Langfristig gesehen ist diese Politik nicht nur in Hinblick auf die äthiopischen Absichten extrem gefährlich. Sie spielt auch den bislang noch relativ unbedeutenden fundamentalistisch-islamischen Gruppen in die Hände, die von Saudi-Arabien und den sudanesischen Muslim-Brüdern aufgebaut und protegiert werden.

Chancen für ein unabhängiges Eritrea

Die Führer der EPLF sind nicht zu beneiden. Sie müssen sich mit Rücksicht auf das internationale Klima und wohlgesonnenen ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf Verhandlungen einlassen, obwohl die Gespräche Isayas Afewerqis in Europa im Herbst 1988 und in den USA im April dieses Jahres deutlich gemacht haben dürften, woher international der Wind weht. Übertriebene Hoffnungen auf ein positives Resultat dieser Verhandlungen im eritreischen Sinne können sie kaum haben. Andererseits gibt es Faktoren, die zu Gunsten der Eritreer sprechen.

Sofern es nicht zu einer massiven Aufrüstung Äthiopiens kommt, ist die EPLF zuversichtlich, auch einer Wiederaufnahme der militärischen Option begegnen zu können. Es ist zu erwarten, daß die EPLF sich bemühen wird, die Gespräche solange wie möglich offen zu halten, um einen Abbruch, der ihr angelastet werden würde, zu vermeiden. Gleichzeitig wird sie versuchen, unter Mobilisierung ihrer Freunde in NGOs, politischen Parteien, Medien usw. ihr Referendumsangebot als angemessenes Instrument zur Lösung des Problems herauszustellen.

Sie wäre auch gut beraten, am Zustandekommen substanzieller Gespräche über inneräthiopische Probleme zu arbeiten. Dadurch kann sie sich vor äthiopischen Bestrebungen schützen, die verschiedenen Widerstandsbewegungen gegeneinander auszuspielen. Schließlich ist es wichtig, daß sie kleineren Gruppen, die nicht völlig auf den Status von arabischen Söldnern reduziert sind, in Teilbereichen etwas stärker als bisher entgegenkommt. Dies würde die Gefahr einer Funktionalisierung dieser Gruppen durch äthiopische und arabische Interessen reduzieren und die Chancen für eine friedliche Lösung und für ein unabhängiges Eritrea vergrößern.

Günter Schröder

Anmerkungen:
1. International Herald Tribune 23.3.1989
2. Jeune Afrique 24.5.89
3. Le Monde 23.11.88
4. Jeune Afrique 24.5.89
5. Indian Ocean Newsletter 29.10.88



Eritreische Frauen sind in den militärischen Kampf integriert.

Vorbemerkung



„Die revolutionäre Hoffnung der Menschheit nimmt heute in den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt Gestalt an." So optimistisch wie Jean Ziegler sind heutzutage nur noch wenige Internationalisten. Zu sehr wurden sie durch die Erfahrungen der letzten Jahre ernüchtert. Man denke nur an China, Vietnam, Angola und Kuba. Auch die Revolution in Nicaragua hat nicht den „Neuen Staat" und den „Neuen Menschen" geschaffen, wie es sich viele erhofft hatten. Die Entwicklung in Nicaragua geht nur sehr langsam voran. Und trotzdem ist die Solidarität nicht abgebröckelt, wie in allen Bewegungen vorher. Anscheinend hat die Solidaritätsbewegung ihre Ansprüche den Realitäten angepaßt. Ein anderer Grund für die anhaltende Solidarität mit Nicaragua ist, daß die Sandinisten nach der Revolution eine gemäßigte und kompromißbereite Politik verfolgt haben, die es Organisationen wie Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Städtepartnerschaftsvereinen möglich gemacht hat, sich zu solidarisieren.

Mit dieser Solidarität können radikalere Gruppierungen nicht rechnen. An Sendero Luminoso scheiden sich auch die Geister der Linken, da diese autoritär-dogmatische Befreiungsbewegung alle Andersdenkenden bekämpft, sogar Linke. In den westlichen Medien wird fast ausschließlich über die Greueltaten von Sendero Luminoso berichtet. Oft wird er mit der Drogenmafia gleichgesetzt. Aber über Programm und Strategie erfährt man wenig. Dieses Informationsdefizit und die heftige Debatte in der Peru-Solidaritätsbewegung veranlaßten uns, den Artikel von Lina Andina abzudrucken.

Eine ganz andere Befreiungsbewegung ist die Frente Polisario in der Westsahara. Für Wissenschaftler handelt es sich hier um einen „ethnischen Konflikt", über den objektiv und politisch neutral geforscht werden kann. Selbst linke Wissenschaftler reden nur noch „wertfrei" von Regionalkonflikten (Dieter Senghaas) oder schlicht von Kriegen in der Dritten Welt (Volker Matthies) und dienen damit dem Interesse der Herrschenden.

Ethnische Konflikte sind jedoch Folgen der Kolonialzeit. Ohne Rücksicht auf Volksstämme wurden damals Territorialstaaten geschaffen. Nach Beendigung der Kolonialherrschaft sind diese Grenzen beibehalten worden. Teilweise wurde das Territorium sofort wieder von einer anderen Regionalmacht besetzt, wie die Westsahara von Marokko, oder eine Ethnie wurde von den ehemaligen Kolonisatoren an die Regierungsmacht gehievt. Solche postkolonialen Konflikte in der Dritten Welt brechen in den letzten Jahren immer häufiger aus.

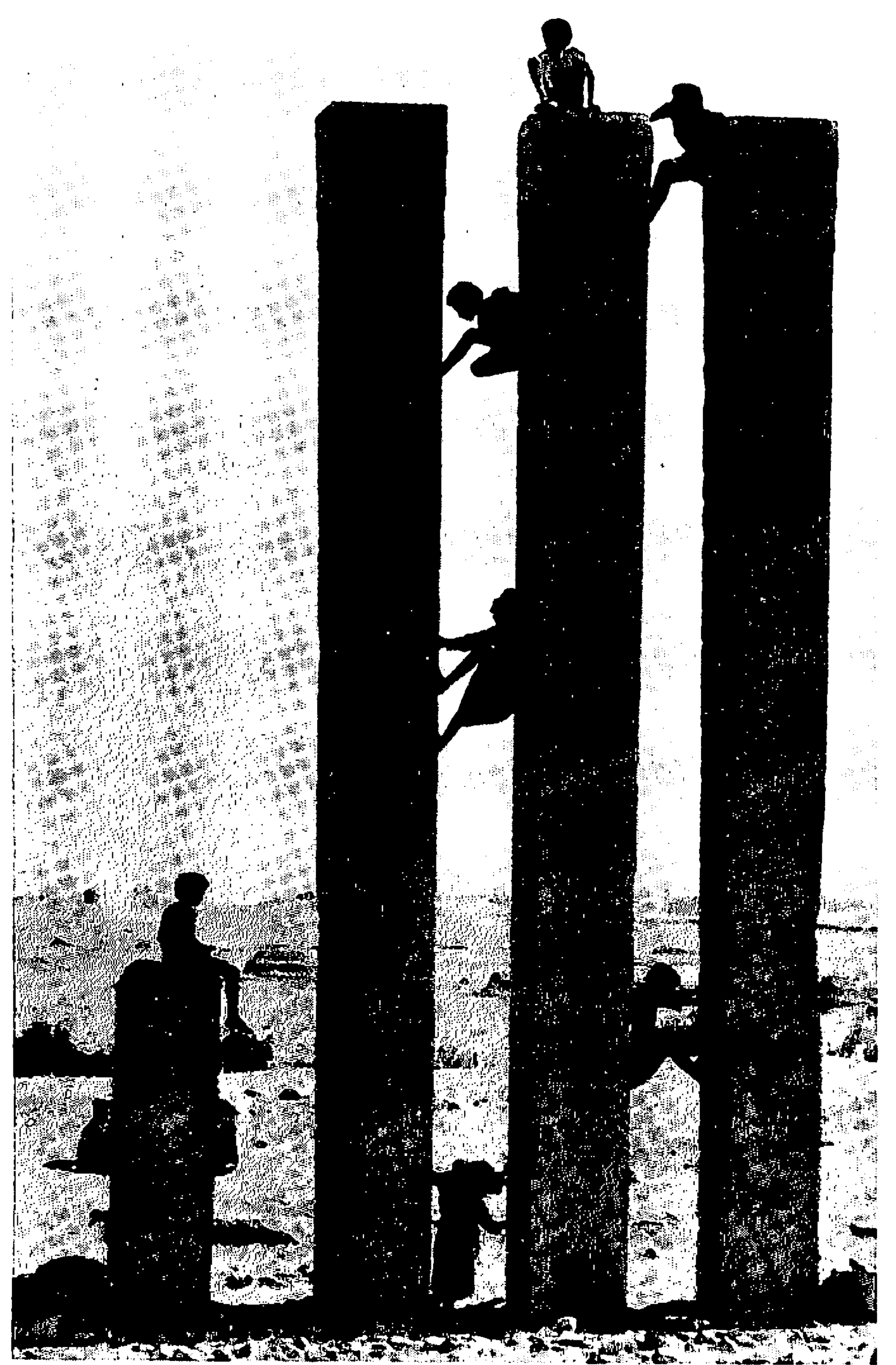
Die Möglichkeiten und Grenzen von revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt untersucht Jürgen Horlemann in seinem Beitrag. Ein Aspekt, auf den er nicht eingeht, soll an dieser Stelle kurz beleuchtet werden.

Die veränderte weltpolitische Situation und die Entspannungspolitik Gorbatschows wird in letzter Zeit von der Linken heftig diskutiert. Hat Gorbatschow die Befreiungsbewegungen im Stich gelassen? Schließlich hat er die militärische und wirtschaftliche Unterstützung drastisch eingeschränkt. Andererseits ist eine politische Lösung der Konflikte nähergerückt, weil der Ost-West-Konflikt entschärft worden ist. Die Verhandlungslösung in Namibia wurde u.a. dadurch möglich, daß die US-Regierung nicht mehr mit der „Roten Gefahr" im südlichen Afrika drohen konnte. Sogar in Afghanistan, wo es lange so aussah, als wäre die Niederlage der Regierung Nadjibullah nach dem Abzug der Sowjets besiegelt, sieht die Lage inzwischen anders aus: Die Front der Widerstandskämpfer bröckelt. Das identitätsstiftende Feindbild des Aggressors von Außen ist weggefallen.

Im Kampf um nationale Befreiung zeigt sich, wie eng verknüpft die Frauenfrage mit allen übrigen sozialen Problemen ist. Unbestritten ist, daß es ohne die Beteiligung der Frauen keine Revolution geben kann. Deshalb erstaunt es, wie wenig der emanzipatorische Zusammenhang von unseren Autoren beachtet wird. Edith Laudowicz geht in ihrem Beitrag der Frage nach, was mit den Frauen geschieht, wenn die nationale Befreiung erreicht worden ist. Bietet ein befreites Land auch für die Frauen eine Chance auf befreites Leben?

Die Grenzen der Befreiung

Befreiungsbewegungen sind radikal neue soziale Gebilde. Deshalb muß jede Befreiungsbewegung in ihrer konkreten Situation genau analysiert werden. Mit den Begriffen des Marxismus-Leninismus sind sie nicht zu fassen. Oft sind es Mehrklassenfronten, deren eigendes Ziel die nationale Unabhängigkeit ist. Nationalismus ist hier ein progressives Moment und trägt internationalistischen Charakter, weil er sich gegen den Imperialismus der Kolonialmächte wendet[1].



„Befreiungsbewegungen sind radikal neue soziale Gebilde"

Mit der Oktoberrevolution rückte bekanntlich erstmals die Hoffnung auf die *Weltrevolution* in greifbare Nähe. Die Erwartung: Fortschreiten der sozialistischen und Arbeiterrevolution in den kapitalistischen Ländern bei gleichzeitigem Aufstand in den Kolonien galt gleichermaßen für die kommunistischen Parteien des *Westens* wie für viele Kräfte der Befreiung des *Ostens*. Rückblikkend können wir jedoch feststellen:

Die *Weltrevolution* schritt nicht im erwarteten Sinne voran, die Auffassung des *Sozialismus in einem Lande* (der Sowjetunion) gewann die Oberhand. Entsprechend wurde die vielfach bereits definierte *Bündnis*rolle der kolonial unterdrückten Völker als Teil der weltweiten revolutionären Bewegung für die kommende Zeit festgelegt: als *Reserve* des einzigen sozialistischen Landes und der internationalen Arbeiterbewegung gleichermaßen.

Dennoch: Was auch immer die Stagnation der erwarteten weltweiten Revolution des Proletariats für die revolutionäre Arbeiterbewegung bedeutete — für die kolonial unterdrückten Völker hatte die Oktoberrevolution das Rad der Geschichte vorangedreht, und die damit verbundenen Hoffnungen auf Befreiung waren auch durch die größten Massaker der Kolonialherren nicht mehr zu ersticken.

Antikolonialismus und Sozialismus

Dennoch lohnt es sich, historisch gründlich zu erforschen — und hier liegt Stoff für nachholende kritische Entwicklungsländerforschung — welch unterschiedliche Auffassungen zu Zeiten der Oktoberrevolution und in den Jahren danach bei denjenigen antikolonialen und nationalen Kräften vorhanden waren, die aus der Sicht der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern als *Bündnispartner* des revolutionären Proletariats bezeichnet wurden. Bedeutete die Perspektive des Sozialismus lediglich eine Abgrenzung im Sinne von anti- oder nichtkolonialistisch,

anti- oder nichtkapitalistisch, war darin ein wesentliches Element der Möglichkeit eines selbstbestimmten Entwicklungsweges vorhanden? War der Nationalismus die treibende Kraft der frühen Befreiungsbewegungen? Die Klärung dieser Fragen ist nicht nur von historischem Interesse, sondern höchst aktuell. Könnten doch die Ergebnisse zu realistischen Einschätzungen über den materiellen und ideologischen Entwicklungsstand dieser Länder und ihrer damaligen antikolonialistischen (d.h. gegen die direkte materielle, physische und kulturelle Ausbeutung auch rechtlich abhängiger Völker durch ein *Mutterland* gerichtete) Bewegung beitragen. Denn: Eine nüchterne Untersuchung der perspektivischen Vorstellungen der nationalen und antikolonialen Bewegungen, welche die verbalen Zugeständnisse an Komintern und andere Institutionen der weltweiten revolutionären Bewegung beiseite läßt, würde zutage fördern, daß schon damals äußerst komplexe Widerspruchslagen der kolonial abhängigen Gesellschaften vorhanden waren, die noch heute, unter veränderten internationalen Bedingungen, die Vorstellungen der Befreiungsbewegungen prägen. Was bereits im Hinblick auf die Rolle der Komintern in China und die Entwicklung *alternativer* Revolutionsmodelle festgestellt wurde, könnte, bezogen auf andere kolonial oder neokolonial abhängige Länder und deren Befreiungsbewegungen, zu einem realitätsbezogenen neuen Bild der damaligen Verhältnisse führen — zum Vorteil aktueller Analysen!

Freiheit ist nicht immer gleich Sozialismus

Die seit Anfang des Jahrhunderts bis in die jüngste Vergangenheit propagierten Vorstellungen eines linearen, revolutionären weltweiten Prozesses, in dem die Befreiungsbewegungen ihren festen Platz hatten, waren damals so dogmatisch und falsch wie heute. Historisch wie aktuell waren und sind die Befreiungsbewegungen, wie Jean Ziegler es ausgedrückt hat, *„radikal neue soziale Gebilde"*.[2]

Sie entwickelten und entwickeln *„Systeme der Selbstdarstellung, Ideologien, Literaturen, Musik und politische Theorien. Sie sind Schöpferinnen neuer Kulturen."*[3]

Neue soziale Gebilde — dies bedeutet, im wirklichen Sinne des Wortes, für jedes Land, für jede Bewegung, eine konkrete Analyse einer konkreten Situation vorzunehmen!

So wie für die Vergangenheit, so muß auch für die Gegenwart verdeutlicht werden, daß es eine Vielzahl möglicher Varianten nationaler, kultureller, sozialer und politischer Entwicklungswege gegeben hat und zukünftig geben wird.

Alle historischen und aktuellen Befreiungsbewegungen existierten und existieren in unterschiedlich definierten und einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfenen Umfeldern — regional, national und international. Es wäre verfehlt, alle diese Bewegungen miteinander vergleichen zu wollen. In einer bestimmten Situation können Befreiung, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Sozialismus höchst unterschiedliche Bedeutungen haben! Sie bestehen allerdings in einem internationalen Umfeld, aus dem ein Rückzug, so oder so, nicht möglich ist. Von daher, und nur von daher, bestehen durchaus vergleichbare und auch gemeinsame Fronten und Aufgaben.

Befreiung heißt Freiheit des ganzen Volkes

Abgesehen von allen genannten Zielvorstellungen war und ist keine Befreiungsbewegung von Bestand, wenn sie nicht die Befreiung des ganzen Volkes zum Programm erhebt. Keine Befreiungsbewegung, die sich eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft zum Nah- oder Fernziel gesetzt hat, kann bestehen, wenn sie nicht gleichzeitig die nationale Befreiung, den Kampf um die nationale Unabhängigkeit anstrebt. Auch die Verteidigung sozialistischer Werte gegen einen fremden Unterdrücker kann nur auf der Grundlage gelingen, daß die Befreiungsbewegung den kollektiven Unabhängigkeitswillen der ganzen Bevölkerung verkörpert.

Die Kräfte der Befreiung

Im allgemeinen setzen sich die Befreiungsbewegungen aus sämtlichen sozialen Schichten und Klassen des Volkes zusammen, die in Opposition zum kolonialen oder neokolonialen Unterdrücker stehen. Häufig kommen auf diese Weise Fronten zusammen, die ohne die genannten äußeren Bedingungen nicht zueinandergefunden hätten. Meist sind es mehrheitlich die Bauern, die Arbeiter, Teile der Zwischenschichten einschließlich der Intelligenz, die den Kern der Bewegung bilden. Die nationale Bourgeoisie schließt sich gewöhnlich als letzte der Bewegung an, nicht ohne häufig den Versuch zu unternehmen, die Führung zu erlangen.

Die Entstehung der Befreiungsbewegung ist ein Prozeß von langer Dauer und nicht alle Volksteile sind gleichermaßen aktiv und entschlossen. Zugleich sind in dieser Konstellation auch die Gründe für Polarisierungen oder gar Auflösung der Bewegung nach Erreichung des Etappenziels der Befreiung vorgegeben. So wenig wie die unterschiedlichen Schichten und Klassen mit einem Schlag und aus der gleichen Motivlage heraus die Befreiungsbewegung bilden, so wenig kontinuierlich und voraussehbar erfolgt ihre Ausdifferenzierung nach der Befreiung. Jede Gruppe trägt in sich die Hoffnung, ihre jeweiligen sozialen und ökonomischen Interessen nach der Erlangung der Unabhängigkeit durchsetzen zu können.

Die Idee des Sozialismus

Zur Analyse der Befreiungsbewegungen ist es wichtig, nicht die Masse der Bevölkerung mit den Führungen des Befreiungskampfes zu verwechseln. Wie die Geschichte zeigt, sind die Führer von Befreiungsbewegungen zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit häufig nicht sozialistisch orientiert. Auch wenn dies zu einem späteren Zeitpunkt geschieht und sozialistische Gedanken zum treibenden Element ihres Kampfes werden, so kann nicht übersehen werden, daß die sozialistischen Ideen *von außen* herangetragen sind — ihre Träger entstammen im allgemeinen den privilegierten Schichten, es sind die Söhne und Töchter entweder der Bourgeoisie, die *Klassenverrat* begangen haben, oder der Kleinbourgeoisie, die im Dienst des Kolonialismus und Neokolonialismus steht. Heute sind diese Führungen, im Unterschied etwa zu den Zwanziger Jahren und danach, keine *Kommunisten*, deren Auffassungen von einem *revolutionären Zentrum* geprägt sind.

Sie sind idealistisch, radikal humanistisch und solidarisch mit den Ärmsten — und zunächst in diesem Sinne *sozialistisch.*

Entscheidend für die Betrachtung der Führungsgruppen ist, daß ihre Sozialisierung im allgemeinen fern von den kulturellen und sozialen Werten der Bevölkerungsmehrheit erfolgte. Daß sie, im Gegensatz zu dieser Mehrheit, allein das technische, administrative, ökonomische und Herrschaftswissen der Kolonialmacht besitzen, hat im allgemeinen diesen Preis der Volksferne, verleiht ihnen ihre aktuelle und potentielle Macht. Jean Ziegler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dieses Wissen sich nicht beschränkt auf *irgendein Nebenprodukt der Mechanisierung*, sondern sich auch auf das *ideologische System* des Unterdrückers bezieht. Im akkumulierten Herrschafts- und Technikwissen liegt einerseits der Beitrag dieser Führungsschichten zur Bekämpfung des Kolonisators. Andererseits, als Folge der Sozialisierung im ideologischen System des Unterdrückers, liegen darin nach der Befreiung zahlreiche Gefahren, abhängig davon, wie gründlich der Bruch mit dem scheinbar geschlagenen ideologischen System gewesen ist.

Befreiungskampf und Klassenkampf

Der Kampf um die eigene Identität, der Anspruch auf ein eigenes Wesen — zusammen mit dem Kampf um wirtschaftliche Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit — sie sind, in dieser Gewichtung (und die erstgenannten Ziele werden heute, zu Recht, lauter genannt als in der Vergangenheit), der gemeinsame Nenner der Befreiungsbewegung des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Wie dargelegt, sind die Befreiungsbewegungen Mehrklassenfronten, weisen eine unterschiedliche soziale Zusammensetzung auf und bringen entsprechende Konflikte schon während des Befreiungskampfes hervor, die zu Spaltungen führen kön-

nen. Diese Auseinandersetzung kann sich über einen langen Zeitraum erstrecken, Konflikte zwischen den Klassen, aber auch ethnischen Gruppen, können mitten im Befreiungskampf virulent werden. Verallgemeinernd stellt J. Ziegler fest: *„Wie stark die Klassengegensätze innerhalb der Befreiungsbewegung auch sind, der Klassenkampf beginnt erst in einem fortgeschrittenen Stadium des Krieges und ganz besonders in dem Augenblick, da sich das Problem der neuen Beziehungen zwischen den einheimischen Klassen in den befreiten Zonen stellt."*[4]

Ist ein Klassenkampf unausweichlich? Muß er stattfinden, um diejenigen Kräfte zu isolieren, die einen Kompromiß zuungunsten des Landes mit dem ehemaligen Unterdrücker schließen wollen? Muß er möglichst frühzeitig ausgetragen werden, ohne daß sich eine solche Gefahr abzeichnet, einfach deshalb, weil ideologische Standpunkte unvereinbar erscheinen und zukünftige Konflikte vorweggenommen werden? Muß in diesem Zusammenhang, wie J. Ziegler es formuliert, der nationale Befreiungskrieg in einen langandauernden Volkskrieg umgewandelt, neue Klassenbeziehungen, Produktionsverhältnisse und Eigentumsstrukturen geschaffen werden, um eine Niederlage und ein Ende im neokolonial abhängigen Staat zu vermeiden?

Volkskrieg und Befreiung

Lange Zeit galt es als Dogma, daß unter den Bedingungen des imperialistischen Weltsystems jedes Land der Dritten Welt einen langandauernden militärischen Befreiungskampf führen muß. Keine der heute bestehenden Befreiungsbewegungen begann ihren Kampf in bewaffneter Form. Die bewaffnete Auseinandersetzung wird, so lange es die Repressionsinstrumente des Gegners zulassen, hinausgeschoben — aus gutem Grund: Die militärische Gewalt setzt schwer kontrollierbare Kräfte frei — zu ihrer Kontrolle bedurfte und bedarf es spezieller politischer Einrichtungen, heißt: Bindung wichtiger personeller Energien zur politischen Kontrolle der militärischen Kräfte, um militaristische Abirrungen zu vermeiden, die das Ziel des Befreiungsprozesses gefährden können.

Die militärische Gewalt der Befreiungsbewegung dient der Selbstverteidigung, ist Gegengewalt gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Gegners. *Bewaffnete Propaganda* dient nicht in erster Linie der militärischen Ausschaltung des Gegners, sondern der Organisierung und Mobilisierung der Volksmassen.

Die Gefahr der militaristischen Verselbständigung, die Überbetonung des Militärischen, stellt eine Gefahr für alle Befreiungsbewegungen dar. Bewaffnete Propaganda und individueller Terrorismus können eng beieinander liegen. Die hinrichtende Ausschaltung wirklicher oder vermeintlicher Gegner, der *Verräter*, die Stilisierung der bewaffneten Kräfte als *Arm* der Befreiungsbewegung belasten das innere Gleichgewicht der Befreiungsbewegung. Militärische Gewalt kann nicht nur befreiende, sondern auch furchteinflößende Wirkungen in den eigenen Reihen hervorrufen, kann zu opportunistischem, angepaßtem Verhalten führen, kann zu einer Ordnung des Zwangs werden. Konflikte zwischen dem aktiven Kern der nationalen Befreiungsbewegung und denen, die zögern, sich neutral verhalten, abwarten, nur verbal agieren, können zu Rückschlägen führen.

Daraus darf jedoch nicht ein neues Dogma abgeleitet werden: das der prinzipiellen Absage an den bewaffneten Kampf, den Einsatz der Waffen; dies kann bedeuten, die Kräfte der Befreiung dem Tod zu überantworten. Dies gilt sowohl schon für den Befreiungskampf vor Erlangung der Unabhängigkeit, als auch für die nach Erlangung der Unabhängigkeit aufgezwungenen Kriege.



Nationalismus versus Internationalismus?

Die Ziele des heutigen Befreiungskampfes in den Ländern der *Dritten Welt* sind die Schaffung unabhängiger, selbstbestimmter, verteidigungsfähiger Nationen, die Befreiung der Mehrheit der Bevölkerung von materiellem Elend, die Erfüllung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedürfnisse, die Verwirklichung politischer Grundrechte. Diese Ziele sind zugleich auch elementare Bestandteile der Menschenrechte. Nur dieser Zustand ermöglicht es den Völkern, eigene Perspektiven zu entwickeln und den Versuch zu unternehmen, sie auch umzusetzen, zu versuchen, sich selbstbestimmt im Rahmen des gegenwärtigen Weltsystems zu bewegen. Deshalb verhalten sich die meisten Befreiungsbewegungen „nationalistisch", was nicht mit nationalem Chauvinismus gleichgesetzt werden darf. Die nationalen Befreiungsbewegungen kennen kein *„revolutionäres Zentrum"* mehr, sie *„brechen radikal mit der internationalistischen Ideologie und Praxis, wie sie über Generationen von der internationalen Arbeiterbewegung sozialistischer oder kommunistischer Prägung angewandt worden ist."*[5]

Die nationalen Befreiungsbewegungen sind nicht länger die Fortsetzung der Internationale der Arbeiter der kapitalistischen Länder, für die die Abschaffung des Nationalismus gleichbedeutend war mit der Abschaffung der bürgerlichen Ideologie. Die Befreiungsbewegungen ziehen damit auch ihre Erfahrungen aus der Praxis bspw. der pervertierten institutionalisierten Formen des *proletarischen Internationalismus* (Sowjetunion), gemeinsame Bündnisse der einseitigen Abhängigkeiten zu schaffen.

Bedeutet dies ein Ende gegenseitiger internationalistischer Hilfe? Sind nicht vielmehr die heutigen Befreiungsbewegungen auf neue Art internationalistisch, wie J. Ziegler andeutet: *„Angesichts der strukturell gewordenen Brutalität des kapitalistischen Weltmarktes, angesichts der rasch wachsenden Monopolisierung des Kapitals in den Händen einer immer mächtiger werdenden transnationalen Oligarchie und angesichts des sich unaufhörlich ausdehnenden Imperiums der multinationalen Bank-, Handels- und Industriegesellschaften bildet die Vermehrung der Nationalstaaten für die Völker an der Peripherie — aber auch für die Arbeiter des Zentrums — eine letzte Chance auf Würde und Freiheit... Diese Nationen bedeuten heute Bastionen der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Widerstandes gegen die Knechtung des Menschen, gegen seine Verfremdung und gegen seine Reduzierung auf die rein produktive Funktion durch die allumfassende, alles besiegende Rationalität der Ware."*[6]

Befreiungsbewegungen an der Macht

So unterschiedlich wie der Weg zur Befreiung eines Landes durch eine Volksbewegung aussehen kann, so vielfältig sind die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen im Augenblick der Unabhängigkeit, so vielfältig auch die Vorstellungen von der neuen Gesellschaft. In den Gesellschaften, die den Kampf für den Aufbau des Sozialismus begannen, handelte es sich nicht um jene der hochentwickelten Produktivkräfte, der weitestgehenden Vergesellschaftung der Arbeit. Sie waren im Gegenteil wirtschaftlich gering entwickelt und sozial wenig ausdifferenziert. Gemeinsam ist diesen Ländern in erster Linie die wirtschaftliche Rückständigkeit und die abhängige Stellung innerhalb der Weltwirtschaft: Abhängigkeit von einem Exportsektor und meist einem oder wenigen Rohprodukten. Hinzu kommt, daß im allgemeinen als Folge der militärischen Kämpfe die wenigen funktionsfähigen wirtschaftlichen Organismen am Boden liegen, daß der frühere koloniale Gegner nicht nachläßt, mit vielfältigen Formen des Boykotts, der Sabotage usw. den wirtschaftlichen Aufbau zu verhindern. Viele Länder kommen nach der Unabhängigkeit nicht zur Ruhe und müssen sich häufig von außen kommenden oder unterstützten konterrevolutionären Gefahren stellen, die, weil militärische Abwehrmaßnahmen erforderlich sind, erst recht den wirtschaftlichen Aufbau behindern.



So kommt es, daß im allgemeinen eine wie auch immer bezeichnete Phase der *Wiederherstellung/Rekonstruktion* vorgesehen wird. Im allgemeinen gehören zu dieser Phase die Verstaatlichung der Banken, des Transportwesens sowie der Grundindustrien. Auch die Landwirtschaft ist in der einen oder anderen Form betroffen. Sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung sind zu ergreifen, sei es durch Lohnerhöhungen, Aufbau des Gesundheits- und Bildungswesens, wobei zuerst die Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten verändert werden muß. Im allgemeinen wird den unmittelbaren Bedürfnissen des Volkes Vorrang gegeben, wobei die Gefahr besteht, daß die Entwicklung langfristiger wirtschaftlicher Strategien in den Hintergrund tritt.

Die Aufgaben sollen im allgemeinen von Menschen gelöst werden, die zwar im Verlauf des Befreiungskampfes eine Reihe politischer, organisatorischer und vor allem militärischer Kenntnisse erworben haben, jedoch auf wirtschaftlichem Gebiet unerfahren sind. Während der Aufbau staatlicher Gesundheitsversorgung, die Entwicklung des Bildungswesens (Alphabetisierung) sowie die kulturellen Aktivitäten relativ problemlos, weil an Kenntnisse und Erfahrungen anknüpfend, vonstatten gehen und in der Selbstdarstellung des neuen Staates nach innen und außen eine dominierende Rolle spielen, verursachen die Entscheidungen hinsichtlich der Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Beziehungen die allergrößten Probleme. Es geht den Führungen in den meisten Fällen darum, möglichst schnell eine Industrialisierung durchzuführen, die Agrargesellschaft in eine Industriegesellschaft zu verwandeln. Hier sind Grundentscheidungen zu treffen: Folgt eine Gesellschaft einem *sozialistischen Modell* oder nimmt es Abstand von Modellen und Vorbildern? Kann sich ein Land dem Werben des *sozialistischen Lagers* und des *Kapitalismus* erfolgreich entziehen und aus dem Wettbewerb der Systeme eigenen Nutzen ziehen? Die letzten Jahrzehnte bis hin zu den jüngsten Erfahrungen (z.B. Algerien, Simbabwe) scheinen zu beweisen, daß die wirtschaftlichen und politischen Schäden dort vergleichsweise gering sind, wo *unorthodoxe* Maßnahmen ergriffen wurden, die den nationalen Gegebenheiten angepaßt waren.

Für die auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es zahlreiche Gründe: gewährte Kredite im Rahmen internationaler Hilfe können immer weniger zur Steigerung des Massenkonsums verteilt werden. Erheblich sind auch die strukturellen Probleme im Bereich der Landwirtschaft: verteiltes Land ehemaliger Großgrundbesitzer oder internationaler Gesellschaften wird von den ehemals Landlosen vorrangig zur Deckung des Eigenbedarfs genutzt, die Produktion von Exportgütern, auf deren Deviseneinnahmen die Staatskasse angewiesen ist, geht zurück. Gelder, die zum Aufbau von Industrien nötig werden, stehen nicht zur Verfügung. Im schlimmsten Falle entsteht ein Parallelmarkt, auf den die Bevölkerung zur Deckung ihres täglichen Bedarfs angewiesen ist.

Ist der Sozialismus am Ende?

Betrachten wir die letzten Jahrzehnte unter dem Gesichtspunkt, daß die meisten nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten, so sollten wir zumindest Interesse für die Vielfalt sozialistischer Erfahrungen entwickeln. Gleich, ob gewaltsame und friedliche Bewegungen zu *sozialistischen* Gesellschaften führen, letztere sind so unterschiedlich, daß gemeinsame Erfahrungen kaum formuliert werden können. Teilweise wurde auf den Marxismus Bezug benommen (z.B. Korea, Vietnam), teilweise eigene Traditionen als Sozialismus bezeichnet (z.B. Senegal, Madagaskar), oder es wurden Anleihen bei *etablierten* sozialistischen Ländern gemacht (z.B. Angola, Laos). Zeitweise findet sich der Titel *Sozialismus* nur noch an der Oberfläche. Selten nur noch wird er als geschichtliche Notwendigkeit aus den realen Entwicklungen der Gesellschaft abgeleitet (z.B. Kuba). Gleichgültig, wie nah oder fern die sozialistischen Vorstellungen zum Marxismus oder Leninismus standen oder stehen: sozialistische Vorstellungen in den Ländern der Dritten Welt sind massiver bestimmt durch die objektiven nationalen und kulturellen Besonderheiten, die individuelle Geschichte der staatlichen Führungen, das Ausbildungs- und Erfahrungsniveau der staatlichen Kader usw., als dies in offiziellen Bezeichnungen und Reden, die auf die traditionelle sozialistische Begrifflichkeit rekurrieren, zum Ausdruck kommt.

Ähnlich wie die Ausgangsbedingungen der nationalen Unabhängigkeit sowohl als vergleichbar als auch als einzigartig anzusehen sind, gibt es bei der Einschätzung der Lage der sozialistischen Bewegungen an der Macht Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Die Erfahrungen gerade der vergangenen 20 Jahre haben die Illusion zerstört, daß der Sieg einer Befreiungsbewegung identisch sei mit dem Erfolg einer selbstbestimmten Entwicklung.

Die Tatsache, daß keines der heutigen sozialistischen Entwicklungsländer anderen Ländern der Dritten Welt als attraktives Vorbild dient, ist nicht allein auf die internationalen strukturellen Bedingungen zurückzuführen, denen ja alle Entwicklungsländer unterliegen. Zwar prägen die internationalen Abhängigkeitsverhältnisse die Voraussetzungen für die Strategien mit sozialistischer Zielvorstellung, doch darf dies nicht den Blick dafür verstellen, daß die Hauptprobleme aus der industrialistischen Grundorientierung von Programmen nachholender sozialistischer Entwicklung bestimmt sind. Insbesondere gilt dies für diejenigen Länder, in denen Schwerindustrie und Großprojekte wirtschaftlich im Mittelpunkt standen und die Landwirtschaft vernachlässigt wurde. Die häufige Folge ist ein verbürokratisierter Staatsapparat, eine schlecht funktionierende Versorgung mit landwirtschaftlichen und industriellen Gütern, ein immenser Verschleiß staatlicher Gelder, die Existenz einer Schattenwirtschaft und alles in allem eine unübersehbare wirtschaftliche Stagnation. Wirtschaftliches Leben funktioniert da noch am besten, wo die Bevölkerung naturwüchsig auf die traditionellen Wirtschaftsformen zurückgreift, die mehr oder weniger offiziell geduldet werden. Häufig werden für diese Erscheinungen allein die Nachwirkungen des Kolonialismus, die internationalen Abhängigkeiten oder (Bürger-)Kriegssituationen verantwortlich gemacht und damit jedes Versagen von Führungskräften auf allen Ebenen entschuldigt.

Die politischen Ordnungen in den „sozialistischen" Entwicklungsländern sind Ergebnisse des Befreiungskampfes, dessen politisch-militärische Leitung meist zentralistischen Prinzipien folgt. Die alten bewährten Kader rücken in die Schlüsselstellungen der neuen Staatsmacht ein, nachdem der alte Staatsapparat zerschlagen wurde. Ergänzt werden die neuen/alten zentralistischen Strukturen oft durch Volksorganisationen, die gleichfalls aus dem Befreiungskampf hervorgegangen sind. Beiden Organisationsebenen ist im allgemeinen gemeinsam, daß sie nach den Prinzipien von Unterordnung und Autorität funktionieren. Die tradierte politisch-militärische Organisationsform des Befreiungskampfes wird den neuen Bedingungen mehr oder weniger angepaßt, doch die Entwicklung neuer, basisdemokratischer Ansätze, ist mühsam. Die Bandbreite staatlich-politischer Organisierung reicht von der Festschreibung des Machtmonopols der Staatspartei bis zum Versuch, neue demokratische Formen zu entwickeln. Teilweise führt äußerer Druck dazu, daß bspw. früher vernachlässigte oder schlecht behandelte Minderheiten ernstgenommen werden und ihren Forderungen Gerechtigkeit widerfährt, daß Kollektivierungsmaßnahmen rückgängig gemacht und demokratische Freiheiten eingeräumt werden. Teilweise ist genau das Gegenteil der Fall und die politische Repression wächst.

Der Ausweg aus der Krise: Partizipation

Die Tendenzen sind gegenläufig, der Kurs der Entwicklung nicht vorhersehbar.

Die jüngsten Ereignisse in China haben gezeigt, daß zentralistische, am sowjetischen Modell orientierte Planung, modifiziert durch materielle Anreize, die grundlegenden ökonomischen, geschweige die politischen und sozialen Probleme nicht bewältigt. Wirtschaftliche Reformen, die den Zentralismus weitgehend zugunsten dezentraler Verwaltung zurückdrängen und dem Markt mehr Chancen bieten, können ohne gleichzeitige politische Reformen nicht funktionieren. Dies hat damit zu tun, daß — Modernität und industrielle Entwicklung gleichgesetzt — im allgemeinen die Landbevölkerung nicht als Träger dieser Konzeption angesehen, sondern vernachlässigt, ja in ihrer freien Entfaltung gehindert wird. Revisionen, wie sie etwa in China nach 1978 vorgenommen wurden, deuteten auf diese Problematik hin, lösten sie aber nicht.

Aufmerksamkeit verdienen diejenigen Formen des *Sozialismus* (auf staatlicher Ebene genauso wie auf nichtstaatlicher), die bislang aus der hiesigen Diskussion ausgespart wurden und deren gemeinsames Merkmal darin besteht, autochthone Entwicklungsvorstellungen zu beleben, die nicht länger in der Kopie herkömmlicher west-östlicher industrieller Entwicklung ihre Zukunftsperspektive erblicken.

Dies bedeutet, die marxistische Idee der *freien Assoziation individueller Produzenten* im Zusammenhang mit der Situation jener Gesellschaft zu diskutieren, die ihre nationale, soziale, ökonomische und kulturelle Befreiung erstreben.

Insofern ist es richtig, wenn P. Meyns feststellt, daß die Probleme, die aus der Orientierung an der sowjetischen Auslegung der Theorien von Marx und Lenin folgten — nämlich die freie Entfaltung der Menschen in den Hintergrund zu rücken oder gar zu unterdrücken — eine wesentliche Wurzel der heutigen Krise des Sozialismus sind.[7]

Jürgen Horlemann

1 Eine allgemeine Würdigung dessen, was historisch sowie zeitbezogen unter der Begrifflichkeit „Befreiungsbewegung" verstanden wurde bzw. wird, kann nur schwer zufriedenstellen; ein solcher Beitrag stellt mehr Fragen, als er beantwortet, fordert zur Kritik heraus. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Befreiungsbewegungen" muß zudem auf dem Hintergrund der Solidaritätsbewegung des vergangenen Vierteljahrhunderts (ein Thema für sich) geführt werden und kann daher nicht umhin, punktuell die Grundannahmen und Schlußfolgerungen hinsichtlich der Haltung zu den Befreiungsbewegungen selbstkritisch zu sehen. Dies bedeutet auch, sich die Frage vorzulegen, inwieweit die Hoffnungen auf Revolutionen berechtigt sind, die weltweit zu einem Fortschreiten menschlicher Gesellschaft in Richtung Sozialismus und Befreiung beitragen können.

2 Jean Ziegler, Gegen die Ordnung der Welt, Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika, 2. Aufl., Wuppertal 1986, S. 325.

3 (ebda.)

4 a.a.O., S. 336.

5 Ziegler, a.a.O., S. 345. 4)

6 J. Ziegler, a.a.O., S. 347.

7 P. Meyns, Sozialistische Entwicklung in der Dritten Welt — Elemente einer Neubewertung, in: K. Fritsche, Hrsg., Verlorene Träume? Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt, Stuttgart 1989.

Befreites Land - befreites Leben

Frauen in Befreiungsbewegungen

"Ohne Beteiligung der Frauen gibt es keine Revolution!" — So lautet die Parole des nicaraguanischen Volkes. Doch bedeutet der Sieg gegen die nationale Unterdrückung auch zugleich das Ende der Unterdrückung der Frauen? Die Erfahrung zeigt vielmehr, daß Frauen nach dem Sieg der Revolution in ihre traditionellen Rollen zurückgedrängt werden. Wie also muß das Engagement von Frauen im Kampf um nationale Befreiung aussehen, damit es auch zu ihrer eigenen Befreiung beiträgt?



Die Mehrheit der Länder, die sich in diesem Jahrhundert befreien konnten, wurden im Befreiungskampf durch marxistisch orientierte Gruppen oder kommunistische Parteien angeführt. Nach deren Verständnis ist die Frauenfrage eine soziale Frage, die sich primär aus dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ableitet. Dies hat zu einer weitgehenden Negierung der patriarchalen Unterdrückung durch die Organisationen selbst geführt. Es entstand ein Verständnis von Frauenkampf, welches sich auf eher traditionell den Frauen zugedachte Bereiche (Kinder und Familienpolitik, soziale Aufgaben) konzentrierte und eine Art Arbeitsteilung, die zwar Frauen im Rahmen dieser Politikfelder Möglichkeiten einräumt, sie zugleich aber auch auf diese beschränkt und den Zugang zu anderen Politikfeldern erschwert. Innerhalb dieses Befreiungskampfes haben die Frauenorganisationen allerdings unterschiedliche Rollen gespielt. Verkürzt scheint mir deshalb die Interpretation, daß die enge Verknüpfung von Partei- und Frauenbewegung per

se ein Hemmnis für die Entfaltung des Frauenkampfes sei. Impliziert sie doch die Auffassung, allgemeinpolitische Kämpfe brächten den Frauen grundsätzlich nichts oder wenig.
Konkrete Beispiele machen deutlich, wie unterschiedlich auch die Motive für Frauen waren, sich in den jeweiligen Kämpfen zu engagieren. In Vietnam löste die aggressive Kolonialpolitik der Franzosen, die darauf gerichtet war, alle Ressourcen auszuplündern, den Widerstand der Frauen aus. Sie waren in besonderer Weise von der Kolonialpolitik betroffen: In Hungerszeiten verkauften ärmere Familien ihre Töchter als Prostituierte. In den Fabriken und auf den Gummiplantagen herrschte brutale körperliche Gewalt, und Frauen erhielten noch geringere Löhne als die männlichen Arbeiter. Diese Situation bewirkte, daß die Anfang der 20er Jahre gegründete Indochinesische Kommunistische Partei Frauenforderungen aufstellte. Die 1930 gegründete Frauenunion sah ihr vorrangiges Ziel nicht nur in der Mobilisierung der Frauen für die nationale Befreiung, sondern auch in der Artikulation von Forderungen zur Unterstützung des Emanzipationsprozesses. Im Befreiungskampf übernahmen Frauen nicht nur die traditionell weiblichen Aufgaben, wie die Versorgung mit Essen, Krankenpflege und andere soziale Aufgaben. Auch im militärischen und unmittelbar politischen Kampf, als „Armee mit den langen Haaren" (2) trugen sie wesentlich zur Entfaltung der Befreiungsbewegung im Süden des Landes bei (1). Zwar erfuhren die Frauen durch das Konzept der Partei Unterstützung, mußten sich jedoch gegen die Männer in der Partei durchsetzen.
In China war die Ausgangssituation anders als in Vietnam: In den größeren Städten Chinas hat sich zu Beginn des Jahrhunderts eine Frauenbewegung entwickelt, die veränderte Ehegesetze, Erbrecht, Monogamie und Stimmrecht forderte. Die kommunistische Partei Chinas griff diese Forderungen auf und setzte sie in den in den 30er Jahren befreiten Gebieten weitgehend um. Nach der endgültigen Befreiung hatte die chinesische Frauenunion zunächst relativ große Einflußmöglichkeiten, die aber durch die Kulturrevolution gänzlich beschränkt wurden. Erst nach deren Ende wurde der Frauenunion wieder ein größerer Spielraum zugestanden.
Während der kubanischen Revolution spielten Frauen (nicht jedoch frauenspezifische Forderungen) eine wichtige Rolle. Erst nach dem Erfolg der Revolution ent-

Frauenwiderstand in Südafrika

Schwarze Frauen sagen von sich, daß sie schwarz sind, daß sie Frauen sind und daß sie Arbeiterinnen sind - deshalb stehen sie ganz unten auf der Unterdrükkungsskala.
Vor der Kolonialzeit war die schwarze Frau ein fest integrierter Teil der Gemeinschaft mit Pflichten und Rechten. Damals bestand eine Arbeitsteilung, die aber nicht als minderwertig oder mehr wert betrachtet wurde - eine Arbeitsteilung, die zum Wohlergehen der ganzen Gemeinschaft beitrug (...)

Der Kolonialismus stellte das ganze Sozialgefüge auf den Kopf. Daher kamen massive Probleme für die Frau:
— Durch das System der Wanderarbeit waren die Männer häufig abwesend - ihr Teil mußte von den Frauen übernommen werden;
— Der Lohn der Männer reichte nicht aus, um die Familie zu ernähren; so war die Frau gezwungen, mitzuverdienen;
— Die Männer, welche ständiger Unterdrückung und Demütigung ausgesetzt waren, gaben diese Frustration an die Frauen weiter;
— Die Großfamilie, deren Grundlage Landwirtschaft und Viehhaltung war, ging kaputt, nachdem ihr vom Kolonialsystem die Grundlagen entzogen worden waren.
— Die Erziehung der Kinder ruhte auf den Schultern der Frauen.
— Mit der Zerstörung des traditionellen Lebens der Afrikaner in Azania und der Einfuhr des unterdrückerischen Kapitalismus entwickelte sich ein patriarchalisches Gefüge:
— Der afrikanische Mann war auf dem Papier der Haushaltsvorstand; er allein konnte Verträge abschließen, seine Frau galt als unmündig.
— Die Frau war angewiesen auf das Geld, den Lohn des Mannes, war also von ihm abhängig.
— Da er häufig fern von seiner Familie leben und arbeiten mußte, ging er andere Beziehungen ein, vergaß also häufig seine Familie.

Als die Siedlerregierung die Idee der Homelands entwickelte, um die unproduktiven Schwarzen abschieben zu können, belebte sie bestimmte Elemente der vorkolonialen traditionellen Gesellschaft, um damit die Schwarzen zu spalten und sie zu erniedrigen. Diese Elemente der vorkolonialen traditionellen Gesellschaft waren und sind extrem reaktionär.
Also haben wir ein künstliches patriarchalisches System, das nicht aus unserer eigenen Entwicklung heraus gewachsen ist, sondern durch unsere Unterdrükkung durch eine fremde koloniale Macht eingeführt wurde. Wir Frauen leiden sehr darunter, aber wir sind auch entschlossen, mit dem ganzen Volk Azanias für die Beseitigung dieses verhaßten Systems zu arbeiten. Dann werden einige Bedingungen unserer Unterdrückung abgeschafft (Definiert hier das weiße Patriarchat, wie ihr es versteht!).
Natürlich existiert Sexismus auch unter den politisch bewußten Gruppen. Die Genossin wird ganz schnell zum Gegenstand der Begierde - dann erwähnen unsere Männer in leicht witzigem, ironischem Ton die traditionelle afrikanische Frau, die sich ihrer Weiblichkeit bewußt ist. Das heißt, die Männer berufen sich gerne auf die Tradition, um ihre Zwecke zu erreichen. Sie ignorieren, daß die heutige schwarze, politisch bewußte Frau mit der traditionellen Rolle der Frauen in der jetzigen und in der zukünftigen Gesellschaft nichts im Sinne hat.
Der Begriff Sexismus ist bei uns nicht verbreitet. Unser Kampf, unsere ganze Energie ist auf die Vernichtung der Apartheid, auf den Kampf gegen Imperialismus gerichtet. Unsere täglichen Probleme unter der Apartheid sind anders als Eure. Wir betrachten die Männer nicht als unserer Gegner, sondern als wichtige Bündnispartner.
Trotz aller Probleme im Zusammenleben der Geschlechter sehen wir die Wurzel des Übels im System. Wir suchen das Einigende. Das Bewußtsein, schwarz zu sein, ist einigend.

Die Erfahrung anderer Länder hilft uns weiter, den Kampf und unsere Ziele zu definieren. Wir haben gesehen, welche Rolle die Frauen in dem Befreiungsprozeß anderer Länder gespielt haben. Sie übernahmen nicht nur frauenspezifische Aufgaben wie die Pflege von Verwundeten usw., sondern sie standen an der vordersten Front.
Wir haben aber auch beobachtet, daß die alte Rollenverteilung nach der Befreiung z.T. in ganz reaktionärer Form wiedereingeführt wurde. Wir sehen aber auch, daß dies in großem Maße mit dem politischen Stand zusammenhängt.
In vielen dieser Länder ist die Revolution nicht zu Ende geführt worden. Der Kolonialismus ist nicht besiegt worden, sondern existiert weiter in Form von Neo-Kolonialismus. Damit bleibt aber die Ausbeutung bestehen, und wo es die Ausbeutung gibt, kann die Frau nicht frei sein, sie wird auch Objekt der Ausbeutung. Die Konsequenz für uns ist: Nur der Sieg über den Imperialismus und die Einführung des Sozialismus schafft die Bedingungen für die Befreiung der Frau. Das muß in Azania unser Ziel sein (...)

Nomsa Mketo
Vertreterin des PAC,
(Pan African Congress)

Quelle:
Auszug aus der Broschüre: Schwarze Frauenunterdrückung und Widerstand in Südafrika, 30 Seiten
Herausgeber: Institut für Soziologie Berlin
Asta Sondernummer -. Bezug: iz3w, 78 Freiburg, Postfach 5328, Preis 1 DM + 1,50 Porto

stand die kubanische Frauenorganisation. Die Kommunistische Partei Kubas sah in ihr vor allem ein „nützliches Instrument für die Arbeit mit den Frauen". Die Frauenorganisation brachte wichtige Impulse wie Alphabetisierung und Quotierung in die Kampagnen und Maßnahmen der Partei ein.

Die Beteiligung palästinensischer Frauen am Befreiungskampf hat andere Ausgangsmotive. Die Situation der Palästinenser unter jordanischer Oberhoheit und israelischer Besatzung machte es politischen Organisationen lange Zeit unmöglich, sich zu artikulieren. Diese Aufgabe übernahmen Wohlfahrtseinrichtungen/-organisationen, die von palästinensischen Frauen eingerichtet und genutzt wurden. Sie erweiterten im Verlauf der Auseinandersetzung ihr Arbeitsfeld: Neben sozialfürsorgerischen Aufgaben nahm die Pflege der palästinensischen Kultur und Geschichte breiteren Raum ein. In den Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und Syrien entwickelten sich verschiedene politische Organisationen. Es entstanden Frauengruppen, die überwiegend soziale Aufgaben übernahmen. Allerdings gab es für Frauen im Libanon auch die Möglichkeit des militärischen Trainings und einige wenige beteiligten sich an bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Abwesenheit der Männer in den besetzten Gebieten und im Gaza-Streifen veränderte die Situation der Frauen gravierend. Die neu entstandenen Komitees befassen sich zwar zunächst mit sozialen Aufgaben, im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stehen jedoch die Bedürfnisse, Forderungen und Interessen der Frauen nach mehr Freiheiten und Rechten. Dieses gewachsene Selbstbewußtsein der Frauen zeigt sich auch in der „Intifada" deutlich. Die palästinensischen Frauen werten dabei die Erfahrungen der algerischen Revolution aus. Die Einbeziehung der Frauen wurde dort erst gewünscht und toleriert, als die französische Kolonialmacht den Bewegungsspielraum der Männer einengte, und eine Mobilisierung der Frauen unumgänglich wurde. Die Frauenbewegung selbst entfaltete sich nur rudimentär, wenngleich vereinzelt Frauen innerhalb des Befreiungskampfes herausragende Positionen einnahmen.

Gelingt es aber den Frauen innerhalb des Befreiungsprozesses nicht, sich eigenständig zu artikulieren, Forderungen zu entwickeln, Einfluß innerhalb der Bewegung zu gewinnen, Ansprüche durchsetzen, dann ist die Gefahr groß, daß sie nach erfolgreicher Befreiung wieder in alte Lebensformen zurückgedrängt werden. Als Problem erweist sich darüberhinaus, daß sich Frauenorganisationen nach der Befreiung für jene Aufgaben verantwortlich fühlen, die eigentlich Aufgabe der gesamten Gesellschaft wären: Frauenorganisationen kümmern sich um die Einrichtung von Kinderkrippen und -horten, um die Hinterbliebenen des Krieges, organisieren Alphabetisierungskampagnen unter Frauen und schaffen durch Einrichtung von Kursen verschiedener Art (Näh-, Stick-, Strickkurse) Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und bemühen sich um die Vermittlung von Arbeitsplätzen. Sie kämpfen für ein verändertes Familiengesetz und setzen sich für eine verbesserte Gesundheitsfürsorge ein. Die Frauenorganisationen erhalten dadurch den Charakter einer staatlichen Institution. Hier wäre es notwendig, daß die Frauen sich ihren erkämpften Spielraum erhalten und ausbauen und sich mit allen aus der patriarchalen Struktur (einschließlich der religiösen und Stammestraditionen) resultierenden Problemen befassen.



Kämpferinnen der FMLN in El Salvador

Autonomie oder Parteipolitik

Ihr enges Verhältnis zu den Parteien und Bewegungen hat innerhalb der Frauenbewegung zu kontroversen Diskussionen über den Charakter und die Einflußmöglichkeiten der Frauenorganisationen geführt. Maria Mies vertritt in ihrem Buch „Patriarchat und Kapital" die These: „Die Tatsache, daß Frauen sich in nationalen Organisationen organisieren, zeigt eine Veränderung ihres Status quo an, die weitere Folgen hat... In einigen Fällen wie in Nicaragua, Somalia, Vietnam und China waren Frauenorganisationen von Frauen gegründet worden, die sich schon vor dem nationalen Befreiungskampf der Frauenbefreiung verschrieben hatten. Wenn die revolutionäre Partei, insbesondere eine Partei, die marxistisch-leninistischen Grundsätzen folgt, die Führung des Kampfes übernimmt, werden diese Frauenorganisationen normalerweise der Partei untergeordnet und von sogenannten 'bürgerlich feministischen' Tendenzen gereinigt. Nach der Revolution verlieren diese Organisationen jede Autonomie, die sie gehabt haben mögen und werden zu Instrumenten der Verwirklichung der Parteipolitik." (3)

Aufgrund dieser Entwicklung ist immer wieder die Forderung nach autonomen Strukturen im Verständnis der autonomen Frauenbewegung westlicher Länder erhoben worden. Diese Forderung läßt meines Erachtens jedoch die konkrete Situation der um Befreiung kämpfenden Länder außer acht: Meist haben sich Befreiungsbewegungen nur gegen den brutalen Widerstand der Kolonialmächte das Recht auf politische Artikulation erkämpfen können. Insofern würde eine Distanz der Frauen zur Befreiungsbewegung oder ein Verzicht auf die Artikulation eigener Bedürfnisse und Forderungen zugleich auch die Durchsetzung emanzipativer Lebensmöglichkeiten völlig in utopische Ferne rücken lassen.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß es äußerst schwierig wäre, ohne allgemeinpolitische Veränderungen Veränderungen auch für Frauen zu erreichen. Einerseits sind allgemeine und patriarchale Unterdrückung in den vom Kolonialismus (Neokolonialismus) ausgebeuteten Ländern besonders stark miteinander verwoben. Andererseits machen sich die Kolonialmächte die patriarchale Kultur zur Spaltung der Gesellschaft oder der Bewegungen ebenso zunutze wie religiöse- oder Stammesunterschiede. Insofern entstehen bei der Entfaltung des Befreiungskampfes für die Bewegungen und die Frauen oft schwierige Situationen: Zum einen besteht die Notwendigkeit, möglichst viele Männer und Frauen für einen einheitlichen Kampf zu mobilisieren. Zum anderen setzen aber patriarchale Normen und Werte der Einbeziehung der Frauen Hemmschwellen entgegen. Werden diese Probleme aufgegriffen, können die daraus resultierenden Widersprüche die Bewegung schwächen.

Allgemeinpolitische Rahmenbedingungen wie Rassismus, Zionismus und koloniale

Ausplünderung und Verknechtung wirken sich unmittelbarer auf die Lebenssituation von Frauen aus. Deshalb räumen Frauen in Befreiungsbewegungen der Dritten Welt der nationalen Unabhängigkeit, dem Kampf um Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, dem Koalitionsrecht, der Fürsorge für die Kinder, die sie aufgrund der Zerstörung der Familienverhältnisse oft allein ernähren müssen, absolute Priorität gegenüber der Auseinandersetzung mit patriarchalem Verhalten und Strukturen ein. Auf der Frauenkonferenz in Nairobi 1986 äußerten sich Frauen der SWAPO und des ANC kritisch zur Forderung nach Autonomie der Frauenorganisationen von der Bewegung: „Die direkte Beziehung zwischen Apartheid und ihrem eigenen Status und kolonialer Dominanz und militärischer Besetzung ihrer Länder feststellend, haben die Frauen Südafrikas und Namibias alle ihre Kräfte auf den Kampf um nationale Befreiung gerichtet. Die Frauen und Männer in den Reihen der SWAPO und des ANC betrachten die Frage der Frauenbefreiung und das Erreichen der Ziele der Dekade als eine politische Frage. Wir sind überrascht, daß es einige gibt, die den Status von Frauen in einem luftleeren Raum betrachten, isoliert von den Bedingungen der Gesellschaft, die sie umgibt." (4)



Bruch mit Traditionen

Maria Mies sieht in der Mobilisierung der Frauen, die sie im Rahmen nationaler Befreiungskämpfe selbst für unabdingbar hält, vorrangig einen instrumentellen Aspekt seitens der Befreiungsbewegung. Dies unterstellt, die Frauen würden nur solange einbezogen, wie sie für den bewaffneten Kampf (an der Front oder im Hinterland) oder zur Ankurbelung der Produktion notwendig seien. Inwieweit der autonome Frauenkampf favorisiert und die Doppelstrategie (Verbindung von Frauenbefreiung und nationaler Befreiung) abgelehnt werden kann, müßte jedoch anhand verschiedener Länder genauer untersucht werden. Ich selbst sehe zwar durchaus auch das Vorhandensein einer instrumentellen Herangehensweise an die Frauenbefreiung: Die Mobilisierung von Frauen erfolgt nur unter quantitativen Aspekten nicht aber unter qualitativen im Sinne eines expliziten Emanzipationsanspruches. Ich halte es aber für zu kurz gegriffen, die Bedeutung von Befreiungsbewegungen für den Befreiungsprozeß von Frauen nur aus den Absichten der Bewegungen selbst, vorrangig des männlichen Teils, abzuleiten. Damit werden nicht nur die Rolle und der Anspruch der Frauen in den Bewegungen unterbewertet, sondern auch die Möglichkeit emanzipatorischer Handlungsweisen im Rahmen allgemeinpolitischer Zusammenhänge unterschätzt oder sogar negiert. Die Entwicklung eines Frauenbewußtseins muß nicht notwendigerweise Ergebnis nur des Engagements in der Frauenbewegung sein. Große Bedeutung messe ich der Tatsache zu, daß es sich bei einem Kampf um nationale Unabhängigkeit zunächst um eine Zuspitzung der politischen Situation handelt, in der eine Politisierung breiter Bevölkerungsteile unter extremen politischen Bedingungen stattfindet. Eine Beteiligung der Frauen in dieser politischen Situation erfordert von ihnen ein Durchbrechen traditioneller Zuschreibungen in einem äußerst kurzen Zeitraum und unter komplizierten subjektiven und objektiven Bedingungen. Frauen in moslemischen oder konfuzianisch geprägten Gesellschaften, die sich das Recht auf Einmischung in politische Angelegenheiten erkämpften, mußten sich nicht nur mit dem Widerstand der Männer und Schwiegermütter auseinandersetzen, sondern auch mit eigenen verinnerlichten Ängsten und Verhaltensweisen. In China schnitten sich Frauen als Zeichen der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei die Haare kurz und ernteten nicht nur das Mißfallen der Männer. In Vietnam erzwang der Krieg von Frauen die Übernahme bislang als männlich geltender Tätigkeiten, und in El Salvador stellt die Beteiligung der Frauen am Befreiungskampf eine Herausforderung an den lateinamerikanischen „Machismo" dar. In islamisch geprägten Ländern müssen sich die Frauen das Recht erkämpfen, das Haus verlassen und in gemischten politischen Organisationen mitarbeiten zu können. Hier sind reine Frauenstrukturen die Regel und keine Besonderheit!

Die von der Situation erzwungene Beteiligung am politischen Prozeß und die Artikulation eigener Vorstellungen hat zu einer Problematisierung herrschender Weiblichkeitsvorstellungen und patriarchaler Verhaltensnormen geführt. Nicht nur die Frauen werden gezwungen, sich gänzlich neue Verhaltensweisen zu erarbeiten. Auch die Männer mußten bislang Unhinterfragtes in Frage stellen. Dies hat ein Umdenken in bezug auf die Frauenrolle eingeleitet; daß dies nicht ohne Widerstand und nicht widerspruchsfrei vor sich ging und geht ist unbestritten. Palästinenser mußten sich z.B. von ihrem Ehrbegriff trennen, als israelische Soldaten Palästinenserinnen vergewaltigten. Nach palästinensischem Verständnis galt bislang eine vergewaltigte Frau als entehrt und wurde von der Gesellschaft abgelehnt.

In zugespitzten politischen Auseinandersetzungen wachsen die Artikulationsmöglichkeiten für die Frauen und die Frauenbewegung enorm. Kämpfe um nationale Befreiung sind in diesem Sinne ein Kulminationspunkt. Sie sind zugleich aber auch ein Prozeß, in dem sich die vielfältigen Widersprüche in prägnanter Form artikulieren. Diese These belegen übrigens auch andere geschichtliche Ereignisse. So waren sowohl der amerikanische Unabhängigkeitskrieg wie auch die französische und die deutsche Revolution für die Entfaltung der Frauenbewegung dieser Länder von entscheidender Bedeutung. Auch ist die Entstehung der autonomen Frauenbewegung nicht ohne die 68er Bewegung denkbar.

Mit und ohne Schleier

Die Verschärfung der Lebensumstände zwingt die gesamte Bevölkerung, sich zum Befreiungskampf aktiv zu verhalten. Dabei können für Frauen sowohl der Verlust der Kinder und Ehemänner (Mütter vom Plaza de Mayo) wie die Bedrohung der eigenen Existenzmöglichkeiten, die erfahrenen Diskriminierungen und Unterdrückungen ökonomischer, politischer oder gesellschaftlicher Art (Paßgesetze in Südafrika, Okkupationspolitik in den besetzten Gebieten), politisierende Momente sein.

Kämpfe um nationale Befreiung und um eine eigene, nationale Identität eröffnen für die Entfaltung individuellen und kollektiven Frauenbewußtseins, für die Entwicklung einer neuen Identität enorme Möglichkeiten. Als positive Auswirkung für Frauen während des Kampfes nennt Maria Mies die partielle Aufhebung der Arbeitsteilung während der bewaffneten Auseinandersetzung, die Zurückdrängung bestimmter patriarchaler Verhaltensweisen und Denkmuster.

Wie kompliziert jedoch die Gewinnung einer eigenen Identität ist, die sowohl koloniale wie auch patriarchale Zuweisungen überwinden will, zeigen einige Beispiele: Unverständnis erregte z.B. bei vielen Frauen westlicher Länder die Tatsache, daß sich während der iranischen Revolution Frauen in den schwarzen Tschador hüllten, um gegen den Schah zu protestieren. Sie wollten damit der durch den Schah aufgezwungenen Verwestlichung entgegentreten und ihre eigene, iranische Identität dagegensetzen. In den Flüchtlingslagern der Palästinenser werden Frauen vielfach zu Hüterinnen der alten Werte der palästinensichen Gesellschaft, darin eingeschlossen auch die restriktiven Vorstellungen über Frauenleben und die einseitige Orientierung an bestimmten weiblichen Tätigkeiten. In den afrikanischen Ländern bedeutet die Rückbesinnung auf eine eigene kulturelle Identität oftmals einen Rückgriff auf Stammestraditionen, die ebenfalls stark geprägt sind von patriarchalen Vorstellungen.

Stagnation und Rückschritte

Es hat sich gezeigt, daß eine pro-westliche Orientierung nach der Befreiung, wie zum Beispiel die Wiederbelebung privater Unternehmen oder auch die Wiedereinführung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben, zugleich den traditionellen und/oder religiösen Vorstellungen verstärkte Möglichkeiten eröffnet. Sie werden als Legitimationsideologie eingesetzt um Inkonsequenzen in der Sozialpolitik zu bemänteln. Der mangelnde Ausbau des Bildungswesens und die Aufrechterhaltung geschlechtsspezifischer Beschränkungen, eine Zurückdrängung der Frauen aus dem Erwerbsleben, das Festhalten an traditionellen Familiengesetzen und die damit verbundenen Einschränkungen für Frauen sind nur einige Beispiele, die wir unter anderem gegenwärtig in Algerien oder China beobachten können. (In Algerien protestieren am 8. März Frauen, die aktiv im Befreiungskampf waren, gegen den wachsenden islamischen Fundamentalismus und der damit verbundenen Intoleranz).

Allerdings sind dies nicht die einzigen Faktoren, die einem Erfolg nach der Befreiung entgegenwirken. Hinzu kommen die Auswirkungen der imperialistischen Politik. Aufgezwungene Kriege verhindern die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, überhaupt die Entfaltung ökonomischer Verhältnisse, die ein Auskommen für alle ermöglichen. Dies geht vor allem zu Lasten der Frauen (Angola, Mocambique, Nicaragua, Vietnam), denn sie sind es überwiegend, die durch Mehrarbeit die Defizite ausgleichen müssen.

Ein weiterer Faktor, welcher einer Überwindung der familiären Arbeitsteilung oder der Veränderung traditioneller Familienstrukturen entgegensteht, ist das Bedürfnis nach relativ stabilen, konfliktfreien Familienbeziehungen nach langen Jahren kriegerischer Auseinandersetzung. Zudem akzeptieren Vietnamesinnen, Chinesinnen und Palästinenserinnen weitgehend die Arbeitsteilung und können sich mit dem Gedanken einer stärkeren Einbeziehung der Männer in Hausarbeit und Kindererziehung kaum anfreunden. Noch weniger können sie sich Männer in typischen Frauenberufen vorstellen.

Nach erfolgter Befreiung konzentriert sich die Arbeit der Frauenorganisationen und des Staates auf die Beseitigung gravierender Diskriminierungen im Ehe- und Familienrecht, in der Entlohnung, im Bildungs- und Ausbildungsbereich, auf die Einrichtung von Kinderkrippen/-gärten und auf die Verbesserung des Schwangerschafts- und Mutterschutzes. Nur vereinzelt wird die Tatsache berücksichtigt, daß Frauen überwiegend die Hausarbeit leisten.

In Angola forderte die Frauenorganisation OMA die Verankerung der Zuständigkeit für Kindererziehung durch Mann und Frau im Arbeitsgesetz und die Erleichterung der Hausarbeit durch Verbesserung der Infrastrukturen.

Diese geforderten Rechte sind im Familienrecht von Vietnam, Kuba oder Nicaragua bereits verankert.

Unsichtbare Arbeit

Für Maria Mies ist eine Ursache für die Fehlentwicklung, daß das „grundlegende Entwicklungsmodell (der neuen Regierungen) ... sich auf das Wachstumsmodell industrialisierter Gesellschaften stützt. Daraus resultiert die Notwendigkeit der Ausbeutung der Frauen und Bauern für den Aufbau einer modernen Gesellschaft. Diese Arbeit bleibt als Subsistenz- und Warenproduktion sozial unsichtbar und damit minderbewertet. Ihre Arbeit kann so in einem Prozeß der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, das dann dem Aufbau einer modernen Wirtschaft und des Staates zugeführt wird, ausgebeutet werden. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß Frauen zurückgestoßen werden müssen.“ (5) Diese These versucht Maria Mies am Beispiel der Wiedereinführung der Familienwirtschaften in China und Vietnam zu belegen. Ohne daß ich mich hier mit ihrem meiner Ansicht nach eher moralischen als ökonomisch abgeleiteten Ausbeutungsbegriff und ihrem ebenso problematischen Begriff der ursprünglichen Akkumulation (6) näher befasse, möchte ich nur darauf verweisen, daß es sich bei den chinesischen und vietnamesischen Familienwirtschaften nicht um Formen der Subsistenzproduktion handelt - in den Familien werden Wa-

Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi



ren für den Markt produziert. Diese Waren werden zu staatlich festgesetzten Preisen auf dem Markt veräußert. Es handelt sich also weder um „sichtbare" noch um eine besondere Form ausgebeuteter Arbeit, sondern lediglich um eine andere Form entlohnter Arbeit, die allerdings auf der Basis bestimmter geschlechtlicher und gesellschaftlicher Arbeitsteilung beruht und deshalb auch unterschiedlich bewertet wird. Die These, die neuen Regierungen hielten die Dualwirtschaft aufrecht und somit auch wesentliche Momente der Frauenunterdrückung, läßt weitgehend den veränderten Charakter der Landwirtschaft außer acht. Die Erfahrungen zeigen in China und Vietnam z.B., daß eine Kollektivierung der Landwirtschaft für Frauen positiv ist. Sie trägt dazu bei, überkommene Familienstrukturen aufzubrechen und die Arbeitsteilung abzubauen. Auf dem Land ermöglicht sie mehr Frauen die direkte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und stärkt die Situation der Frau gegenüber dem Mann durch das Recht, selbst Land erwerben zu können.

Sicherlich ist an der Kritik von Maria Mies richtig, daß in den meisten Ländern, die sich befreien konnten, ein nichtkapitalistischer Entwicklungsweg versucht wurde, der sich relativ schematisch an bestimmte Grundprinzipien hielt: Dies sind beispielsweise die Entwicklung einer eigenen staatlichen Industrie (für die Kapital benötigt wurde), Landreform und Bildungsreform. Weitgehend unberücksichtigt blieben bei diesem Modell die spezifischen Besonderheiten, wie z.B. ethnische Probleme, Stammesstrukturen, religiöse Hemmnisse, besondere Sitten und Gebräuche, welche die angestrebten Ziele unterminieren. Erschwerend wirkte sich in einigen Ländern auch das System der Einheitspartei/-bewegung aus, das gesellschaftliche Kontrolle und produktiven Meinungsstreit kaum möglich macht. Zudem gelingt es vielen Bewegungen/Parteien nicht, nach erfolgter Befreiung einen neuen Stil der politischen Leitung zu entwickeln, mit der Folge von Bürokratismus und daraus resultierenden ökonomischen Fehlentwicklungen (Angola, Vietnam).

Angesichts der Vielschichtigkeit der Probleme scheint es mir verkürzt, Stagnation und Rückschritte für Frauen nach erfolgter Befreiung allein auf das Fortbestehen patriarchaler Herrschaft und die Unterordnung der Frauenorganisationen unter die Bewegung/Partei zurückzuführen. Erst das Zusammenwirken von ökonomischer Rückständigkeit, ideologischer Borniertheit, Nachwirkungen historischer Gegebenheiten und die Einengung des Handlungsspielraums durch weltpolitische Bedingungen, vor allem die Anstrengungen imperialistischer Länder, die erfolgten politischen Befreiungsprozesse rückgängig zu machen oder sie zu verlangsamen - bewirken die Stagnationen und Rückschritte nach der Befreiung.

Das von Maria Mies vorgeschlagene Gesellschaftskonzept autarker Subsistenzproduktion, Subsistenzmittel in der Hand von Frauen, Konsumbefreiungsbewegung und Aufwertung der Mütterarbeit halte ich für einen relativ hilflosen Versuch, auf die komplizierte Frage des Kampfs gegen Klassen- und Geschlechterwiderspruch zu reagieren, der zudem noch stark biologistische Züge trägt. Hier wird unterstellt, eine Feminisierung der Gesellschaft durch die Ausschaltung von Männermacht und -gewalt sei eine Lösung. Die Erfahrungen der Befreiungsbewegungen und der Revolutionen scheinen mir eine gänzlich andere Konzeption nahezulegen: Nicht die Rückkehr zur kleinen gesellschaftlichen Einheit, nicht die Beschneidung der Produktivkräfte und der Konsummöglichkeiten, sondern deren sinnvolle, demokratisch kontrollierte Entfaltung, die Vergesellschaftung der reproduktiven Tätigkeiten und die Aufwertung dieser Arbeiten schaffen die Voraussetzungen zur Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Nicht durch die „Neuidentifizierung" des Arbeitsbegriffs ändert sich etwas, sondern durch die Schaffung neuer nationaler und internationaler gesellschaftlicher Beziehungen, aus denen neue Werte abgeleitet werden können. Unbestritten dürfte dabei sein, daß die weitere Entfaltung der Produktivkräfte weder auf Kosten einzelner Gruppen von Menschen noch auf Kosten der Ökologie geschehen darf. Wie diese Beziehungen aussehen können, dazu bedarf es eines intensiven Dialoges mit den Frauen der 3. Welt, der frei ist von bevormundenden Tendenzen und Besserwisserei, wie sie leider noch allzuoft im Verhältnis der Frauen der 1. Welt zu Frauen der 3. Welt anzutreffen sind. Dieser Dialog kann m. E. aber auch nicht allein unter Frauen geführt werden, sondern er ist im Zusammenhang zu sehen mit der gesamten Diskussion um einen neuen Internationalismus zu stehen.

Edith Laudowicz

Anmerkungen:

1) siehe hierzu: Edith Laudowicz u.a., Befreites Land - Befreites Leben? Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen, Köln 1986
2) Armee mit langen Haaren, Frauen in Befreiungsbewegungen, in: Der große Unterschied, die neue Frauenbewegung der siebziger Jahre, Berlin 1988
3) Maria Mies, Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, S. 252, Basel 1988
4) zit.: in Edith Laudowicz, Befreites Land - Befreites Leben? a.a.O. S. 16
5) vgl. Maria Mies, Patriarchat und Kapital, a.a.O. S. 255
6) Ausbeutung ist nicht bloße „Aneignung" oder Nutzung, sondern sie ist im klassischen marxistischen Verständnis immer noch die unentgeltliche Aneignung fremder Arbeit durch die Besitzer der Produktionsmittel; hinsichtlich der Interpretation des Akkumulationsbegriffes verweise ich auf: Angelina Sörgel, Frauenarbeit und Reproduktionsbereich, in: Patriarchat & Gesellschaft, Frankfurt 1985 S. 135-177 „Nun bedeutet die ursprüngliche Akkumulation aber gerade den historischen Prozeß der Durchsetzung von Kapitalverhältnissen durch die Zerstörung der historisch vorausgehenden Produktionsverhältnisse, die gewaltsame Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln" (ebda. S. 154), ein Prozeß, der in der beschriebenen Weise in Nicaragua, El Salvador, Angola, Mocambique stattgefunden hat und heute in vielen Ländern der 3. Welt durch die Politik der Weltbank fortgesetzt wird!

Die Frente Polisario

— verraten und verkauft



Sahrani in der algerischen Wüste

Fotos: C. d. Grancy, Die Sahraouis, Greno Verlag

Frieden in Sicht — so lauteten die Schlagzeilen im Januar 1989. Im Westsahara-Konflikt wurden Verhandlungen zwischen der Frente Polisario und Marokkos König Hassan aufgenommen. Ein Referendum sollte durchgeführt werden. Nur über die Bedingungen konnte man sich nicht einigen. Seit diesem Treffen blockiert König Hassan den Friedensprozeß. Deshalb hat die Frente Polisario am 7. Oktober die Kampfhandlungen wieder aufgenommen.

Spätnachrichten im ZDF, Anfang Oktober 1989. Ein seltenes Ereignis ist zu verzeichnen: Nachrichten vom Westsahara-Konflikt im Deutschen Fernsehen. Die Agenturen melden schwere Gefechte, es gibt wieder Tote im *vergessenen Krieg.* Die Frente Polisario spricht von 200 gefallenen Marokkanern, Rabat von 80 toten Polisario-Kämpfern. Eine Kurzmeldung. Für einen Moment ist der Gefechtslärm laut genug geworden, um der Weltöffentlichkeit einen Seitenblick abzuringen. Doch kaum jemand unter den Zuschauern weiß die kurze Nachricht einzuordnen. Kaum jemandem — außer einer Handvoll Spezialisten — ist bewußt, daß es da irgendwo in der Sahara einen Krieg gibt, in dem Menschen sterben und andere zum Flüchtlingsdasein verurteilt sind. Dieser Krieg ist zu klein. Er ist zu unwichtig, um ein ernstzunehmender Faktor internationaler Politik zu sein.

Ein unaufdringliches Selbstbewußtsein geht von dem Mann aus, der mir im Februar 1986 im Hotel Es Safir in Algier gegenübersitzt. *„Du wirst sehen, du kannst selbst urteilen. Du wirst die Unterschiede entdecken zwischen uns und den Algeriern oder den Marokkanern. Wir sind weder das eine noch das andere. Wir sind Sahrauis."*

Er sagt das lächelnd, mit der Nachsicht eines Menschen, der seiner Sache sicher ist. Ahmed Fadel ist Bürger der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) und Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung seines Landes in Algier. Daß wir uns in Algerien treffen, hat seinen Grund: Ahmeds Staat ist seit seiner Gründung gezwungen, außerhalb seines Territoriums zu existieren. Denn sein Land ist seit über einem Jahrzehnt besetzt.

Der eine Besatzer geht — Der andere kommt

Der Konflikt ist das Ergebnis einer völlig mißglückten Entkolonisierung. Als Spanien Mitte der siebziger Jahre seine Bereitschaft erkennen ließ, sich aus seiner bis dahin *Spanisch-Sahara* genannten Kolonie zurückzuziehen, witterte Marokko die langersehnte Chance, die nachkolonialen Grenzen zu seinen Gunsten zu verändern. Die 1963 in der Westsahara entdeckten

Phosphatlager und die reichen Fischgründe vor der Küste ließen die Sache auch wirtschaftlich lohnenswert erscheinen. Noch vor dem Abzug der Spanier marschierten marokkanische Truppen in der Westsahara ein. Obwohl Spanien der Bevölkerung der Westsahara, den Sahrauis, und deren 1973 gegründeten Befreiungsbewegung Frente Polisario die Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts schon öffentlich zugesagt hatte, gab es in einem Geheimabkommen dem marokkanischen Druck nach und übertrug die „Verwaltung" des Gebietes auf Marokko und Mauretanien, das alibihalber in den Handel einbezogen wurde und den wirtschaftlich recht wertlosen Südteil der Westsahara erhielt. Die Sahrauis wurden bei diesem Handel nicht gefragt. Während ein großer Teil von ihnen vor den heranrückenden Truppen beider Länder flüchtete, nahm die Widerstandsbewegung Frente Polisario den Kampf gegen die neuen Kolonialherren auf und proklamierte einen Tag nach dem offiziellen Abzug der Spanier die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS).

Mit Napalm und Giftgas

Ahmed Fadel hat als Jugendlicher die Flucht aus einer Heimat miterlebt. *„Es war ein Chaos"*, berichtet er. Die Leute verließen Hals über Kopf ihre Häuser und flohen nur mit dem, was sie am Leibe trugen. Und das nicht ohne Grund, wie die Berichte über willkürliche Greueltaten, über Morde, Plünderungen, Vergewaltigungen und Folter an den Zurückgebliebenen beweisen. Militärisch noch wenig organisiert und mit erbärmlicher Ausrüstung wehrten sich die Sahrauis ihrer Haut, so gut es ging. Die Flüchtlinge, die sich zunächst noch auf dem Gebiet der Westsahara aufhielten, wurden von der marokkanischen Luftwaffe beschossen und bombardiert. Augenzeugen berichteten damals von Splitterbomben, Napalm und Gasangriffen, vergifteten Brunnen, Minen, einer *„Politik der verbrannten Erde"*. Mit ihren Angriffen auf die Zivilbevölkerung versuchten Marokko und Mauretanien offenbar, die Annexion der Westsahara endgültig zu besiegeln — durch die systematische Ausrottung der sahrauischen Flüchtlinge. Die Flucht nach Algerien bot die einzige Chance, zu überleben. Algerien nahm die Flüchtlinge auf und gewährt seither auch der Polisario die entscheidende Unterstützung.

Wüste Versorgungslage

Heute leben zwischen 120.000 und 150.000 Sahrauis in den Flüchtlingslagern nahe der algerischen Wüstenstadt Tindouf. Sie sind völlig abhängig von der Versorgung von außen, die Algerien und europäische Hilfsorganisationen finanzieren. Alles, von der Konservendose bis zum Dieselöl, muß aus einer Entfernung von vielen hundert Kilometern herbeigeschafft werden. Auch militärisch und auf diplomatischem Parkett bliebe den Sahrauis ohne algerische Unterstützung kein Bewegungsspielraum. Natürlich ist den Flüchtlingen bewußt, wie gefährlich es ist, von einem einzigen Partner derart abhängig zu sein. Doch bislang konnten sie sich auf die algerische Hilfe verlassen. Zwar wird immer wieder darüber spekuliert, wann Algerien der Belastungen durch den Westsahara-Konflikt müde ist, besonders, seit die Einnahmen aus Erdöl und Erdgas spärlicher fließen und die wirtschaftlichen Probleme zunehmen. Für viele Beobachter war das Schicksal der Sahrauis schon besiegelt, als im Oktober 1988 schwere Unruhen Algerien erschütterten und kurz danach eine im Mai 1988 in Gang gesetzte Annäherung zwischen Algerien und Marokko in der Proklamation einer „Union der arabischen Maghreb-Staaten" durch die Staatschefs von Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Mauretanien endete. Doch bis heute gibt es kein über Spekulationen hinausgehendes Indiz, daß Algerien über die Köpfe der Sahrauis hinweg mit Marokko einen „Sahara-Deal" betreibt.

Auch Ahmed Fadel ist sich der Abhängigkeit sehr wohl bewußt. *„Wir nehmen jede Hilfe, egal, woher sie kommt. Was sollten wir auch sonst tun? Aber wir nehmen sie nur, wenn sie ohne Bedingungen gegeben wird."* Er spricht sehr selbstbewußt. *„Alles, was wir wollen, ist unsere Selbständigkeit. Wir brauchen keine fremden Modelle und Ideologien zu importieren. Wir haben unsere eigene Kultur, unsere eigenen Traditionen, und passen in keine Schablone."* In seinen Schilderungen ist der Schrecken des Wüstenkrieges greifbar nah. Doch statt Härte und Verbitterung spüre ich Abgeklärtheit und Nachdenklichkeit. Trauer beherrscht ihn, nicht Haß. *„Niemand, der den Krieg kennt, liebt den Krieg. Niemand. Wer den Krieg kennt, haßt ihn, haßt ihn zutiefst. Aber was sollen wir tun? Wo sollen wir leben? Weiter als Flüchtlinge dort in der Wüste, wo ein Überleben nur am Tropf der Hilfslieferungen möglich ist? Oder unter der Repression Marokkos? Was bleibt uns übrig, als zu kämpfen?"*

Das Leben im Flüchtlingslager

In den Flüchtlingslagern haben die Sahrauis nicht nur das Überleben organisiert, sondern zugleich eine soziale Gemeinschaft geschaffen, die sich als Nation versteht und als ersten Schritt beim Aufbau eines unabhängigen Staates. Von Resignation oder Flüchtlingsapathie ist in diesen Lagern nichts zu spüren. Auf einer provisorischen Ebene haben die Menschen sich eingerichtet im Exil. Es gibt eine funktionierende Verwaltung, ein System der Rechtsprechung und ein umfassendes Schul- und Gesundheitswesen. Die Versorgung mit Wasser, das die Sahrauis aus den Tiefen der Erde pumpen, klappt sogar so gut, daß man es geschafft hat, mitten in der Wüste Gärten anzulegen. Und auch die militärische Logistik funktioniert.

Trotz der materiellen Abhängigkeit sind die Sahrauis mit Konsequenz darauf bedacht, so viel Selbständigkeit wie irgend möglich zu verwirklichen. Statt fertige Kleider oder Schuhe zu verteilen, beschafft man nur den Stoff und das Leder. Alles weitere übernehmen HandwerkerInnen in den Lagern. Auch gibt es keine ständig in den Lagern lebenden ausländischen Experten. Jede Zusammenarbeit soll möglichst rasch die eigenständige Fortführung ermöglichen.

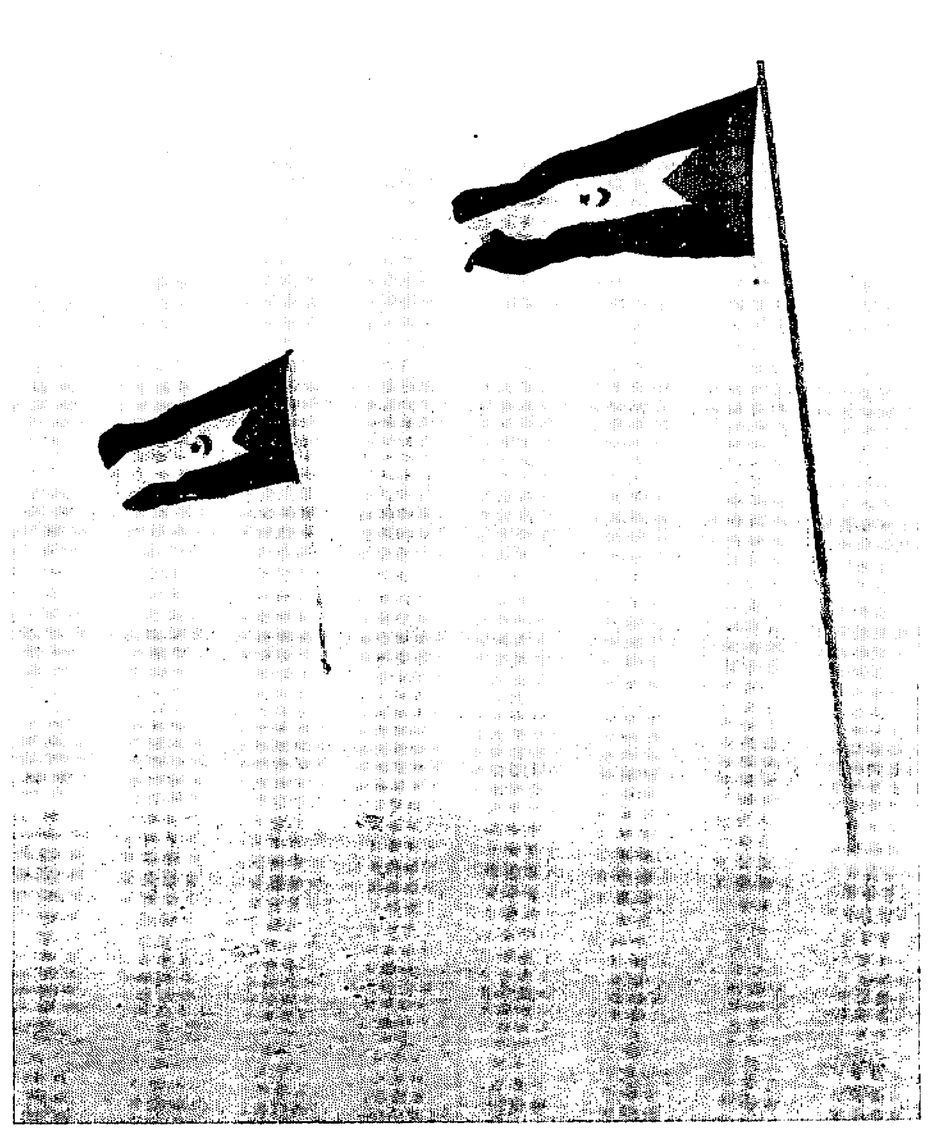
Die Stellung der Frauen ist bei den Sahrauis für eine islamische Gesellschaft ungewöhnlich stark. Sie tragen nicht nur die Hauptlast des Lagerlebens, sondern spielen auch eine aktive Rolle im öffentlichen und politischen Leben. Die sahrauischen Frauen treten den Männern selbstbewußt und unbefangen gegenüber. Dennoch besteht kein Anlaß, von einem Idealzustand der Gleichberechtigung zu schwärmen, wie manche Berichte dies tun. Auch in der sahrauischen Gesellschaft liegen die Fäden der Macht letztendlich in der Hand von Männern. Auch wenn bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens von den Frauen, selbst gestaltet werden, sind sie in den obersten politischen Gremien von DARS und Polisario eine seltene Ausnahme.

Unbestreitbar ist, daß die Verantwortlichen der DARS sich bemühen, die Benachteiligung der Frauen in Sachen Bildung abzubauen. Die Spanier hatten Frauen und Mädchen fast vollständig vom Schulbesuch ausgeschlossen; 90% von ihnen waren, als die spanische Verwaltung zu Ende ging, Analphabetinnen. Heute ist der Besuch des Schulunterrichts für Mädchen ebenso selbstverständlich wie für Jungen. Überhaupt ist die Ausbildung ihrer Leute, die die Sahrauis in Schulen und Berufsschulen vorantreiben, die vielleicht wichtigste Vorbereitung für die Zukunft.

Das Leben in den Lagern ist trotz aller Erfolge ein Leben im Ausnahmezustand einer künstlichen Oase. *„Wir kämpfen hier gegen zwei Feinde"*, sagen sie, *„gegen die Marokkaner und gegen diese Natur."* Und womöglich, fügt einer sarkastisch hinzu, sei die Natur der schlimmere Feind. Am schlimmsten sind die Sandstürme, die von Zeit zu Zeit durch die Lager fegen, Zelte zerreißen und mühsam angelegte Gärten zerstören. Fast vierzehn Jahre unter solchen Bedingungen zu leben, das prägt eine Gesellschaft. Und noch immer ist Krieg. Militärische Elemente und Disziplin bestimmen unübersehbar das Lagerleben. Es ist schwer abzuschätzen, wie das Zusammenleben der Menschen in einer künftigen Sahararepublik aussehen würde.

Der marokkanische Limes

Ob es eine Sahararepublik jemals geben wird, ist heute so ungewiß wie eh und je, trotz vieler verblüffender Erfolge von Polisario und DARS. In der ersten Zeit, bis zum Anfang der achtziger Jahre, führte die Polisario den ungleichen Kampf gegen die einmarschierenden Truppen mit erstaunlichem Erfolg. Mauretanien mußte 1979 einem Friedensvertrag zustimmen, in dem es das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis anerkannte. Marokko wurde bis in ein kleines, aber wirtschaftlich wichtiges Gebiet im



Die sahrauische Flagge

Norden der Westsahara zurückgedrängt. In dieser Situation verlegte es sich auf eine höchst ungewöhnliche Art der Kriegführung: Es verschanzte sich hinter einem hohen, mit US-amerikanischer Radarelektronik ausgestatteten Befestigungswall aus Sand und Geröll. Die neue Strategie hatte Erfolg. Die bewährte Guerillataktik, völlig unberechenbar an verschiedenen Orten zuzuschlagen, wurde der Polisario unmöglich gemacht.

Dadurch ermutigt, begannen die Marokkaner, den „modernen Limes" zu erweitern. Doch mit jeder Erweiterung wurde es schwieriger, das Bollwerk zu verteidigen. Zwar kontrollieren sie damit heute den größten Teil des umstrittenen Gebiets, doch der personelle, finanzielle und logistische Aufwand, den sie betreiben müssen, ist enorm. Es werden Beträge zwischen einer und drei Millionen US-Dollar genannt, die Marokko täglich für diesen Krieg aufwendet. Der Schuldenberg, den Marokko sich aufgeladen hat, liegt seit Jahren etwa in derselben Höhe wie das Bruttosozialprodukt. Über 120.000 Soldaten unterhält es in der Westsahara. Der Anteil des Militärbudgets am Staatshaushalt wurde 1986 auf 40% geschätzt — eine ungeheure Belastung für ein Land, in dem Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Hunger und Armut herrschen.

Die Strategie

Die Polisario hat die Situation erkannt und sich auf einen Abnützungskrieg verlegt. Sie attackiert, vom längst löchrig gewordenen elektronischen Frühwarngürtel offenbar wenig in Verlegenheit gebracht, immer wieder in kleinen Kommandounternehmen die marokkanischen Stellungen hinter den Mauern. Damit versucht sie die Kosten des Krieges für den Gegner so hoch wie möglich zu treiben und ihn auf diese Weise an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Gleichzeitig landeten die Sahrauis zahlreiche Erfolge auf der Ebene internationaler Diplomatie. Das war auch dringend nötig. Sie mußten um jeden Preis der Gefahr entgegenwirken, als vernachlässigbare Größe im Ränkespiel der Machtpolitik verraten und verkauft zu werden. Schon 1975 bekräftigten sowohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag wie auch die Vereinten Nationen das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis. Über 80 Nationen der Welt haben die DARS diplomatisch anerkannt. Der wichtigste diplomatische Coup war die 1984 nach langem hin und her besiegelte Mitgliedschaft in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Marokko trat daraufhin aus der OAU aus und geriet — zumindest in Afrika — ins außenpolitische Abseits.

Von Europa verkauft

Doch was nutzt alle Rückendeckung durch OAU und UN angesichts der wirtschaftlichen Potenz der Freunde Marokkos. Mit den USA verbindet Marokko vor allem eine vertrauensvolle militärische Kooperation. Europa dagegen ist für Marokko der mit weitem Abstand wichtigste Handelspartner, allen voran Frankreich, danach mit einigem Abstand Spanien und die Bundesrepublik. Doch weder die USA noch die europäischen Länder sind bereit, ihre starke Stellung gegenüber Marokko zu nutzen, um König Hassan II. zu Verhandlungen über die Westsahara zu drängen. Erst kürzlich, beim Besuch des marokkanischen Königs in Madrid Ende September, konnte man wieder erleben, wie klassische Außenpolitik zur Wahrung der eigenen Interessen funktioniert: Während Spanien vor den Vereinten Nationen in New York unmißverständlich das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis bekräftigte, unterzeichneten der Verteidigungsminister Spaniens und der Außenminister Marokkos in Madrid ein Militärabkommen. Obendrein verpflichtete sich Spanien, Marokko einen Kredit von rund zwei Milliarden Mark zu

gewähren. Hassan II. ließ keinen Zweifel, daß er mindestens ein Viertel des Geldes für Waffenkäufe in Spanien verwenden will. Was naheliegt, denn der Waffenexport Spaniens nach Marokko floriert ohnehin.

Der lukrative Wirtschafts- und Finanzverkehr mit Europa half Marokko entscheidend, den Krieg in der Westsahara trotz aller sozialen Kosten im eigenen Land zu finanzieren. Der Konflikt verharrte im militärischen Patt: Marokko kontrollierte die Gebiete hinter der Mauer. Die Polisario dagegen hielt mit ständigen Attacken auf den Befestigungswall den Druck aufrecht.

Spannende Entwicklungen

Erst 1988 kam wieder Bewegung in die festgefahrene Situation. Zunehmende Wirtschafts- und Devisenprobleme, aber auch die Angst vor den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes zwangen die Maghreb-Staaten dazu, verstärkt nach Möglichkeiten der Kooperation untereinander zu suchen. Der Westsahara-Konflikt war dabei eines der Hauptprobleme, die man irgendwie handhaben mußte. Im Mai hatten Algerien und Marokko nach 12 Jahren wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Im Spätsommer entwickelte dann UN-Generalsekretär Perez de Cuellar rege und erfolgversprechende Aktivitäten, einen Friedensplan auf die Beine zu stellen. Hauptstreitpunkt war dabei neben der Präsenz marokkanischer Truppen und Verwaltung in der Westsahara die Frage, wer bei einem Referendum über die Zukunft des Gebietes überhaupt abstimmen darf. Nach Jahren einer massiven Politik der Marokkanisierung in den besetzten Gebieten lebt dort eine beträchtliche Zahl marokkanischer Siedler, deren Beteiligung an einer Volksabstimmung die Polisario nicht akzeptiert. Umgekehrt weigert sich Marokko, alle Flüchtlinge, die in den Lagern in Algerien leben, abstimmen zu lassen. Man einigte sich darauf, eine noch unter spanischer Verwaltung 1974 durchgeführte Volkszählung als Grundlage zu nehmen, auf der die Vereinten Nationen ein Wahlregister erstellen. Damit schien eine Volksbefragung endlich greifbar nahe. Dann wurde wieder ein Autonomie-Status für die Westsahara unter marokkanischer Oberhoheit als angeblich ernsthafte Option gehandelt, bei der Polisario-Führer das Gebiet als eine Art „Bundesland" Marokkos autonom verwalten sollten. Im Januar 1989 schließlich kam es zu einer spektakulären Überraschung: In Marrakesch gab es das erste offizielle Treffen zwischen dem marokkanischen König und einer Delegation der Frente Polisario, zu der auch der Ministerpräsident der DARS gehörte. Hassan, der die Existenz einer Befreiungsbewegung in der Westsahara bis dahin stets geleugnet hatte und die Polisario eine *„Gruppe von Söldnern Algeriens"* nannte, schien ernsthaft gesprächsbereit. Die Polisario erklärte als Beweis für ihren ernsthaften Friedenswillen Anfang Februar einen einseitigen Waffenstillstand.

Doch die Hoffnungen, die bei manchem nun fast euphorisch aufkeimten, erwiesen sich als voreilig. Bei der Gründung einer „Union der arabischen Maghreb-Staaten" durch die Staatschefs von Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien und Mauretanien Mitte Februar blieb die DARS ausgesperrt. Das bereits terminierte zweite Treffen mit der Polisario sagte der marokkanische König ab. Ihn ergrimmte, daß die Polisario einer Autonomielösung und damit der Unterordnung unter marokkanische Oberhoheit nicht zustimmen mochte. Hassan II. kehrte zu der Position zurück, die Polisario nicht als Verhandlungspartner anzuerkennen. Beim Treffen im Januar habe er nicht verhandelt, sondern die drei Sahrauis in einer Audienz empfangen, denn schließlich seien sie ja Marokkaner. Auf die Spitze trieb er diese Haltung im Juni, als die Polisario anbot, 200 marokkanische Kriegsgefangene als Geste des guten Willens freizulassen. Hassan lehnte barsch ab — keine Verhandlungen, denn offiziell gibt es keine Kriegsgefangenen. Seine Soldaten, hellauf entsetzt, blieben in Gefangenschaft.

Immer wieder ließ der König anberaumte Gesprächstermine platzen. Die Polisario, an Friedensgesprächen interessiert, bot Vorleistungen. Sie verlängerte den Waffenstillstand unbegrenzt, drängte auf Gespräche und erklärte sich sogar zu dem sehr weitgehenden Kompromiß bereit, auf einen Abzug der marokkanischen Truppen aus den besetzten Gebieten vor einer Volksbefragung zu verzichten. Damit war das letzte ernsthafte Problem, das der Durchführung eines Referendums in der Westsahara im Wege stand, beseitigt — umsonst. Anfang Oktober nahm die Polisario die Kampfhandlungen nach acht Monaten Waffenruhe mit einen Angriff auf einen marokkanischen Posten bei Guelta Zemmour wieder auf. *„Man kann nicht den diplomatischen Prozeß blockieren und gleichzeitig eine unbegrenzte Waffenruhe fordern"*, erklärte der Vertreter der Polisario für Europa, Ahmed Bujari, in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung El País. Die Polisario will dokumentieren, daß sie weiterhin zu militärischen Operationen fähig und nicht gewillt ist, die Hinhaltetaktik Marokkos weiter hinzunehmen. Für Marokko sind die Kampfhandlungen der Anlaß, den Friedensprozeß für *„schachmatt"* zu erklären. Ahmed Bujari nennt einen Grund für Hassans starre Haltung: *„Wir glauben, daß es an Druck fehlt von Seiten einiger europäischer Staaten, insbesondere Frankreichs."* Das Referendum und damit eine Friedensregelung in der Westsahara scheint wieder in weite Entfernung gerückt.

Achim Schmitz-Forte

Hilde Herzog

Mohamed Lamine Ahmed war 1973 einer der Mitbegründer der Befreiungsbewegung Frente Polisario, die zunächst gegen die spanischen Kolonialherren, dann ab 1975 gegen die marokkanischen Invasoren den bewaffneten Befreiungskampf aufnahm. Auf dem 7. Volkskongreß der Frente Polisario Ende April 1989 wurde er zum Vorsitzenden des Sahrauischen Nationalrates gewählt, in dem die Mitglieder des Politbüros der Befreiungsbewegung und Vertreter aus den Zeltstädten in den Flüchtlingslagern sitzen. Er blieb einer der sieben Mitglieder des Exekutivkomitees der Frente Polisario, des höchsten Entscheidungsgremiums der Sahrauis, das als „Kommandorat der Revolution" zugleich die Regierung der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS)" bestimmt.

Karl Rössel: Die Organisation für Afrikanische Einheit und die Vereinten Nationen haben einen Friedensvorschlag für die Westsahara vorgelegt, dem die Frente Polisario auch seit langem zugestimmt hat, der aber von Marokko immer wieder boykottiert wird. Die Frente Polisario hat ihre jüngsten Angriffe auf die marokkanische Mauer nach achtmonatigem einseitig erklärten Waffenstillstand durchgeführt, um Marokko zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dabei sollen die Einzelheiten eines Referendums in der Westsahara ausgehandelt werden, bei dem über die Frage abgestimmt werden soll, ob die Sahrauis die „Unabhängigkeit" oder den „Anschluß an Marokko" wollen. Diese Alternative erscheint sehr ungewöhnlich für einen Entkolonialisierungsprozeß. Denn in der Regel wird nur über die „Unabhängigkeit" ohne Alternativen abgestimmt. Hat die Frente Polisario sich damit nicht schon zu weit auf die historisch nirgendwo belegten Gebietsansprüche des marokkanischen Königs Hassan II. eingelassen?

„Wir sind Opfer unserer ideologischen Unabhängigkeit"

– Interview mit Mohammed Lamine Ahmed

Mohamed Lamine Ahmed: Die Entwicklung war so: über Jahrhunderte hatte es niemand geschafft, unser Land zu besetzen und zu kontrollieren, bis die Spanier für 92 Jahre ihre Kolonialverwaltung errichtet haben. Als sie 1975 abzogen und Marokko in unser Land eindrang, haben wir natürlich weiter für die Befreiung gekämpft. Aber wir hatten auch den Spaniern damals schon erlaubt, in einem Referendum die Frage zu stellen, ob unser Volk unabhängig sein wollte oder zu Spanien gehören sollte.
Die Gründe, uns darauf einzulassen, waren folgende: wir sind ein kleines Volk und haben kein Interesse an einem Krieg. Je länger der Krieg dauert, um so mehr Menschen sterben, um so mehr Zerstörung bringt er für unser Land. Wir haben einem Referendum mit dieser Alternative zugestimmt, um zu verhindern, daß noch mehr Menschen sterben müssen. Und wir haben dies getan, weil wir sehr hohes Vertrauen in unser Volk setzen. Wie schon bei den Spaniern haben wir uns deshalb auch in Bezug auf Marokko auf eine solche Alternative eingelassen. Schließlich muß ja auch Marokko dafür eine Konzession machen und zulassen, daß die „Unabhängigkeit der Westsahara" als Option für die Menschen in dieser Region zur Wahl steht. Dabei steht auch die Weltöffentlichkeit auf unserer Seite. Denn inzwischen herrscht überall die Meinung vor, daß die Völker ein Recht auf Selbstbestimmung haben. Unsere Kompromißbereitschaft in dieser Frage zeigt, wie ernsthaft wir darum bemüht sind, den Frieden in dieser Region wieder herzustellen.

Karl Rössel: Grundlage für dieses vorgeschlagene Referendum soll eine Volkszählung der Spanier in der Westsahara aus dem Jahre 1974 sein. Schließt dies nicht viele Sahrauis von der Abstimmung aus?

Mohamed Lamine Ahmed: Die Daten der Spanier von 1974 stellen nur die Basis dar. Auf dieser Grundlage sollen die Stimmberechtigten für dieses Referendum erst von Experten bestimmt werden. Schließlich haben die Spanier damals schon anerkannt, daß sie 25 Prozent unserer Bevölkerung gar nicht erfassen konnten, weil viele Sahrauis als Nomanden mit ihren Herden überall in der Wüste gelebt haben. Außerdem haben auch die Sahrauis, die damals registriert wurden, familäre Beziehungen zu anderen, die nicht erfaßt waren. All diese Menschen müssen jedoch in einem korrekten Wahlregister mit erfaßt werden. Um dies zu erarbeiten, sollen Experten von Seiten der Spanier, die die Volkszählung damals als Kolonialmacht durchgeführt haben, mit alten Sahrauis zusammenarbeiten, die wissen, wer in unserem Land gelebt hat und aus unserem Land kommt. Dabei ist es schon merkwürdig, mit welcher Skepsis unserem Volk immer wieder begegnet wird. Als nach dem zweiten Weltkrieg der Staat Israel gegründet wurde, kamen Juden aus aller Welt und niemand hat damals etwas dagegen gesagt. Nur bei uns wird immer wieder in Frage gestellt, ob es sich bei den Menschen, deren Vorfahren hier Jahrhunderte gelebt haben, tatsächlich um Sahrauis handelt oder nicht. Das ist für uns schwer nachvollziehbar. Hätte der marokkanische König, Hassan II., nur ein einziges Mal etwas um die Meinung dieser Menschen gegeben, hätte es den Krieg in der Westsahara, der jetzt schon 14 Jahre dauert, nie gegeben. Als Hassan im Januar dieses Jahres zum ersten Mal eine Delegation der Frente Polisario empfangen hat, hat er ja selbst zugeben müssen, daß die Menschen in den von Marokko besetzten Gebieten mit ihren Herzen nicht auf der Seite des marokkanischen Königs stünden.

Karl Rössel: Eines der größten Hindernisse bei der Vereinbarung über ein mögliches Referendum ist die Anwesenheit der marokkanischen Besatzer, die über 100.000 Soldaten in der Westsahara stationiert haben. Es gab Spekulationen in der internationalen Presse darüber, daß die Frente Polisario inzwischen nicht mehr den völligen Abzug aller marokkanischen Truppen vor Abhaltung einer Volksabstimmung über die Zukunft des Landes fordert. Wie soll dann ein freies Referendum überhaupt möglich sein?

Mohamed Lamine Ahmed: Viel gefährlicher ist die marokkanische Kolonialverwaltung, die sozusagen die zivile Truppe der Marokkaner in unserem Land darstellt. Darüber müssen wir zu allererst in direkter Verhandlungen reden. Schließlich muß ein ungestörter Verlauf der Volksabstimmung garantiert sein, bevor wir uns darauf einlassen können. Solange es keine Vereinbarung gibt, die dies unter internationaler Kontrolle garantiert, bleibt für uns gar keine andere Möglichkeit, als den Abzug aller marokkanischen Truppen und aller „colons", also der gesamten Kolonialverwaltung, zu fordern. Es gab auch einen Vorschlag, wir sollten marokkanische Soldaten in der Zahl unserer eigenen Truppen auch während eines Referendums in unserem Land akzeptieren. Aber unsere Truppen sind ja nicht bezahlte Soldaten wie die der Marokkaner, sondern sahrauische Befreiungskämpfer, die während eines Referndums nicht gegen die Invasoren kämpfen sondern abstimmen sollen. Am Tag der Abstimmung ständen sie also nicht an der Front, sondern an den Wahlurnen. Deshalb ist dieser zahlenmäßige Vergleich zwischen den marokkanischen Besatzungstruppen und unseren Befreiungskämpfern unzulässig. Der einzige Ausweg ist also: der Abzug der marokkanischen Truppen.

Karl Rössel: Immer wieder tauchen in den westlichen Medien Spekulationen darüber auf, daß Algerien - seit 1975 Hauptunterstützer der Frente Polisario - die Sahrauis fallen lassen könnte. Als Indizien dafür werden die Unruhen in Algerien im Oktober 1988 genannt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Landes, die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehung zwischen Algerien und Marokko und das jüngste Gipfeltreffen der nordafrikanischen Staaten, auf dem die Gründung einer „Union des Arabischen Maghreb" diskutiert worden ist, wozu aber der Staat der Sahrauis, die Demokratische Arabische Republik Sahara, nicht eingeladen war. In der Bundesrepublik veröffentlichte zuletzt der „SPIEGEL" (18.9.1989) eine Meldung unter der Überschrift „Algerien stoppt Polisario-Hilfe". Dies war - wie sich inzwischen herausgestellt hat - eine wahrscheinlich von interessierter Seite lancierte Falschmeldung. Aber hat sich die algerische Position im Westsahara-Konflikt in den letzten Monaten verändert?

Mohamed Lamine Ahmed: Natürlich kann ich nicht im Namen Algeriens reden, das ist ganz klar. Und Algerien redet nicht so viel darüber. Aber was zählt, sind seine konkreten Taten. Es sind ja schon viele Falschmeldungen dieser Art erschienen, die nachher durch die Tatsachen immer widerlegt wurden. Ich weiß nicht, wo der „SPIEGEL" seine Informationen für diese Meldung her hat...

Karl Rössel: ... von seinem Korrespondenten in Kairo ...

Mohamed Lamine Ahmed: ... aber schon die Tatsache, daß all unsere großen Angriffe gegen die marokkanischen Stellungen in jüngster Zeit nach dem SPIEGEL-Bericht waren, ist doch schon ein deutlicher Beleg dafür, daß es sich dabei um eine Falschmeldung gehandelt hat. Ich kann nur noch einmal versichern, daß es nicht die geringste Änderung in der Haltung Algeriens zum Westsahara-Konflikt gegeben hat und daß Algerien uns politisch und materiell in gleicher Weise unterstützt wie zuvor.

Karl Rössel: Aber hätte Algerien denn nicht darauf bestehen müssen, daß auch Vertreter der Sahrauis zu dem Gipfeltreffen eingeladen werden sollten, auf dem über eine „Union des Maghreb" beraten wurde? Schließlich gehört der Staat der Sahrauis, die DARS, doch zum Maghreb.

Mohamed Lamine Ahmed: Nein. Das wichtigste für uns ist, daß die direkten Verhandlungen mit Marokko wieder aufgenommen werden. Solange dies nicht passiert, hat auch die „Union des Maghrebs" keine Chance. Sie wird zur Zeit nicht nur durch den Konflikt zwischen Marokko und den Sahrauis unmöglich gemacht, sondern auch durch die völlig unterschiedlichen politischen Systeme in den verschiedenen Ländern des Maghreb.

Karl Rössel: Welcher Ideologie folgt denn die Frente Polisario in ihrem Befreiungskampf? Gibt es Theorien der Befreiung aus anderen Ländern der sogenannten „Dritten Welt" oder auch europäische Theoretiker, die die Gründung, Entwicklung und Ideologie der Frente Polisario beeinflußt haben?

Mohamed Lamine Ahmed: Wir haben nie fremde Ideologien übernommen, und für uns war immer klar, daß wir uns nicht durch die Übernahme von Ideologien von außen unter Druck setzen oder in Abhängigkeit von bestimmten Ländern bringen lassen wollten. Wir sind sogar Opfer unserer ideologischen Unabhängigkeit geworden. Denn der Osten sagt, wir gehören zum Westen, und der Westen sagt, wir gehören zum Osten. Aber hätten wir, ein kleines Volk, einfach eine Ideologie eines anderen Volkes übernommen, hätte dies zwangsläufig zur Folge gehabt, daß wir uns diesem Volk und seinen Interessen hätten unterordnen müssen. Zum Beispiel hat der Irak einmal von uns verlangt, daß wir uns - als Gegenleistung für eine mögliche Unterstützung unseres Befreiungskampfes - der Ideologie der dortigen Baath-Partei anschließen sollten. Wir haben das abgelehnt. Gerade unsere außenpolitischen Beziehungen sind ein Beleg für unsere ideologische Unabhängigkeit. Natürlich suchen wir die Zusammenarbeit mit Menschen und Ländern, die die Besatzung unseres Landes durch Marokko ablehnen und für unser Recht auf Selbstbestimmung und für unser Recht auf Kontrolle unserer Rohstoffe eintreten. Dabei ist es uns allerdings egal, aus welcher ideologischen Ecke diejenigen kommen, die diese Grundsätze akzeptieren. Natürlich wollen wir breitere Unterstützung für unseren Kampf im Ausland gewinnen. Aber unsere Freunde können sowohl aus radikal-konservativen Kreisen in Spanien kommen wie aus linksradikalen, aus Honduras oder aus Albanien. Ein ideologischer Krieg ist nicht in unserem Interesse. Die wichtigsten Richtpunkte zur Bestimmung unserer Position sind: wir sind islamisch und afrikanisch. Wir sind Nationalisten und haben immer gegen den Kolonialismus und für die Befreiung unseres Landes gekämpft. In der befreiten Westsahara wollen wir - ähnlich offen - eine demokratische Gesellschaft aufbauen.

Karl Rössel: In der Verfassung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, die nach dem Einmarsch der Marokkaner von sahrauischer Seite proklamiert wurde, finden sich einige Hinweise darauf, wie die Gesellschaft in einer befreiten Westsahara aussehen könnte. So wird in Artikel 7 zum Beispiel der „Sozialismus" ausdrücklich als Ziel der DARS genannt. Zugleich ist jedoch in Artikel 12 von einer „Garantie des Privateigentums" die Rede. Ist das nicht ein Widerspruch?

Mohamed Lamine Ahmed: Unsere Vorstellung ist, daß das Land gerecht an das Volk verteilt wird. Darüberhinaus sind in unserer Verfassung ja auch die freie Gesundheitsversorgung und Erziehung für alle Menschen festgelegt. Aber wir respektieren auch, daß jeder Mensch über privates Eigentum verfügen kann. Für uns ist das kein Widerspruch, für uns ergibt sich dies vielmehr schon aufgrund unserer islamischen Tradition ...

Karl Rössel: Die Frage richtet sich nicht nach privaten Besitztümern, die jede(r) bei sich zu Hause hat, sondern zielte vielmehr auf mögliches Privateigentum an Produktionsmitteln. Soll es in der befreiten Westsahara Unternehmen, Minengesellschaften oder Konzerne in privater Hand geben?

Mohamed Lamine Ahmed: Warum nicht? Jeder kann machen, was er will. Ich sehe darin kein grundsätzliches Problem. Ich kann mir auch vorstellen, daß es sogar Krankenhäuser in Privatbesitz geben könnte. Wichtig ist für uns nur, daß die Grundversorgung, die es in unserem Land geben soll, für alle Menschen gleich ist, unterschiedslos auch für den Inhaber irgendeiner Firma. Auch heute gibt es ja unter den Sahrauis Händler, die die gleichen Rechte auf die verteilten Mittel, Gesundheitsversorgung und Schulbildung haben wie alle anderen, auch wenn sie darüber hinaus noch über Privateigentum verfügen. Wären wir der osteuropäischen sozialistischen Theorie gefolgt, hätten wir ja auch spätestens aufgrund der aktuellen Entwicklungen einsehen müssen, daß man Privateigentum in dieser Form respektieren muß. Für uns ergab sich diese Haltung jedoch schon aus dem Respekt vor unseren eigenen Traditionen. Dabei muß ich allerdings betonen, daß unser Volk traditionell sozialistisch ist. In unserer Gesellschaft war und ist es unmöglich, daß es einen reichen sahrauischen Mann gibt, der sich nach einem guten Essen ruhig zum Schlafen hinlegt, wenn er weiß, daß sein Nachbar hungert. Schon aus unserer Tradition gibt es also die Solidarität mit denen, die nichts haben. Und natürlich wird es die erste Aufgabe unserer Regierung sein, alles dafür zu tun, daß es den Armen besser geht. Aber wenn einer besonders viel arbeitet und dadurch reicher wird als andere, warum nicht, soll er ruhig reich werden.

Karl Rössel: In einem weiteren Artikel der Verfassung wird die „Kontrolle der nationalen Ressourcen" in der Westsahara durch die Sahrauis festgeschrieben. Wie will sich eine künftige Regierung in einer befreiten Westsahara dem neokolonialen Zugriff des Weltmarktes und von Institutionen wie IWF und Weltbank entziehen?

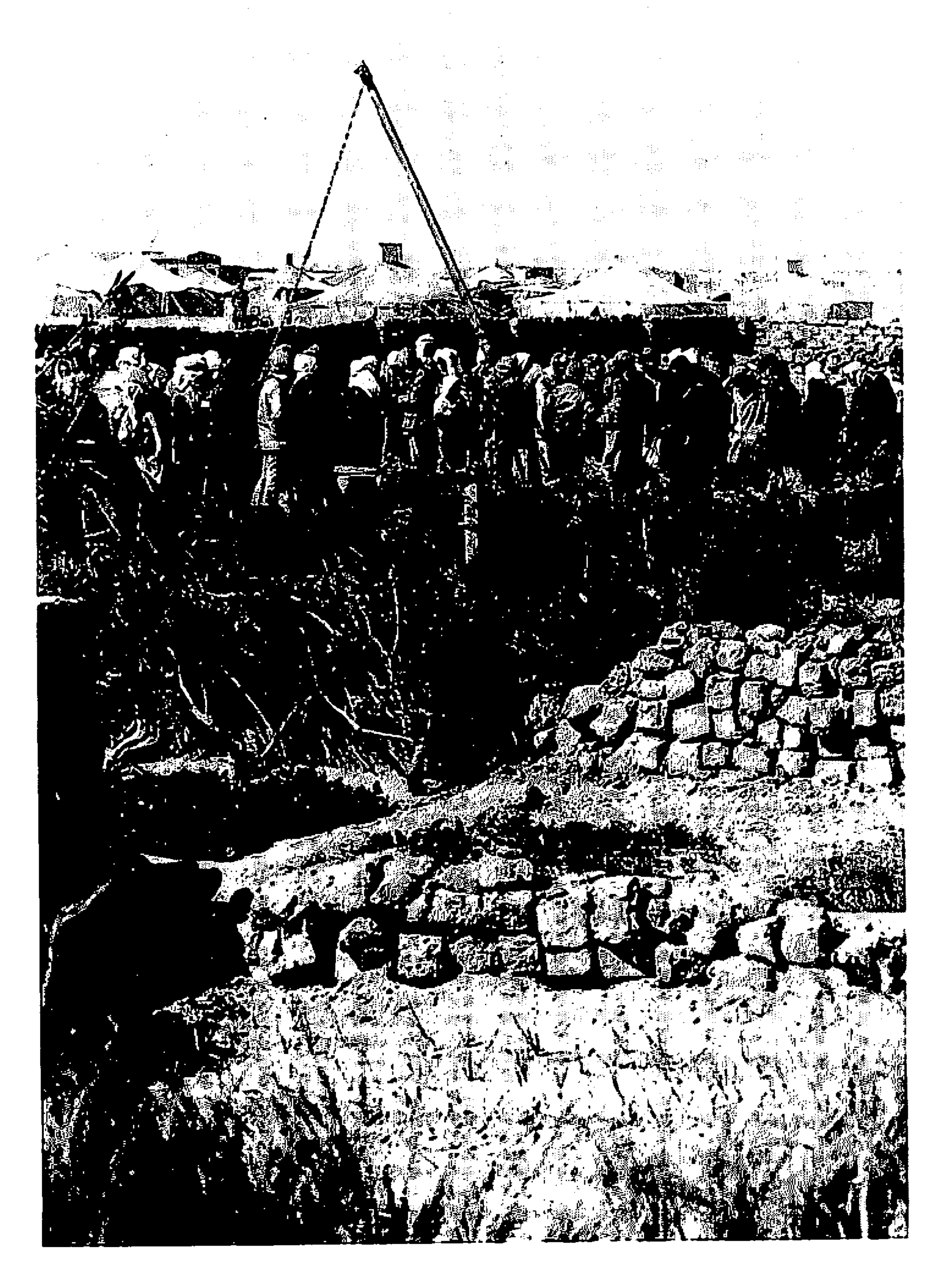
Mohamed Lamine Ahmed: Wir werden mit jedem zusammenarbeiten, der unsere Gesetze respektiert. Natürlich werden die multinationalen Konzerne, die damals zum Beispiel mit der spanischen Kolonialmacht zur Ausplünderung der Rohstoffe in der Westsahara zusammengearbeitet haben, nach der Befreiung andere Bedingungen vorfinden als früher. Denn unsere Rohstoffe werden wir, wie es in unserer Verfassung steht, selbst kontrollieren. Aber wir sind Teil dieser Welt und können uns nicht völlig abschotten. Deshalb wird es sicher auch Verhandlungen mit multinationalen Konzernen und Institutionen geben. Und wenn wir uns mit ihnen einigen, sollen sie kommen und unter bestimmten Bedingungen, die wir bestimmen, auch in unserem Land arbeiten.

Karl Rössel: Das politische System der Sahrauis beruht zur Zeit auf zwei Säulen: die erste Säule bildet die Befreiungsbewegung Frente Polisario, die die politische Bildung und den militärischen Kampf übernimmt und in Zellen an der Basis und in einem Politbüro als Führungsgremium organisiert ist. Daneben gibt es die Verwaltungsstruktur des Staates, mit verschiedenen Komitees für Gesundheit, Erziehung, Versorgung usw., die von einer zivilen Regierung geleitet wird. Über beiden Säulen steht das siebenköpfige „Exekutivkomitee" der Frente Polisario, das zugleich als „Kom-

mandorat der Revolution" die zivile Regierung bestimmt. In der Verfassung der DARS heißt es ausdrücklich, daß diese politische Struktur nur ein „Provisorium" darstellt. Nach der Befreiung soll der Aufbau der sahrauischen Gesellschaft völlig neu diskutiert werden. Heißt das, daß dann das Politbüro der Befreiungsbewegung und der Kommandorat der Revolution ihre Führungsfunktionen aufgeben werden?

Mohamed Lamine Ahmed: Unsere Kriegssituation unterscheidet sich total von einer möglichen Friedenssituation in einer befreiten Westsahara. Und in jeder neuen Situation muß man auch neu überlegen, was man tut. Die Befreiungsbewegung Frente Polisario übernimmt in der jetzigen Situation quasi die Aufgabe einer politischen Partei. Aber in Zukunft kann es sicher auch andere Parteien geben, können sich andere Interessen organisieren. Das Politbüro könnte dann die Funktion eines Zentralkomitees für die politische Partei der Frente Polisario darstellen. Und auch an die Stelle des Kommandorates wird vielleicht ein anderes Regierungsgremium treten. Ein sahrauisches Parlament sollte nach der Befreiung allen Menschen offen stehen, jede(r) soll die Möglichkeit haben, dafür zu kandidieren. Dies ist jetzt zwar nur meine ganz persönliche Meinung, aber ich weiß, daß diese Meinung von vielen Menschen, die ich kenne, von Befreiungskämpfern und anderen Mitgliedern der Frente Polisario, geteilt wird.

„Gärten" an der Wüstenstadt



Karl Rössel: Alle sahrauischen GesprächspartnerInnen betonen immer wieder ihren Wunsch nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit - auch nach der Befreiung ihres Landes. Bleibt die Frage, ob sich die Westsahara tatsächlich dem Druck entziehen kann, der zum Beispiel schon von Europa ausgeübt wird. Mit der Konstituierung eines europäischen Binnenmarktes soll 1992 die ökonomische Großmacht-Stellung der EG weiter gefestigt werden und damit der imperialistische Zugriff auf Länder der sogenannten „Dritten Welt". Hat unter diesen Bedingungen eine Friedensregelung und eine unabhängige Entwicklung in der Westsahara überhaupt eine Chance? Schon jetzt sind europäische Nationen und die EG doch die Hauptfinanziers der marokkanischen Kriegsführung in der Westsahara. Sie gewährten Marokko trotz des Krieges Millionenkredite, und bei einem Fischereiabkommen der EG mit Marokko wurde gegenüber Hassan II nicht einmal darauf bestanden, die Südgrenze Marokkos, also die Grenze der Westsahara zu respektieren. Die Folge ist, daß spanische und portugiesische Fischer auch die reichen Fischgründe vor der Küste der Westsahara plündern können, während gleichzeitig das Europäische Parlament wohlklingende Resolutionen für das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis verabschiedet, aber im Grunde nichts zu sagen hat. Bildet der Zusammenschluß der westeuropäischen Nationen nicht eine große Gefahr für die Westsahara, wenn nicht sogar für die gesamte Maghreb-Region?

Mohamed Lamine Ahmed: Das ist wirklich eine interessante Sache. Es ist so ähnlich wie bei dem Wirtschaftsboykott gegen Südafrika, der ja auch überall offiziell propagiert wird, während alle ihre Wirtschaftsbeziehungen und Handelsgeschäft mit Südafrika weiterbetreiben. Wir wissen das. Und Marokko ist eben auch ein guter Kunde in Europa, vor allem beim Kauf von Waffen. Aber auch wir könnten in einem befreiten Land schließlich Europa einiges bieten - mehr als Marokko. Ich glaube nicht, daß die Entwicklung des EG-Binnenmarktes den Westsahara-Konflikt noch maßgeblich beeinflussen kann. Denn ich glaube, daß dieser Konflikt bis 1992 längst gelöst sein wird. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, müßte sich Europa - wenn es weiterhin die marokkanische Position in diesem Krieg unterstützt - gegen alle internationalen Gremien und die dort verabschiedeten Resolutionen für eine Friedenslösung stellen, gegen die OAU und gegen die UNO. Ich glaube nicht, daß die EG dies tut und zulassen kann, daß mit uns weiter so verfahren wird wie bisher. Denn dies würde in letzter Konsequenz bedeuten, daß Europa einen Völkermord an den Sahrauis billigen würde.

Das Gespräch führte Karl Rössel (Rheinisches Journalistenbüro) am 11. Oktober 1989 in Aaium, einem sahrauischen Flüchtlingslager in der südalgerischen Sahara.

Sendero Luminoso

das letzte Aufgebot der Revolution

Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die „Partido Comunista del Peru — Sendero Luminoso" (PCP-SL) wird seit 1980 nicht nur die Politik der Linken in Peru, sondern auch die internationale Solidarität (heraus-)gefordert.

Mit der Guerilla „Leuchtender Pfad" (PCP-SL) stellt sich erstmals für Lateinamerika eine ideologisch eindeutig ausgerichtete kommunistische Partei an die Spitze des Volkskriegs und nicht, wie seit der kubanischen Revolution üblich, ideologisch flexible, national-revolutionäre Guerilla-Verbände.

SL versteht sich als eine kommunistische Partei neuen Typs: marxistisch-leninistisch, aber vor allem maoistisch. Die als „Viertes Schwert des Marxismus" hinzugekommenen „Gonzalo-Ideen" (Gonzalo ist der Präsident der SL) stellen dabei die konkrete Anwendung und ideologische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus-Maoismus auf die peruanischen Verhältnisse dar (S. 13, alle Seitenangaben aus „Reportaje del siglo"). Die Partei ist nicht Massen-, sondern Kaderpartei im Dienste der Massen, eine „Auswahl der Besten" (Lenin): „Unsere Partei ist eine Partei der Kader, der Kämpfer, eine Kriegsmaschine". Damit wird eine eindeutige Abgrenzung zu den „politisch-militärischen Organisationen", den Guerillas in den lateinamerikanischen Nachbarländern vorgenommen. Nach „Presidente Gonzalo" können jene bestenfalls „halbgare Revolutionen" zustande bringen, da nur eine einheitlich geführte KP das notwendige „Instrument der Klasse" darstellt, mit dem das Arbeiter-Bauern-Bündnis zum Sieg geführt wird (S. 80).

Die Ursprünge von SL liegen in den frühen 60er Jahren, als sich im Zuge der sowjetisch-chinesischen Konflikte, dem Kampf zwischen „Marxismus und Revisionismus", die internationale kommunistische Bewegung spaltete. Für die später den SL gründende Fraktion, die ihre Hauptba-



sis an der Universität Ayacucho hatte, bedeutete dies eine Phase der Reinigung und Rekonstruktion der Partei, die etwa bis Ende der 70er Jahre andauerte.

Strategie und Taktik

Nachdem durch den Kampf zweier Linien die authentische KP rekonstruiert war, der Volkskrieg und seine Bedingungen als Hauptziel definiert waren, beschloß man 1979 die Aufnahme des bewaffneten Kampfes in der abgelegenen und extrem vernachlässigten Region Ayacucho. Mit der Entscheidung für den Volkskrieg mußte die „Militarisierung der Partei und ihr konzentrischer Aufbau entwickelt werden".

Hauptziel des Volkskrieges ist auf dem Land der Aufbau der „Neuen Macht", in den Städten die Vorbereitung des Aufstands. Das bedeutet, daß der Volkskrieg primär auf dem Land geführt wird. Die ländlichen Unterstützungsbasen sind sein Rückgrat. Ausdruck der „Neuen Macht", der „neu-demokratischen Volksrepublik im Aufbau" (RPND) sind die als „Diktatur der Einheit" bezeichneten Volkskomitees.

Sämtliche Strukturen in den roten Gebieten oder kontrollierten Zonen sind verdeckt, da sie ansonsten die Besetzung der Zone durch die staatliche Repression (Armee/Polizei) zur Folge hätten (S. 34).

Als soziale Träger der „Diktatur der Einheit" werden Arbeiter, Bauern, Kleinbourgeoisie und Progressive genannt. Die nationale Bourgeoisie ist ausgeschlossen, aber ihre Rechte sollen während der Etappe der neu-demokratischen Revolution anerkannt werden (S. 70).

Die Aufnahme des Volkskrieges wurde 1980 in einer sich entwickelnden revolutionären Situation beschlossen. Der Krieg hat diese Entwicklung weiter vorangetrieben und zu ersten neu-demokratischen Strukturen auf dem Land geführt. Erst später, mit dem Entstehen einer revolutionären Krise (etwa ab 1987/88) wird der Moment erreicht, wo auch die Städte einbezogen werden, um den Aufstand in der Endphase des Volkskrieges in die Städte zu tragen und zu organisieren. Die Aufwertung der (Haupt-) Stadt in der senderistischen Strategie ist neu. Vor dem ersten nationalen Kongreß im Juni 1988 hat es offiziell geheißen „die Städte vom Land her einzuschließen". Nun heißt es, der bewaffnete Kampf in den Städten sei „ergänzend", aber „notwendig". Er ist fast genauso wichtig wie auf dem Land. Diese Änderung wurde notwendig, weil sich zum einen — nicht zuletzt durch den Volkskrieg auf dem Land — die Sierra entvölkert, die Campesinos in die Städte fliehen und weil zum anderen in den Städten die „Arbeitermassen" leben, die ideologisch die Führung der Revolution innehaben müssen. Das heißt, mit der revolutionären Krise verlagert sich das politische Gewicht in die Städte, die Zentren der herrschenden Macht. Die Vorbereitung der Städte auf den Aufstand erfolgt nur über die Entwicklung der Massenarbeit. Diese Arbeit ist strategisch wichtig, weil dort das Proletariat konzentriert ist und Sendero Luminoso es nicht in den Händen von Revisionisten und Opportunisten belassen darf (S. 39). Schwerpunkt ist die Propagierung des Volkskrieges als einzig mögliche und richtige Form der Machteroberung. Die Propaganda- und Organisationsarbeit in den Städten ist schwieriger als auf dem Land, da hier ein Teil der Massen schon organisiert ist, sei es in Nachbarschafts- oder Volksorganisationen, Gewerkschaften oder politischen (Links-)Parteien. Das heißt, es wird verstärkt zu Auseinandersetzungen, Spaltungen und Parallelorganisationen kommen.

Zentrum senderistischer Stadtarbeit sind die barriadas, die die „city", das Macht- und Verwaltungszentrum des Feindes wie ein Eisengürtel umschließen (S. 36). Barriadas sind die sich in den letzten 15 Jahren rapide ausdehnenden Elendssiedlungen der Stadtränder. Es wird geschätzt, daß etwa die Hälfte der sieben Millionen Einwohner der Hauptstadt Lima als Gelegenheitsarbeiter, Straßenhändler oder ähnliches in den barriadas ums Überleben kämpft. Diese Immigranten, ihre Kinder und Enkel stellen das unbegrenzte Rekrutierungspotential für SL dar. Der Volkskrieg endet mit dem Aufstand in den Städten und dem Sieg der neu-demokratischen Revolution über Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und halbfeudale Gesellschaftsstrukturen auf dem Land.

Die demokratische Revolution mit ihrer „Diktatur der Einheit" (auf dem Land) und der „Einheitsfront" (in der Stadt) wird am Tage ihres nationalen Sieges direkt in eine sozialistische Revolution überführt. Mit der Ausrufung der „Volksrepublik" und der Errichtung der „Diktatur des Proletariats" beginnt die Periode der elementaren gesellschaftlichen Transformationen (Enteignung des bürokratischen Kapitalismus, Kontrolle der Wirtschaft durch den neuen Staat), hin und wieder erneuert durch eine Kulturrevolution, die die Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus fortführen. Endziel ist die Weltrevolution als Voraussetzung der weltweiten Errichtung des Kommunismus (S. 66/67).

Bewaffneter Kampf und nationaler Befreiungskrieg allein, wie in Algerien, Vietnam, im Vorderen Orient oder Irland, bieten keine Gewähr für den Sieg der Revolution; dazu bedarf es einer marxistisch-leninistisch-maoistischen (m-l-m) KP und des von ihr geführten Volkskrieges (S. 80/81).

Dieser bedarf eines einheitlichen, strategischen Plans und der eindeutigen und festen Führung durch die marxistisch-leninistisch-maoistische Partei (S. 43). Die Entfaltung des Volkskrieges in den Staaten des Südens wie des Nordens, der Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus ist die einzige Form des „wirklich revolutionären Kampfes" (S. 80). Die konkrete Ausgestaltung des Volkskrieges in den einzelnen Nationen ist Sache der nationalen KPs.

Da es derzeit keine sozialistischen Staaten gibt, hat sich SL mit den authentischen (= m-l-m) Parteien in der „Revolutionären Internationalen Bewegung" (MRI) zusammengeschlossen. Nach Ansicht von SL ist China seit dem Sturz der „Viererbande" auf dem Weg der kapitalistischen Restauration; Albanien biedert sich seit dem VIII Kongreß der PdA dem Sozialimperialismus an; Vietnam und Kuba sind Instrumente der UdSSR und in Nicaragua ist die demokratische Revolution stecken geblieben, da eine m-l-m-Partei fehlt, um den heroischen Kampf des nicaraguanischen Volkes fortzuführen. Das Vertrauen in die eigene Kraft, die völlige Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten ist für SL die zentrale Voraussetzung dafür, die Revolution zu machen und die Überlegenheit des Volkskrieges zu demonstrieren (S. 83).

Ideologische Wurzeln

Im Gegensatz zu früheren Guerillabewegungen hat sich SL sehr viel Zeit genommen, sich mit der andinen Gedankenwelt, den Symbolen und Mythen, den Utopien auseinanderzusetzen. Keineswegs wurde unbesehen maoistisches Gedankengut in Agitation umgesetzt, sondern es fand zunächst ein Rückbezug auf andines Denken statt, ganz im Sinne Mariáteguis: die Nutzung kommunitärer Traditionen der Inka-Gesellschaft für den Aufbau des Sozialismus. Schon im andinen Denken der letzten

Jahrhunderte fand der identitätsstiftende Rückgriff immer auf das Inkareich statt, also auf die der Kolonialzeit direkt vorausgehende Herrschaft, nicht etwa auf weiter zurückliegende gesellschaftliche Organisationsformen. In den „roten Zonen" des SL gleicht die Machtausübung dem Typ der Inkaherrschaft. Die Führungsrolle der SL ist anzuerkennen, Land für die Versorgung von SL zu bearbeiten, notfalls Arbeitskraft bereitzustellen, ansonsten kann es jede Menge lokaler Unterschiede und Besonderheiten geben.

Versprochen wird den Unterdrückten nicht, wie sonst von Politikern, irgendeine Verbesserung in einem Sektor, sondern die ganze Macht. Seit dem 16. Jahrhundert begleitet das Schweigen und das Nichtgehörtwerden den Weg der andinen comunidades; Sendero redet nicht, sondern handelt und verschafft sich so Gehör. Die Figur des pistaco, des Weißen, der den indianischen Menschen als Rohstoff für seine Fabriken braucht, wird wiederbelebt; sie könnte ebensogut Symbol für den IWF oder auch andere Modernisierungsversuche sein. Der unsichtbare Held (camarada Gonzalo), der erst, wenn die Zeit reif ist, als Präsident erscheinen wird, ist die Verkörperung der Vorstellung von der Wiederkehr des von den Spaniern gevierteilten Inka Tupac Amaru. Gerade die Region Ayacucho ist reich an Versionen des Inka-Mythos, der besagt, daß der Inka erst unter der Erde wieder zusammenwachsen muß und wird, damit der andine Mensch wieder handeln kann.

Der Rückgriff auf Symbole und Mythen der andinen Utopien, die schließlich aus der Ablehnung des Kolonialstaates, aus der Bedrohung mit Auslöschung durch diesen entstanden sind, hindert nicht, wenn es notwendig ist, auch einen radikalen Bruch mit Traditionen herbeizuführen oder anzukündigen. Auch das findet eine Entsprechung in der Entstehung (16. Jahrhundert) und Ausprägung (18. Jahrhundert) der andinen Utopien. Vorwärts in die Vergangenheit — die Umkehrung von Herrschaftsverhältnissen mit dem Rückgriff auf gloriose Epochen könnte die Traditionen mit dem verbinden, was noch nicht ist. Andine Technologie (z.B. Bewässerungskanäle, Terrassenbau) und gemeinschaftliche Arbeitseinsätze hätten hier ihren Platz, Demokratievorstellungen sind in diesen Traditionen nicht zu finden.

Die Formulierung der andinen Utopien, wie sie sich heute in Glaubensvorstellungen, in Festen, in Erzählungen, in Gestalten finden, war die Antwort auf die Bedrohung der Identität als Volk im Kolonialstaat. Dieser zwang geradezu, auf die regionale Vielfalt der comunidades einen auf die Zukunft gerichteten identitätsstiftenden Überbau zu setzen. Dabei war und ist die Frage nach der „historischen Wahrheit" dieser Rückgriffe auf Traditionen in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Die andinen Utopien, so verstanden, sind Projekte, die versuchen, mit der Bedrohung und der eigenen Zerrissenheit zugleich fertig zu werden. Eine ähnliche Bedrohung wie damals könnte man sagen, stellt heutzutage der Prozeß der Modernisierung dar (z.B. Integration in den Kapitalismus und Migration). Der Rückgriff auf den „mesianismo" und den „milenarismo", also auf die Vorstellung von der Wiederkehr des Inka und dem Ende der jetzigen Zeit um die Jahrtausendwende, belebt die Vorstellung von der Inkaherrschaft als Symbol einer Ordnung, in der das Land den wahren Herren gehört (unabhängig vom Charakter dieser Herrschaft). Damit läßt sich der Untergang abwehren, der das „andine" trotz seiner Ausdehnung im Zuge der Migrationsprozesse bedroht.

Das Ende des 500 Jahre-Zyklus, die Jahrtausendwende, wird die Wiederkehr des Inka in der realitätsangepaßten Form, aber nicht weniger strahlend bringen: Präsident Gonzalo wird die Macht für das Volk ergriffen haben. SL hat die erste größere Aktion 1980 am 199. Jahrestag nach der Zerstückelung von Tupac Amaru II durchgeführt. Der Glaube will, daß der zerstückelte Tupac Amaru unterirdisch wieder zusammenwachsen und 200 Jahre nach seinem Tod eine neue Hoffnung auf das Reich erstehen wird.

Aber auch der radikale Bruch mit Traditionen findet seine Wurzel im andinen Kosmos. Der pachacuti, das ordnungsschaffende Prinzip des Dualismus, aus dem auch die vier „suyos" des Reiches hervorgingen, beinhaltet die Komplementarität, das Zusammengehören von Licht und Schatten, das Neue, das aus dem Zusammenbruch des Alten entsteht. In dieser Vorstellung wälzen sich die Verhältnisse in Epochen von ca. 500 Jahren um. Die Eroberung durch die Spanier war für viele Menschen ein pachacuti, also die Umwälzung der Ordnung. Auch wenn der Einfluß des Christentums die zyklische Zeitvorstellung des Mythos in die lineare der Utopie verwandelt hat, so gibt es im andinen Denken noch genug Elemente dieses Dualismus, auf die zurückgegriffen werden kann. Die Revolution kann als Umkehrung der Herrschaft verstanden werden und nicht unbedingt als Abschaffung von Herrschaft. Die Machtergreifung ist der entscheidende Auftrag der PCP-SL, nicht die Befreiung. Der Begriff der Befreiung nimmt unseres Wissens in keinem Dokument Senderos einen zentralen Platz ein.

Der Rückgriff auf die Mythen und Prophezeiungen des andinen Kosmos scheint uns von der nächsten Kadergeneration nicht mehr unbedingt mit Leben erfüllt und weitergetragen zu werden. Das mag daran liegen, daß immer mehr städtische Jugend in die Partei und deren Organisationen einbezogen werden.

Leuchtender Pfad Mariáteguis

Insbesondere bei zwei Aspekten bezieht sich SL auf den peruanischen Marxisten Carlos Mariátegui: Die Rolle der Gewalt und die Bedeutung des Indio- bzw. Landproblems.

Mariátegui wäre laut SL heutzutage Marxist-Leninist-Maoist, also hat er alles Recht, im voll ausgeschriebenen Parteinamen erwähnt zu werden. SL vertritt das legitime Erbe Mariáteguis. Die Bedeutung des indianischen Erbes in seinen Analysen hat ihn dazu gebracht, einen Sozialismus in Peru ohne Umweg über den Kapitalismus für möglich zu halten. Nach Mariátegui ist dies im Rückgriff auf die Traditionen möglich, insbesondere auf die kommunitären Elemente der Inkaherrschaft, vorinkaische Traditionen eingeschlossen. Peru interpretiert er als eine im Entstehen begriffene Nation; nationale Identität sei ohne die Berücksichtigung des Rechts der indianischen bäuerlichen Mehrheit auf Boden nicht erreichbar.



Ayacuchanos: zwischen den Fronten

Die Indiofrage ist für Mariátegui zugleich eine Klassenfrage: eine Absage an alle Vorstellungen einer rein indianischen Perspektive oder gar rein indianischen Republik. Viele (von der APRA über die Reformmilitärs bis hin zu den Parteien der Linken) haben sich in ihrem Diskurs auf Mariátegui bezogen. Es blieben aber Lippenbekenntnisse ohne Einfluß auf die politische Praxis. Weiterhin war Politik die Sphäre der mistis, der Weißen, die, wenn sie sich überhaupt um den Indio und die Land-



frage kümmerten, so wenig Kenntnisse der Situation hatten, daß sie wie die peruanische Guerilla der 60er Jahre (MIR, ELN) scheitern mußten.

SL verspricht den indianischen Bauern die einmalige Chance zur Machtergreifung zu eröffnen.

Das Christentum hat den Übergang vom andinen Mythos zur andinen Utopie befördert, also vom zyklischen zum linearen Denken. Das Christentum hat jedoch keine gemeinsame Identität gestiftet. Andine Utopien, Christentum und Pensamiento Gonzalo (PG) vereinigen sich aber in der Vorstellung der Schaffung des Neuen aus dem Blut, der Gewalt, dem Tod. Dem Triumpf des PG geht der Tod wer weiß wie vieler voraus. Die Gewalt ist sowieso vorhanden. Sie führt zur Polarisierung und Beschleunigung der politischen Klärungsprozesse. SL beurteilt die von ihm verhängten Todesstrafen, die Morde oder auch die Tatsache, daß die Bevölkerung durch SL-Aktionen der Repression von Seiten des Militärs und der Polizei ausgesetzt wird, aus diesem Blickwinkel. In den Einflußzonen des SL wird die Gewalt von SL zentralisiert und kontrolliert. So werden Revolution, Apocalypse und pachacuti auf unnachahmliche Weise miteinander verbunden: das Alte muß zerstört werden, damit das Neue entsteht. (Hierin könnte der Kern des „Pensamiento Gonzalo" liegen.) Das aus dem Maoismus entlehnte Gedankengut paßt sich hier gut ein, trotz gelegentlich exotisch anmutender Terminologie.

In der Gewaltfrage wird dabei der Bogen zu Mao Tse Tung gespannt, der ähnlich wie Mariátegui zitiert wird: „Die Macht erobert man mit Gewalt und verteidigt sie mit der Diktatur" (S. 19).

Dogma und Pragmatismus

Der Kampf der PCP-SL gewinnt seine Dynamik aus der Kombination von dogmatischer Ideologie und flexibler Praxis. Die schematisch vereinfachte Strategie läßt breite pragmatische Freiräume für das taktische Verhalten: „Ausgerüstet mit der richtigen Ideologie und dem einheitlichen strategischen Plan ist man zu allem fähig und macht auch alles gut" (S. 86).

Diese Mischung aus Dogmatismus und Pragmatismus gibt SL eine einheitliche Führung und läßt den einzelnen regionalen Gruppen dennoch Freiräume bei der Gestaltung ihrer konkreten Politik vor Ort. SL orientiert sich allein an der Frage, was den Staat und die herrschende Ordnung schwächt. Sehr anschaulich läßt sich dies im Umgehen mit der Drogenmafia nachzeichnen: Die Zusammenarbeit mit dem „Narcotrafico" schwächt den Staat (= das Alte), also nützt sie dem Neuen. Dabei geht es SL nicht um eine freundschaftliche Beziehung zu den Narcos. Im Gegenteil, es ist ein befristetes taktisches Bündnis, das aufgekündigt wird, sobald SL in der Lage ist, die Banden der Drogenmafia militärisch zu bekämpfen. Im übrigen ist der Drogenhandel eine großzügige und relativ ungefährliche Geldquelle für den Einkauf von automatischen Waffen und leichtem Kriegsgerät aus Brasilien und Kolumbien.

In den Coca-Anbaugebieten des Huallaga-Fluß hat SL eine stabile soziale und militärische Basis. Man schätzt, daß allein in dieser Region etwa 2.000 bestens ausgerüstete SL-Guerillos stehen und es zahlreiche, im tropischen Regenwald versteckte Ausbildungscamps gibt, in denen hunderte von jugendlichen Rekruten ideologisch und militärisch geschult werden.

Die Kooperation mit den Coca-anbauenden Kleinbauern ist gut, da SL in den vergangenen Jahren erstmals für sie „gerechte" Verkaufspreise gegen die Drogenbarone durchgesetzt hat. Bedingung von SL ist, daß die gesamte Coca-Produktion exportiert wird (via Kolumbien in die „imperialistischen Zentren") und daß sich die Zone durch die Förderung der Nahrungsproduktion selbst versorgen kann.

Weder die offiziellen Dokumente noch die wenigen Interviews mit SL-Kadern lassen Rückschlüsse darüber zu, ob SL hiermit ein Modell nationaler Autarkie und der Abkoppelung vom Weltmarkt vertritt. Vielmehr scheint es sich um eine, den aktuellen Bedingungen des Krieges angepaßte Strategie zu handeln, deren derzeitiges Hauptziel die Festigung regionaler Basen (deshalb: Selbstversorgung sichern), die Unterbindung der Marktproduktion und das Aushungern der Städte ist. So gelingt es z.B. der peruanischen Regierung seit Monaten nicht, zehntausende Tonnen Mais, die in der Urwaldstadt Pucallpa lagern, nach Lima zu transportieren, da SL die Hauptverbindungsstraßen jederzeit unterbrechen kann.

Unserer Meinung nach geht es in den „roten Zonen" (noch ?) nicht um den Aufbau neuer, alternativer Produktionsverhältnisse, sondern allein um die Schwächung der herrschenden Marktstrukturen und die Etablierung einer politischen Gegenmacht.

Gewalt und Machtergreifung

Gewalt ist die Geburtshelferin der Geschichte (Marx) und damit für die PCP-SL die unabdingbare und logische Bedingung bei der Zerstörung des Bestehenden und dem Aufbau der neuen Ordnung. Der Volkskrieg rechtfertigt jeden Ansatz von Gewalt, wenn er dem Ziel der Machtergreifung dient (S. 31).

Teil „revolutionärer Gewalt" ist (nicht erst seit Lenin) auch der gezielte Einsatz von Terror gegen Einzelne („Charaktermasken" des Regimes) wie gegen Gruppen („weiße Dörfer", d.h. mit der Armee kollaborierende Dorfgemeinschaften).

Unseres Wissens lehnt keine Guerilla den gezielten Terror gegen Repräsentanten des Unterdrückungsapparates (z.B. Generale, Politiker) oder die „Hinrichtung" von Verrätern und Spitzeln in den eigenen Reihen ab. Unterschiedliches Vorgehen gibt es erst bei gezielter Gewalt gegen „Teile des Volkes". Hierbei angewandte Formen des Terrors von Seiten einiger Befreiungsbewegungen sind: Zwangsrekrutierung, militärische Angriffe gegen Dörfer und Vertreibung nicht sympathisierender Bevölkerungsteile, die Einführung von Todesstrafe in kontrollierten Gebieten, die Durchführung von Straßenblockaden und „bewaffneten Streiks", d.h. das mit Gewalt durchgesetzte Verbot, irgendeiner wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen, oder die militärische Bekämpfung von Zivilpatrouillen.

In Guatemala beispielsweise entschieden sich die Guerilla-Verbände nach anfangs unterschiedlichem Vorgehen gegenüber den zwangsrekrutierten Zivilpatrouillen dafür, diese nicht mehr automatisch und in ihrer Gesamtheit als Feind anzusehen und militärisch zu bekämpfen. In El Salvador hat die FMLN Dorfgemeinschaften in von ihnen beanspruchten Zonen, die nicht mit ihnen kooperieren wollten oder sich zumindestens „neutral" verhalten wollten, gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen.

In Peru trifft SL unseres Wissens nach seine Entscheidungen nicht entlang der Frage, ob die Zivilpatrouillen freiwillig oder erzwungen worden sind, ob sich die Dorfgemeinschaft aufgrund militärischer Pressionen von Seiten der Armee gegen SL

entschieden hat oder nicht, sondern einzig und allein nach der Frage: Bist du mit uns oder gegen uns? Hierin kommt eine extreme Polarisierungsstrategie zum Ausdruck, deren Ziel der Zwang zur Entscheidung zwischen Armee und SL ist. Zwischen oder neben diesen beiden Kräften wird nichts zugelassen. Teil dieser Polarisierungsstrategie ist die Vorstellung, daß hierdurch die „Faschistisierung des Staates" vorangestrieben wird, also die Repression offensichtlicher, breiter und wahlloser wird und so für SL den Umweg über eine langjährige Bewußtseinsarbeit in einer in großen Teilen analfabetischen, quechua-sprachigen Campesinobevölkerung verkürzt. In Ayacucho dürfte es mittlerweile kaum eine Familie geben, die nicht Opfer durch Massaker der Regierungsstreitkräfte oder „Verschwundene" zu beklagen hat. Daß sich diese Menschen auf die Seite der Regierung stellen, wird nicht funktionieren.

Den Unterschied der PCP-SL zur Guerilla-Bewegung in anderen Ländern und Kontinenten sehen wir darin, daß SL alles dem einen Ziel der gewaltsamen Machtergreifung unterordnet. Die Frage ist zunehmend nicht mehr die nach der sozialen Klassenzugehörigkeit, sondern allein die nach der politischen Zuordnung, reduziert auf die beiden militärisch operierenden feindlichen Kräfte: Armee und SL bzw. „Konterrevolution und Revolution".

Da man ja eine „historische Mission" im Auftrag der Massen erfüllt und den von Marx, Lenin, Mao und Gonzalo aufgestellten historischen Gesetzmäßigkeiten zum Sieg verhilft, sind die auf diesem Weg notwendigen Opfer für SL gerechtfertigt. Nicht die Hoffnung auf eine möglichst rasche Endoffensive bestimmt die politische Aktion, sondern die Überzeugung, daß die Partei in fünf oder fünfzehn Jahren an der Macht sein wird.

SL ist von Anfang an mit einer anderen Perspektive und Zeitvorstellung in Strategie und Taktik angetreten als frühere Bauernguerillas in Peru.

Die Aufstände waren aus der gewerkschaftlichen Organisation der Bauern hervorgegangen. Erst spät kamen (städtische) Kader sich revolutionär definierender Gruppierungen hinzu. Der Parteiaufbau war zweitrangig, er sollte aus der Aktion entstehen. Die Partei, wie immer sie ausgesehen hätte, sollte ein breites Klassenbündnis ermöglichen und enthalten. Die damalige Neue Linke aber blieb im wesentlichen in der Stadt und disputierte über die Notwendigkeit des Guerillakampfes; die Kenntnisse über Land und Leute, über Bündnispartner und Strategie waren nach Einschätzung der damals an den Aufständen Beteiligten mager. Diese Fehler versucht SL zu vermeiden, vor allem durch die lange Vorbereitung auf dem Lande.

Sendero und die Linke

Das Verhältnis der PCP-SL zur peruanischen Linken bestimmt sich nicht aus der Analyse der Klassenverhältnisse und einer hieraus abgeleiteten Bündnispolitik. Für SL ausschlaggebendes Kriterium ist der politische Standort. Sobald das militärische Kräfteverhältnis es zuläßt, duldet SL keine anderen Parteien oder Organisationen neben sich, die seine Hegemonie nicht anerkennen bzw. sich nicht organisatorisch unterordnen und eingliedern wollen. Dies gilt für alle politischen Kräfte, seien sie rechts oder links, bürokratisch-paternalistische Partei oder Volksorganisation, pazifistisch oder militant, usw. Der Führungsanspruch der PCP-SL ist absolut.

Unserer Meinung nach zeigt sich hier der vielleicht gravierendste Unterschied zu Befreiungsbewegungen anderer Länder und Kontinente. Im lateinamerikanischen Kontext erscheint uns Peru als das Land mit dem höchsten politischen Organisationsgrad. Neben historisch-traditionellen Organisationsformen der Dorfgemeinschaften auf dem Land sind hier vor allem jene Strukturen gemeint, die während der ersten Reform-Junta der Militärs (General Velasco 1968-1975) angelegt wurden, sich rasch ausdehnten und sich dann zunehmend regierungsunabhängig artikulierten. Dies gilt für die kleinbäuerlichen Verbände und Kooperativen ebenso wie für Gewerkschaften und unzählige Nachbarschafts-, Barrio- und Volksorganisationen in den Städten. Etwa seit 1980 schlägt sich dies wahlpolitisch in einem Drittel der Stimmen für sozialistische und linksextreme Parteien nieder.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Linksspektrum nicht nur die sieben sozialistischen bis linksradikalen Parteien des Wahlbündnisses „Vereinigte Linke" (IU) umfaßt, sondern auch außerhalb der IU und des Parlaments stehende Parteien, wie die Demokratische Volksunion (UDP) oder die ihr politisch nahestehende linksnationalistische Guerilla (MRTA). Auch die unabhängigen, selbstorganisierten Verteidigungskomitees der Kleinbauern (Rondas Campesinas) und die regionalen „Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes" (FEDIP) haben eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Diskussionsforum aller oben genannten Linksgruppierungen ist die „Asamblea Nacional Popular" (ANP = Nationale Volksversammlung), deren Ziel die Schaffung einer linken Einheitsfront ist. SL kritisiert auch diesen breiten und radikalen Zusammenschluß der Linkskräfte und beteiligt sich nicht an der ANP.

Es ist offensichtlich, daß SL an seiner Polarisierungsstrategie und dem dazu gehörigen Freund-Feind-Schema festhält. Konkret kann dies bedeuten, daß für SL ideologisch nahestehende Organisationen zum Hauptfeind werden, da „den Massen" ansonsten die Trennung zwischen „uns und denen" nicht klar wird. Dies hatte z.B. um die Jahreswende zur Folge, daß einzelne IU-Repräsentanten und IU-Bürgermeister stärker von Todesdrohungen und Angriffen Sendero Luminosos betroffen waren, als Führungspersönlichkeiten der Rechtsparteien oder Militärs. Gleiches gilt bezüglich des Verhältnisses zur zweitgrößten Guerilla des Landes, der MRTA. Alle Versuche der Annäherung zwischen SL- und MRTA-Guerillos wurden von der Leitung untersagt bzw. blutig unterbunden. Es gibt keine Aktionseinheit zwischen den Guerillas und in Gebieten des zentralen Hochlandes (z.B. Junin) oder des Tieflandes (z.B. Alto Huallaga). Dort, wo sich beide Organisationen direkt gegenüberstehen, kommt es immer wieder zu blutigen bewaffneten Zusammenstößen. Ergänzend zur gesellschaftlichen Spaltung, die Resultat einer gescheiterten kapitalistischen Modernisierung ist, soll der Volkskrieg die politische Spaltung in zwei eindeutig identifizierbare Lager vorantreiben. Mit Hilfe einer radikalen Polarisierungsstrategie sollen alle, sich noch zwischen den beiden Antipoden Staatsapparat und PCP-SL — „Konterrevolution und Revolution" — bewegenden gesellschaftspolitischen Kräfte zur Entscheidung gezwungen werden.

Nachdem SL das politische Vakuum, die nicht organisierten Sektoren in weiten Teilen des andinen Hochlands und die kulturell entwurzelten Jugendlichen der barriadas vergleichsweise leicht erreichen und agitieren konnte, stößt Sendero jetzt an seine „natürlichen Grenzen": die organisierten Volkssektoren auf dem Land (Rondas Campesinas, Bauernligen) und in der Hauptstadt (Nachbarschafts- und Stadtteilorganisationen, Selbsthilfekomitees, Parteien, Gewerkschaften). Das Problem, das sich SL hier stellt, kann für ihn größer werden, als die Konfrontation mit Armee oder Polizei, denn hier stehen sich ein linkes, basisdemokratisch orientiertes und ein linkes, autoritäres Modell gegenüber.

Soziale Basis Senderos

Einschätzungen und Qualifizierung der PCP-SL als „inkaischer Pol-Potismus", „mittelalterliche Barbarei" oder schlicht „Terroristen" gehen am Kern des Phänomens Sendero Luminoso vorbei.

SL ist eine in der jüngeren peruanischen Gesellschaft gewachsene fest verankerte Bewegung. Selbst wenn der Kreis der überzeugten SL-Kämpfer und Anhänger nur einige tausend bzw. zehntausend Personen umfassen sollte, ist sein Rekrutierungs- und Zerstörungspotential aufgrund der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise unbegrenzt.

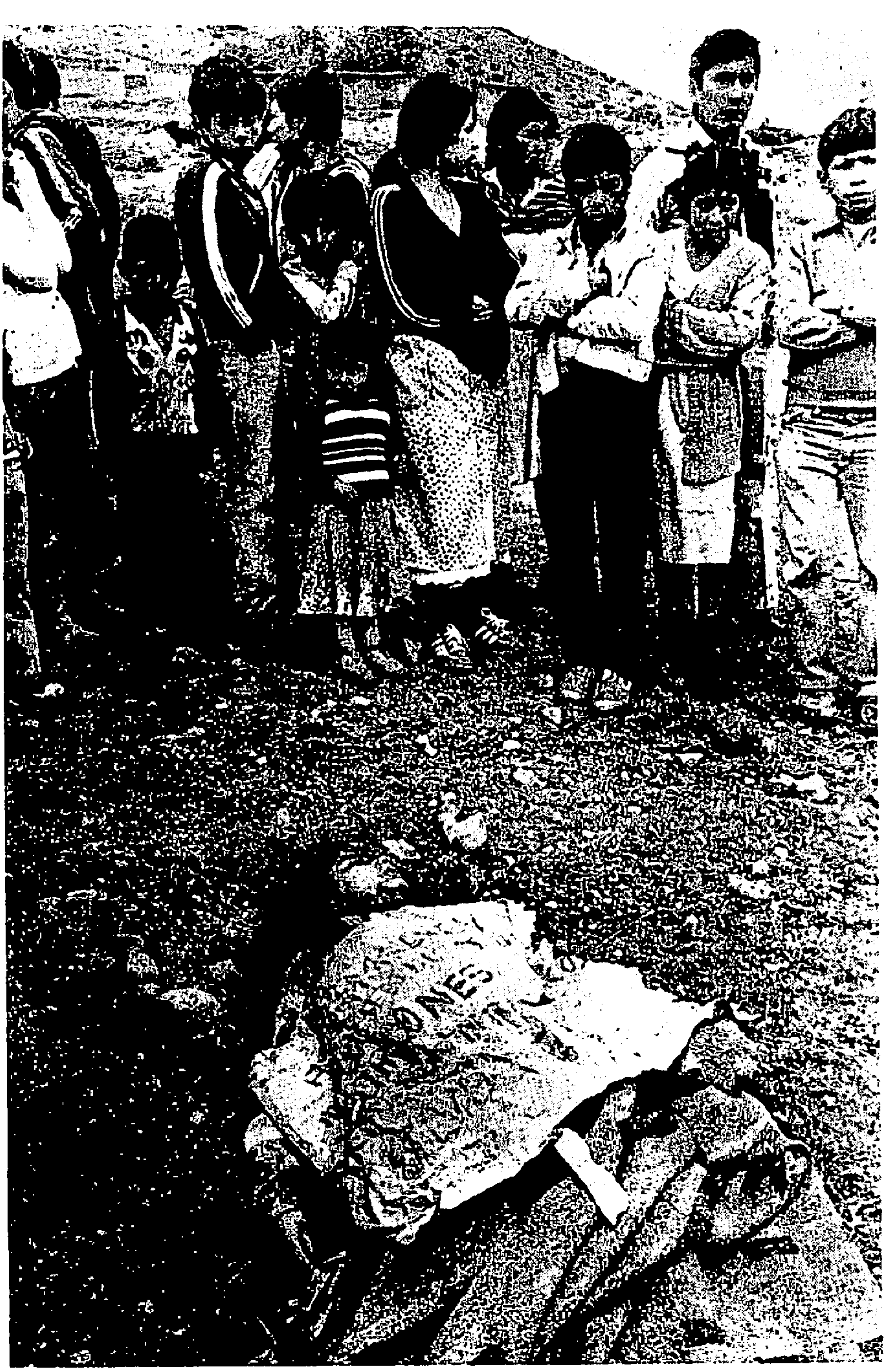
Wachstum und Anziehungskraft von SL sind nur im Kontext der jüngeren peruanischen Geschichte und dem Scheitern des „Dritten Weges" zu verstehen.

Unabhängig davon, wie man die Zeit der Militärjunta (68-75) beurteilt, ist unumstritten, daß vor allem die Erziehungs- und Agrarreform tiefe gesellschaftliche Veränderungen bewirkten; auch wenn sie, gemessen an ihren eigenen sozialpolitischen Zielsetzungen als gescheitert angesehen werden müssen.

Die damalige Erziehungsreform hat für viele Bauernsöhne eine Schulbildung auf der secundaria ermöglicht, oft sogar den Zugang zur Universität eröffnet. Ergebnis war die Einsicht in die eigene prekäre Lage,

die Marginalisierung und die fehlenden Alternativen für die eigene Zukunft. Es nutzte nichts, zweisprachig zu sein, sich der mestizisierten Welt anzunähern: Auf dem Lande war ein Leben in Würde unmöglich.

Während der Militärregierung von Velasco Alvarado gab es im Sinne der genannten Reformen eine minimale staatliche Präsenz auf dem Land. Nach dem Ende des Reformversuchs blieb das Land den lokalen Mächten, der Präsenz der Polizeieinheiten und der Kirche wieder überlassen, war aber nicht abgeschieden genug, um nicht doch auch Opfer der sich seit Mitte der 70 Jahre rapide verschlechternden wirtschaftlichen Situation zu werden. Insbesondere die sowieso bescheidenen Mittelschichten der Provinzstädte wie Ayacucho bekamen dies zu spüren.



Von Sendero als Konterrevolutionär hingerichteter Schüler

Die sich immer weiter verstärkende Abwanderung in die Städte hat zu großen Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung geführt: die Mestizen sind inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Perus. Die Jugendlichen, die an den Demokratisierungsprozessen durch die Erziehungsreform teilhatten, haben eine besondere Empfindsamkeit für die nicht vorhandenen Chancen innerhalb der Gesellschaft entwickelt. Sind sie es doch, die die indianische Herkunft mit den westlichen Werten des städtischen Perus, die Traditionen mit den Ergebnissen der steckengebliebenen Modernisierung verbinden müssen. Für peruanische Autoren sind die Parallelen zur Situation Perus im 16. Jahrhundert evident (z.B. Flores Galindo): in beiden Fällen erscheinen die Jugendlichen abgeschnitten von der Zukunft, ohne Chance, zur Faulenzerei verurteilt. Damals im 16. Jahrhundert führte dies zu einigen aussichtslosen Rebellionen gegen die Kolonialherrschaft.

Die Jugendlichen sind unabhängig von ihrer Herkunft in einem größeren Maß für den Gedanken der radikalen Umkehr, der Zerstörung des Alten für das Neue offen. Ihnen reicht die radikale Ablehnung des Heute, weder soziale Kosten noch politisches Zukunftskalkül stehen im Weg. Die Sicherheit der marxistischen Analyse gegen die Unsicherheit des eigenen Lebens, die reine Unbedingtheit des Handelns jetzt gegen die korrupte Umwelt und Gesellschaft sind Hoffnung genug.

Festzuhalten ist, daß die von den Militärs durchgesetzte Agrarreform die absolute ökonomische und politische Macht der Großgrundbesitzer brach, sie aber nicht durch neue soziale Führungskräfte, wie z.B. Bauernführer oder Agrartechniker ersetzte. Die Folgen der Auflösung jahrhunderte alter feudaler Machtstrukturen ohne Aufbau neuer Strukturen war ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und die Abwanderung tausender landarmer Kleinbauernfamilien in die Städte, vor allem nach Lima.

Der kleine industrielle Sektor der Stadt war nicht in der Lage, diese Migrantenmassen zu proletarisieren, wodurch eine Inte-

gration in die Klassengesellschaft verhindert wurde.

Es entstand eine Zwei-Sektoren-Gesellschaft mit einem integrationsfähigen, organischen Sektor (Lohnarbeit) und dem mit 50 bis 65 Prozent größeren, marginalisierten Überlebenssektor (Gelegenheitsarbeiter, Straßenhändlerinnen).

Sendero bietet den in jeder Beziehung Entwurzelten über einfache Parolen und Aktionen Möglichkeiten der Identifikation und Integration. Die Frustrationen der Marginalisierten versucht Sendero politisch zu kanalisieren und die in Gesellschaft und Individuum vorhandene Gewalt in revolutionäre Gewalt zu überführen.

Soziopolitisch wie kulturell hinterließen die Reformen Velascos ein Vakuum, in das Sendero Mitte der 70er Jahre leicht eindringen und das er besetzen konnte. Es ist nicht zu leugnen, daß SL zunächst in Teilen der zentralandinen Provinzen nicht nur Macht und Autorität repräsentierte, sondern auch breite Sympathie bei den seit Jahrhunderten vergessenen campesinos genoß.

Die Schicht der „Mestizisierten", der „Gebildeten" stellt sicherlich innerhalb des SL die Kader und die militärische Führung. Es wäre aber falsch, über die breite Beteiligung — vor allem in der Anfangsphase — und Mobilisierung der indianischen Bauern hinwegzusehen. Es ist ausgeschlossen, sich ihre Beteiligung nur mit Zwangsmaßnahmen von seiten des SL zu erklären. Durch die eigenen Erfahrungen im Leben und Alltag auf dem Lande werden die Kader der ersten Generation erfahren haben, daß die viel beschworene indianische Gemeinschaft eher Ausdruck einer gewünschten Geschichte denn der Realität ist. Der Zusammenhang der andinen Region war immer bruchstückhaft; nicht zuletzt diese verschiedensten langjährigen Auseinandersetzungen zwischen comunidades konnte sich SL zunutze machen. So hatte es zunächst den Anschein, als sei SL eine regionale Bewegung gegen kapitalistische Modernisierung, die für die andinen Bauern nur Rückständigkeit und Ausbeutung gebracht hatte.

Die Schwäche des Staates

Der Staatsapparat steht dieser Entwicklung relativ hilflos gegenüber, da er in zentralen Verantwortungsbereichen keine bzw. nicht mehr die entscheidende Macht ausübt: er hat keine territoriale Kontrolle mehr, der Justizapparat ist paralysiert, die Sicherheitsorgane sind nicht mehr voll einsetzbar (Zunahme von Polizeistreiks; Entstehung von Todesschwadronen), und in vielen ländlichen Regionen ist der Staat personell und logistisch nicht mehr präsent. Das Militär ist repressiv, aber uneffektiv, da es zur Landesverteidigung ausgebildet und ausgerüstet ist (Panzer, Kampfflugzeuge), aber nur begrenzt zur Anti-Guerillabekämpfung (leichte Waffen, Hubschrauber).

Die wachsende Kraft Sendero Luminosos beruht demnach zu einem großen Teil auf der Schwäche des Staates und seiner Ordnungsorgane.

SL hat diese Entwicklungen eher und deutlicher als andere Organisationen analysiert und entsprechend vorangetrieben. Entstanden als Aufstandsbewegung mit regionalem Bezug (Ayacucho) hat SL seinen Aktionsradius auf nahezu das ganze Staatsterritorium ausdehnen können, obwohl der Repression der Jahre 1983/84 ein großer Teil seiner politischen Kader zum Opfer fiel. Auch wenn die „zweite Generation" nicht mehr die gleiche gründliche politisch-militärische Ausbildung hat und es zeitweilige Rückschläge gab (z.B. in Puno 1987), haben die Partei und ihre Unterorganisationen nie ihren inneren Zusammenhang verloren.

Die Einheit der Partei, ihr Führerkult (Presidente Gonzalo) und ihre Gradlinigkeit hinterlassen beim „kritischen Intellekturellen" zwar eher Zweifel und Ablehnung, aber bei großen Teilen der ökonomisch und kulturell marginalisierten Ex-Kleinbauern und Nicht-Proletarier auch Zustimmung.

Eine durch Gewalt, Hunger und Perspektivlosigkeit gekennzeichnete Gesellschaft gibt kaum mehr eine Basis für demokratische und friedliche Lösungen ab. Das Versagen aller bisher versuchten Politikmodelle (Militärdiktatur, rechts- und linkspopulistische gewählte Regierungen) gibt Raum für radikale Schritte und erklärt den Zulauf vor allem arbeitsloser, marginalisierter Jugendlicher zum SL.

Es läßt sich generell nicht feststellen, wieviel Unterstützung durch Druck und Terror erzwungen wird und wieviel Unterstützung freiwillig und mit Überzeugung gegeben wird. Dies ist sicher von Region zu Region unterschiedlich und vom Grad der Konfrontation abhängig. SL aber als „Hirngespinst ausgeflippter Universitätsprofessoren" oder „kleinbürgerlich-blanquistische Terroristen" abzutun, wird nicht ausreichen, die Basis des Senderismus zu begreifen.

Lina Andina

Basisliteratur:

El diario: presidente Gonzalo rompe el silencio („Reportaje del siglo"), Lima 1988

Alberto Flores Galindo: Buscando un inca, Lima 1987

Henry Favre: Sendero Luminoso y horizontes ocultos, México 1987

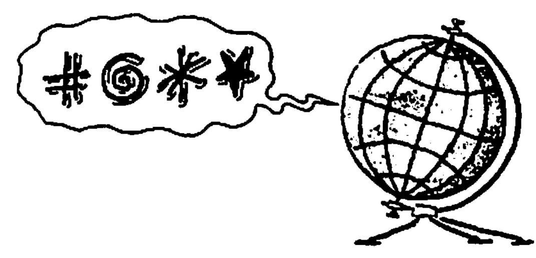
Eleonore von Oertzen (Hrsg.): Revolution und peruanische Wirklichkeit, Ausgewählte politische Schriften von José Carlos Mariátegui, Frankfurt 1987

Manuel Jesús Granados: El PCP-Sendero Luminoso: Aproximaciones a su ideología, in: Socialismo y Participación Nr. 37, Lima 1987

Que hacer (Zweimonatszeitschrift) Nr. 39, 46, 48, 50, 57, 59, Lima.



Alle für die Eine Welt?



Was für die Informationswoche „Eine-Welt-für-alle" geplant ist; warum und von wem die Kampagne kritisiert wird

Eine Projektwoche vom 4. bis 13. Mai 1990 soll dazu beitragen, daß die breite Öffentlichkeit die „eine Welt als Lebensgrundlage aller" erkennt. Dazu wollen Hilfswerke, Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen aus Entwicklungspolitik und Umweltschutz eine Informationskampagne durchführen, die in Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geplant wurde und an der sich auch Presse und Hörfunk beteiligen sollen.

Die Veranstalter der Kampagne gehen von der Erkenntnis aus, daß es in den Industrieländern keine Zukunft geben wird, wenn die Menschen in der Dritten Welt nicht wesentlich mehr Lebenschancen bekommen. „Wer leben will, muß wollen, daß alle leben können, unter gleichen Bedingungen"; heißt es in einer auflagenstarken Kurzbroschüre der Projektträger.

An der Kampagne wird seit Jahren gearbeitet, erst im Stillen, jetzt für die meisten Interessierten unübersehbar. Die Initiative geht von den drei großen Hilfswerken und vom Fernsehdirektor des NDR, Rolf Seelmann-Eggebert, aus. Die maßgeblichen Planer der Kampagne haben vor knapp fünf Jahren auch am „Tag für Afrika" mitgewirkt. Die Art, wie damals die „Hungerkatastrophe" dargestellt wurde, stieß auf heftige Kritik: Es sei zwar viel Spendenwerbung betrieben worden, aber die nötigen Bewußtseinsanstöße hätten gefehlt. Dieser Kritik stimmen längst auch die damals beteiligten Organisationen zu. Deshalb soll die neue Kampagne zur Informationsvermittlung dienen und ausdrücklich jedes Spendensammeln unterlassen.

Inhalte der Kampagne

Um der breiten Öffentlichkeit die Verantwortung der reichen Industrieländer verständlich zu machen, sollen im Rahmen der Woche vornehmlich vier Themenbereiche angesprochen werden:

— das Weltwirtschaftssystem und seine ungerechten Strukturen
— der ökologische Raubbau in Nord und Süd
— Rüstungsproduktion und Kriege entgegen Gerechtigkeit und Frieden
— Situation und Zukunftschancen der Jugend in der Dritten Welt.

Das Thema „Ökologie" wird vermutlich besonders hervorgehoben sein, schon allein wegen der Akzentsetzung bei den beteiligten Rundfunkanstalten (zu den Fernsehplanungen siehe Kasten S. 44).

Das Inhaltepapier[1] mit den Grundaussagen der Kampagne beschreibt für jeden Themenbereich die bestehende Situation, formuliert anschließend die notwendigen Handlungsfelder der Zukunft und folgert daraus Möglichkeiten für das Engagement. Die Vorschläge für das Engagement sind nach den drei Zielgruppen der Kampagne unterteilt. Sie richten sich zum einen an jeden einzelnen persönlich, zum andern an Gruppen, Organisationen und Körperschaften sowie drittens an die politische Ebene. So wird etwa zu Problemen der Weltwirtschaft der Einzelne aufgefordert, z.B. beim Einkauf auf die Herkunft der Waren zu achten, während kommunale Einrichtungen wie Großküchen zur Nutzung von Lebensmitteln aus dem „alternativen Handel" angeregt werden und von Politikern gefordert wird, Stabilisierungsmaßnahmen im Rohstoffbereich zu unterstüzen oder für den Abbau der Verschuldung der südlichen Länder einzutreten.

Kooperation erwünscht für große Aktionen

Die Trägerorganisationen gehen davon aus, daß ihre Kampagne nur gelingen kann, wenn einerseits die Kooperation mit den Medien so eng wie möglich und zum andern die Beteiligung vieler kleiner Initiativen gesichert ist. Die Hilfswerke und Wohlfahrtsverbände bemühen sich deshalb, daß die Informationen nicht nur durch Fernsehröhren oder Zeitungsspalten kommen. Die Bevölkerung soll vielmehr auch in direkten Begegnungen sensibilisiert werden.

Geplant sind zum einen vier bundesweite Aktionen. Als Auftaktveranstaltung, die in der Frankfurter Alten Oper stattfinden soll, ist eine Talk-Show mit prominenten Vertreterinnen aus Süd und Nord geplant, zu der der Bundespräsident um eine Eröffnungsrede gebeten wird. Alternativen zur derzeitigen Einkaufs- und Handelspraxis soll eine Kaffeekampagne vorführen, die am niederländischen Vorbild des „Max-Havelaar-Kaffee" orientiert ist. Drittens ist geplant, „Weltoffenes Gemeinde-Engagement" in einzelnen Orten auszuzeichnen, um so den positiven Umgang mit Menschen aus der Dritten Welt in der BRD zu unterstützen. Mit Blick auf die Bundestagswahl ist eine entwicklungspolitische Befragung von Regierenden und Abgeordneten in den Wahlkreisen vorgesehen, wobei die Antworten der Regionalpresse übergeben werden sollen.

Speziell die zwei zuletzt genannten Aktionen können nur bei Beteiligung von engagierten Gruppen in den einzelnen Städten oder Regionen gelingen. Deshalb versuchen die Veranstalter, dort möglichst viele Fachstellen und Gruppen dazu zu bewegen, im Rahmen der Kampagne an Veranstaltungen mitzuwirken oder eigenständige Aktionen vorzubereiten. Sie versprechen, daß nicht länger Einzelstimmen, sondern ein unüberhörbares Konzert zu hören sein werde.

Chance, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen?

Für Dritte-Welt-Läden, entwicklungspolitische Arbeitskreise und Projektgruppen scheint es nie bessere Möglichkeiten gegeben zu haben, nun wirklich die „breite Öffentlichkeit" anzusprechen. Die „breite Öffentlichkeit" war oft genug erklärtes und nicht erreichtes Ziel von Aktionen, mit denen über die Verhältnisse in der südlichen Hemisphäre und ihre Beziehungen zum Norden unterrichtet wurde. Deshalb überlegen sich jetzt viele Leute, daß sie trotz restlicher Skepsis bei der „Eine-Welt-Woche" mitmachen sollten.

Gewisse Hoffnungen auf die Medienwoche „Eine-Welt-für-alle" setzten auch einige Informationsbüros und Redaktionen von einschlägig bekannten Zeitschriften, die sich seit Jahren um entwicklungspolitische Bildung bemühen (Wir nicht, d. Red.). Sie hörten von den Planungen erstmals vor elf bis sechzehn Monaten, als die ersten größeren Vorbereitungssitzungen für die Woche stattfanden. Bei näherem Hinsehen aber wurde die Skepsis immer stärker.

Ablehnung der Kampagne

Organisationen wie **terre des hommes, medico international, Aktion Solidarische Welt**, die zur Vorbereitung eingeladen waren und an den ersten Treffen teilgenommen hatten, lehnten das Vorhaben nach und nach ab. Kleinere Organisationen wie **Aktion Selbstbesteuerung** und **Weltfriedensdienst**, die zur Kampagne zunächst nicht eingeladen waren, hatten sich auch frühzeitig gegen die „Eine-Welt-Woche" ausgesprochen. Dezidierte Kritik kam auch

vom Koordinierungskreis der „Publizistischen Initiative". Auf dem BUKO in Hamburg schließlich wurde nach einem Workshop zur Diskussion über die Medienkampagne die Plenardebatte mit dem eindeutigen Votum abgeschlossen, daß sich der BUKO an der Medienkampagne nicht beteiligt.

Die Gründe der Ablehnung sind vielfältig. Die Kritiker fragen vor allem immer wieder: Was sind eigentlich die Lehren, die die Organisatoren aus dem „Tag-für-Afrika" behaupten gezogen zu haben? Die einzige konkrete Antwort der Kampagnenplaner lautet bisher, daß keine Spenden gesammelt werden. Das ist aber noch keine Informationskampagne, sagen Kritiker aus den genannten Organisationen.



Ein kurzfristiges Medienereignis, so die Aktion Solidarische Welt, verführe eher zu sensationellen Darstellungen und spektakulären Shows, die mehr schaden als nützen. Gesellschaftliche Widersprüche und weltwirtschaftliche Interessenkonflikte würden ausgeklammert oder auf eine moralisierende Ebene gebracht: „Wir sitzen alle in einem Boot". Die Woche bezieht sich auch nicht auf konkrete politische Ereignisse wie bei der IWF-Kampagne 1988. Die Medienwoche wurde z.B. extra noch terminlich vom Bundestagswahlkampf 1990 weggesetzt.

Zur Motivation der Woche sagen selbst Mitarbeiter kirchlicher Stellen, die Hilfswerke führten die Kampagne entgegen ihrer Beteuerung letztlich doch mit der Absicht und der sicheren Ahnung durch, daß die Spendenkonten anschließend großen Zuwachs verzeichnen.

Doch auch unabhängig von solchen Vermutungen sind viele Gründe genannt, die die Durchführung oder eine Beteiligung an der Kampagne hinterfragen:

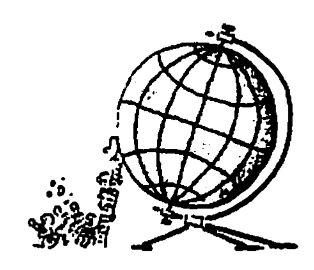
... wegen der inhaltlichen Plattform

Das inhaltliche Grundlagenpapier habe trotz aller richtigen und guten Aussagen einige Widersprüche und Schwächen. So bleiben z.B. bei den Themen „Schulden" und „Waffenexporte" die politischen Forderungen hinter dem zurück, was Stand der Diskussion oder sogar Stand der bundesdeutschen Gesetzgebung ist. Auch die Analyse zur Bevölkerungsentwicklung wird nicht überall akzeptiert. Weitere Kritik an dem Papier richtet sich gegen Aussagen zur Rolle von Bundesregierung und Konzernen. So verschweigt die Plattform ständig die konkreten Namen derer, die an den beklagten Mißständen vorrangige Schuld tragen.

Außerdem: Die Handlungsvorschläge hinken der Analyse noch weit hinterher. Die Forderungen an die Politiker sind windelweich formuliert. So sagen am Ende manche Kritiker, das Inhaltepapier sei blutleer und formlos, lediglich ein blasser und zudem unverbindlicher Kompromiß. Durch die Beteiligung staatlicher und halbstaatlicher Stellen werde die Kraft der Kampagne zur nötigen Kritik gedämpft.

... weil die Mitverantwortung der Massenmedien mißachtet wurde

Nach Infratest-Meinungsumfragen im Auftrag des BMZ sind die breiten Schichten, bei denen das Fernsehen als Hauptinformationsquelle dient, trotz TV-Bemühungen nicht bereit, ihre Einstellung zur Entwicklungspolitik zu ändern. Das BMZ selbst folgert daraus: „Es ist sehr schwierig, den Informationsstand der Bürger über entwicklungspolitische Fragen zu verbessern und mehr Wissen als bisher zu vermitteln". Die Idee, daß mit dem Fernsehen ausgerechnet diejenigen zu einer anderen Haltung gelangen, die die wenigsten Kenntnisse und Interessen bzgl. „Dritter Welt" haben und von der sonst üblichen Informationsarbeit der Hilfswerke oder Aktionsgruppen nicht erreicht werden, muß auch wegen Forschungsresultaten zur „wachsenden Wissenskluft" in Frage gestellt werden.



Der Koordinierungskreis der „Publizistischen Initiative", dem der Autor angehört, weist auf Versäumnisse der beteiligten Rundfunkvertreter hin: Programmgestalter hätten bei ihren Planungen eine selbstkritische Diskussion über die Formen führen müssen, in denen die Dritte Welt in den Medien präsentiert wird. Menschen der Entwicklungsländer scheinen in der Maiwoche wieder einmal fast nur als Objekte vorzukommen, die gezeigt und vorgeführt werden. Man findet keine Planungen für Sendungen, bei denen Moderation, Regie oder Produktion in den Händen von Vertretern der Dritten Welt liegen.

Der Begriff der „Neuen Internationalen Informationsordnung", über den bedeutende Organisationen wie die UNESCO jahrelang diskutiert haben, taucht in den Protokollen und Papieren der Vorbereitungssitzungen kein einziges Mal auf.

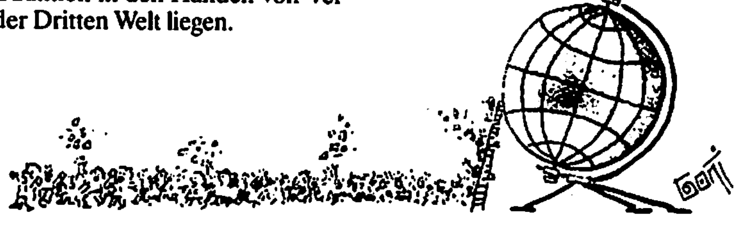
Der Koordinierungskreis der „Publizistischen Initiative" deutet auch noch ein anderes Problem an: Einstellungen zur Dritten Welt werden stark dadurch geprägt, daß in thematisch anderen Sendungen unterschwellige Aussagen über die „fremden Menschen" vermittelt werden: In Vorabendserien, Unterhaltungsshows und vielen anderen Sendungen werden unausgesprochene Rassismen und Vorurteile verbreitet, die die festsitzenden Klischees immer wieder bestätigen.

Das Massenmedium Fernsehen ist daher in erster Linie nicht das Transportmittel oder die Schubkraft für die Kampagne der entwicklungspolitischen Organisationen, sondern eher ein wichtiger Verstärker für die Ignoranz, gegen die die Kampagne ankämpfen soll. Solche Urteile werden auch von der Medienforschung gestützt.

... Fehleinschätzung von Wirkungen einer Medienkampagne

Mediale Botschaften hatten bei anderen Kampagnen nicht die erhoffte Wirkung. So ließen sich Verhaltensweisen im Straßenverkehr, gegenüber dem Rauchen und zu AIDS durch eine Kampagne des Fernsehens unter anderem deshalb nicht genügend ändern, weil dasselbe Medium in anderen Sendungen unterschwellig genau entgegengesetzte Aussagen macht: Der starke Held raucht, der Privatagent rast mit quietschenden Reifen durch die Stadt, und während der fernsehüblichen Bettszenen geraten Kondome nie in den Blick, auch nicht in Andeutung oder in Verpackung auf dem Nachtkasten. Vorurteile über die Menschen der südlichen Länder werden in ähnlichen Formen vielfältig bestätigt. (Zum Bild der Dritten im Fernsehen: siehe Kasten).

Gegen eine Erfolgsaussicht der „Eine-Welt-Woche" sprechen zwei weitere Erfahrungen: Selbst bei längerer Laufzeit als die der geplanten Medienwoche hatten andere Kampagnen nur bescheidenen Erfolg. Ferner konnten bereits andere Kampagnen ihre Ziele nicht erreichen, obschon die darin propagierten Verhaltensänderungen wesentlich einfacher und die Relevanz der Themen für den einzelnen Fernsehrezipienten viel eher einsichtig waren als bei der „Eine-Welt-Woche".



Für die von den Initiatoren der Medienwoche beabsichtigten Verhaltensänderungen kann das Fernsehen daher nicht als Motor betrachtet werden.

Die Medienforschung zur Theorie des „multi-step-flow of information" hat die Bedeutung der interpersonalen (d.h. zwischenmenschlichen, „unvermittelten") Kommunikation für die Medienwirkung gezeigt. Demnach läge die eigentliche Mühe bei regionalen Gruppen, die den Menschen nach dem Fernsehkonsum direkt begegnen.

Aber warum sollten Fernsehzuschauer, die sich ein freundlich sentimentales One-World-Rock-Konzert anschauen oder den Worten der Experten lauschen, hinterher in die Stadt zu ihrer Aktionsgruppe gehen? Weist das Fernsehen auf die regionalen Aktionen hin? Oder wollen die Rundfunkanstalten die von ihnen bisher übersehenen Bemühungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit positiv verstärken, indem sie darüber berichten oder dahin verweisen? Hier liegt ein weiteres Versäumnis der „Eine-Welt-Woche":

Dritte Welt im heutigen Fernsehen

Das Bild der Dritten Welt in bundesdeutschen Medien ist zwar heute detaillierter und eher „authentisch", aber immer noch erscheinen die fernen Länder oft unter den Vorzeichen von Folklore und Abenteuer, Korruption und Katastrophe. Zu welchen Ergebnissen die Analyse von Medieninhalten führt, zeigt die nachfolgende Skizze.

Spielfilme und Unterhaltung in westlichen Medien

Es überwiegen Produktionen aus Europa und den USA, bei denen die „Dritte Welt" meist nur als Kulisse für die Abenteuer weißer Hauptdarsteller vorkommt. Die Helden haben die Gefahren der Wildnis zu beherrschen. Die Einheimischen dürfen bisweilen das Schlitzohr, den Kauzigen oder den Bösewicht spielen. Über das Land erfahren wir wenig; die dort Geborenen erzählen von sich, wenn überhaupt, genau das, was der deutsche Fernsehzuschauer von ihnen schon immer erwartet hat: daß sie z.B. die Technik deutscher Autos bewundern, die junge Frau des Abenteurers umgarnen oder von alten Zeiten und Mythen plappern.

Unterschwellige Rassismen und Klischees werden ständig wiederholt und verfestigt.

Magazine und Nachrichten des deutschen Fernsehens

„Dritte Welt" wird Thema, wenn westliche Politiker hinreisen oder wenn Unruhen und Unglück einen Anlaß geben. Die hinter vielen Katastrophen liegenden Ursachenzusammenhänge werden meist gar nicht oder zu kurz beleuchtet. Was als Erklärung angeboten wird (z.B. Bevölkerungswachstum, „unfruchtbare Böden"), ist meist nur Symptom oder Folge einer viel grundsätzlicheren Krise. Der Gesamtzusammenhang von Rüstung, postkolonialen Strukturen, weltwirtschaftlichen Verflechtungen wird wegen seiner Komplexität meist ausgeblendet oder allenfalls wie ein überall gültiges Naturgesetz hingestellt (auch: „Gesetze des Marktes").

Wenn tatsächlich auch nach Hauptverantwortlichen gesucht wird, dann ist oft die Rede von ungebildeten Kleinbauern, von Rivalitäten der Stämme oder von der Korruption der Eliten. Sehr selten werden dagegen die Verantwortlichen in den Wirtschaftsunternehmen und Ministerien des Nordens benannt.

Was wir zu sehen kriegen, wird „natürlich" von weißen Korrespondenten geliefert. Das ist offenbar genauso selbstverständlich wie das umgekehrt die Fernsehzuschauer eines z.B. afrikanischen Landes einen Europäer oder US-Amerikaner, aber relativ selten einen Schwarzen auf dem Bildschirm sehen, wenn sie Berichte aus den Industrieländern gesendet bekommen.

Andreas Gayhoff

... Ausgrenzung im Planungsprozess

Ausgerechnet Infobüros, Zeitschriftenredaktionen und Aktionsgruppen, die die Informationsarbeit über die Dritte Welt schon seit Jahren als ihre wichtigste Aufgabe verfolgen, wurden zu den Vorbereitungen nicht eingeladen. Kleine Gruppen und kritische Organisationen wurden erst nach den entscheidenden Weichenstellungen zur Mitarbeit gebeten.

Prälat Herkenrath, Generalsekretär des Hilfswerks Misereor, legte bereits im frühen Sommer gegenüber einem engagierten Münchener Mitarbeiter das Bekenntnis ab, sie hätten jetzt gemerkt, daß sie die Basisgruppen viel früher und viel stärker hätten gewinnen und motivieren müssen.

... Skepsis von thematisch engagierten Journalisten

Skeptisch gegenüber der „Eine-Welt-Woche" werden in zunehmender Zahl auch Journalisten bei Funk und Presse. Sie sehen Gigantomanie und Prominentenkult bei den Fernsehveranstaltern, die ein internationales Großprojekt anlaufen lassen. Die Gefahr, daß das Publikum diese Konzentration von Sendungen zu einem Problemkreis schnell leid wird, sei mindestens so groß wie die Chance, Interesse und Motivation für verändertes Handelns zu stärken. Auch die latente Spendenmentalität im Publikum könne trotz gegenteiliger Absichten erneut angeregt werden. So äußern sich etwa Ansgar Skriver und Karl Mertes (WDR). Sie fügen hinzu, bei Korrespondentenberichten sei in dieser Woche mehr mit Quantität als Qualität zu rechnen. Die Ausnahme vom normalen Programm werde vieles reinbringen, was eine kenntnisreiche und selbstbewußte Zentralredaktion sonst ablehnt. Daß außerdem vor und nach der Kampagne die Chefredakteure viele Berichte zur Dritten Welt ablehnen mit der Begründung, das sei doch in der einen Woche genügend dran, wird vor allem von Freien Mitarbeitern der Anstalten befürchtet.

Den Kritikern erscheinen die potentiellen Schäden und Versäumnisse der geplanten Medienwoche insgesamt größer und schlimmer als die angepriesenen Möglichkeiten. Inzwischen gibt es für die Kampagne noch zusätzliche Schwierigkeiten:

Kooperation mit TV unzureichend

Die eigentlich notwendige Kooperation zwischen Sendeanstalten und den entwicklungspolitischen Organisationen ging im Laufe der Planungen immer weiter verloren. Lange Zeit betonten die Vertreter der Organisationen die Kooperation mit dem Fernsehen. Sie nutzten es wohl auch als Argument für die Kampagne, wenn sie nichts gegen den leicht erzeugten Eindruck unternahmen, sie würden das Fernsehprogramm mitbestimmen.

Genau das aber konnte der Fernsehdirektor nicht akzeptieren, was auch leicht verständlich ist. Denn man muß sich nur die rundfunkrechtlichen Bestimmungen vergegenwärtigen, nach denen das Programm nicht unter die Regie einer Partei, Lobby oder Organisation geraten darf. Um sich Ärger zu ersparen, mußte Rolf Seelmann-Eggebert den versammelten Experten der Entwicklungspolitik offenbar verstärkt einschärfen, es dürfe nicht das Bild entstehen, daß auf die Sendeinhalte andere Leute einen Einfluß nähmen als die Redakteure.

Inzwischen versuchen die Vertreter von Hilfswerken, aus dem Zwang zur Unabhängigkeit ein Argument für sich zu machen. Man hört jetzt häufiger folgende Erläuterung: Wir machen unsere Kampagne selbständig, und auch das Fernsehen ist unabhängig; es wird die Woche ohnehin durchführen; da wir an den Programmen sowieso nichts ändern können, nutzen wir einfach die „publizistische Schubkraft" aus.

Fragt sich nur, ob diese „Schubkraft" in die gewünschte Richtung schiebt oder unter den Bedingungen des Fernsehalltags den erhofften Effekt überhaupt haben kann.

Die in Europa beteiligten Fernsehanstalten haben inzwischen ein Programmschema ausgearbeitet, bei dem selbst die Vertreter von Hilfswerken gewisse Bedenken äußern (siehe dazu: Fernsehplanungen). Aber mittlerweile müssen sie manches mit Zähneknirschen hinnehmen, damit sie nicht unglaubwürdig werden. Viel zu lange haben sie sich im falschen Ruhm gesonnt, an den gigantischen Planungen eines mächtigen Fernsehdirektors beteiligt zu sein. Viel zu spät erst haben sie richtig begriffen, daß sie auf die Sendeinhalte letztlich überhaupt keinen Einfluß nehmen können.

Können Hilfswerke die Kampagne stoppen?

Es wäre verständlich und längst an der Zeit, wenn die entwicklungspolitischen Großorganisationen den Fernsehplanern mitteilen, daß sie unter den entstandenen Bedingungen keine Woche mit dem Fernsehen mehr durchführen können. Aber gerade die Hilfswerke, die sich immer auf das Wohlwollen der Anstalten angewiesen

fühlten (warum eigentlich?), können es jetzt nicht mehr wagen, sich zurückzuziehen. Außerdem gibt es unter den Verbänden (der Caritas) einige, die, wie aus seriöser Quelle zu erfahren ist, regelrecht fernsehgeil sind. Auch einige Einzelpersonen möchten mit der „Eine-Welt-Woche" offenbar vor allem ihr eigenes Image verbessern.

Dabei wäre jetzt, wenige Moante vor Start der Kampagne, eine besondere Möglichkeit da, aus dem Projekt auszusteigen und die Fernsehanstalten dahin zu drängen, ab jetzt Sendungen zu entwickeln, die entgegen dem gewohnten Programm auch unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten akzeptabel sind (Kritik am Bild der Dritten Welt in Medien siehe im Kasten). Wenn die Vertreter von Hilfswerken und vielen kleinen Aktionsgruppen, die manche Fernsehsendungen kritisiert haben, den Anstalten eine Absage geben würden, dann wäre das für die Abteilungsleiter und Intendanten wahrscheinlich ein dermaßen heilsamer Schock, daß es eine Medienwoche „Eine-Welt-für-alle" nie wieder geben wird und zu geben braucht.

Hilfswerkvertreter werden hier das Zweckargument bringen, daß sich die Medien durch soetwas wie Boykott nicht beeindrucken lassen. Bei solcher falschen Selbstverteidigung bleibt es natürlich eine utopische Idee, daß die Hilfswerke ihre Mitarbeit von selber kündigen. Sie können wohl höchstens von außen dazu veranlaßt werden. Da haben die kleinen entwicklungspolitischen Gruppen ein gutes Stück Macht: Zwar werden sie allein die Kampagne im nächsten Mai nicht mehr stoppen, aber sie können bei den Hilfswerken dafür sorgen, daß die „Eine-Welt-Woche" 1990 die letzte ihrer Art gewesen ist.

Andreas Gayhoff

Anmerkung:
1 Das Inhaltepapier ist vollständig abgedruckt in EPD 4/89

Sonntag, 6. Mai 1990:
Auftakt mit Reportagen von Krisengebieten durch die Korrespondenten der einzelnen Länder.

Sonntag, 6. Mai 1990:
Fernsehspiel: The world of our children. Über die erwartbare Migration von Süd nach Nord im Jahre 2030 (BBC-Produktion)

Sonntag, 6. Mai 1990 (anschließend an das Fernsehspiel):
Live-Diskussion europäischer Spitzenjournalisten mit den „world leaders". Vorgesehen ist dabei eine Schaltkoferenz mit Michail Gorbatschow, mit George Bush und Perez de Cuellar.

Donnerstag/Freitag 10./11. Mai 1990:
achtstündig vormittags und nachmittags One-World-Conference. Internationales Hearing von Experten zu sechs wichtigen Themen, wie sie in der Brundlandkommission, in der Palme-Kommission und in der Brandt-Kommission diskutiert worden sind. Live-Übertragung des Norwegischen Fernsehens, Bergen.

Samstag, 12. Mai 1990:
One-World-Concert. Live-Übertragung aus dem Hyde-Park und evtl. von Parallel-Konzerten in Simbabwe oder sonstwo.

Bei ARD und z.T. auch beim ZDF sind außerhalb des europäischen Verbundprogramms weitere Sendungen im Rahmen der „Eine-Welt-Woche" geplant:

auch im Mai 1990:
Serie Tausend Meisterwerke über Kunst aus der Dritten Welt; evtl. zusätzlich Spielfilmproduktionen der Entwicklungsländer und Kinderprogramm zum Thema.

Voraussetzungen für effektive Kritik

Mit der Kritik an üblichen Fernsehsendungen und der geplanten Medienwoche haben die kleinen entwicklungspolitischen Gruppen ein gutes Stück Macht: Zwar werden sie allein die Kampagne im nächsten Mai nicht mehr stoppen können, aber sie können bei den Hilfswerken dafür sorgen, daß die „Eine-Welt-Woche" 1990 die letzte ihrer Art gewesen ist.

Will man solche langfristigen und eigentlich wichtigen Ziele verfolgen, so darf der Boykott der „Eine-Welt-Woche" nicht darauf hinauslaufen, daß sich die ensprechend kritischen Gruppen still zurückziehen. Denn wer abseits steht oder bloß schmollt, kann nicht zum Ausdruck bringen, weshalb er die Kampagne ablehnt. Stattdessen muß die inhaltliche Kritik an der Medienwoche verständlich werden, und zwar vor allem für die lokalen Medien.

Die effektive Kritik an der Kampagne

und am bisher gepflegten Bild der „Entwicklungsländer" in den Medien hat mindestens drei Voraussetzungen. Die Gruppen müssen ihre Kritik vor allem allgemeinverständlich und interessant zum Ausdruck bringen. Ferner müssen sie sich zum richtigen Zeitpunkt äußern, und drittens sollten die Gruppen bis dahin ihr Verhältnis zu den Medien klären. Die zwei zuletzt genannten Voraussetzungen haben ihre speziellen Gründe.

Gegenüber den Medien sollten die regionalen Gruppen ihre Kritik nicht während der Projektwoche selbst äußern, sondern an den fünf bis vierzehn Tagen vorher. Während der „Eine-Welt-Woche" wäre die Gefahr zu groß, daß sie im lauten Rummel untergehen oder gar als Teilnehmer der Kampagne mitverstanden werden. Wenn sie sich dagegen schon kurz vorher an die Journalisten in ihrer Region wenden, ist die Chance viel größer, daß ihre Anliegen berücksichtigt werden und die Journalisten früh genug von kritischen Stimmen beeindruckt werden.

Aktionsgruppen haben ab Ende April gute Möglichkeiten, ihre Unzufriedenheit mit dem durch Medien vermittelten Bild der Dritten Welt zu erläutern. Sie können gleichzeitig darstellen, wie sich ihre politischen Anliegen von der Entwicklungspolitik der Bundesregierung unterscheiden. Womöglich stellen sie auch einen Zusammenhang her zwischen dem breiten Trend gewohnter Berichterstattung und der geringen Berücksichtigung ihrer kritischen Position.

Allerdings werden geschickte Gruppen dabei nicht den Fehler machen, sich beim Gespräch mit Journalisten darüber zu beklagen, daß ihre Botschaften nicht verstanden wurden und daß daran insgesamt „die Medien schuld" sind. Solche Vorwürfe sind nicht nur dumm, sondern in dieser pauschalen Redeweise auch faktisch falsch. Denn die Medien sind keine einheitlich agierende Macht, die, von sich aus oder womöglich von geheimen Kräften gesteuert, ein spezielles Interesse an bestimmter Darstellung der Entwicklungsländer haben. Bei vielen Leuten halten sich solche und ähnliche Mißverständnisse von journalistischer Arbeit ganz hartnäckig.

Die meisten Gruppen, die sich ein besseres Verhältnis zu den Medien wünschen, haben sich zwar über verschiedene Medienbeiträge zu Recht beschwert, besitzen allerdings häufig auch schiefe Vorstellungen über Möglichkeiten und Alltag in den Redaktionen. Dementsprechend beklagen sich Journalisten über die Art, wie sie von entwicklungspolitischen Gruppen häufig angegangen werden. Klärende Gespräche zwischen Gruppen und Pressevertretern sind nötig. Manche Journalisten versuchen sogar von sich aus, das gegenseitige Verständnis zu verbessern:

Kooperation mit engagierten Journalisten

Es gibt viele Journalisten, die zu Themen der Dritten Welt eine fortschrittliche Linie verfolgen, die aber bei den Sendeanstalten und Presseorganen bisher eher Außenseiter sind.

Es sind gerade diese Journalisten, die in zunehmender Zahl auch kritisch auf die Pläne zur „Eine-Welt-Woche" reagieren. Beim WDR in Köln, bei großen Medien in Berlin und Frankfurt und selbst beim NDR, wo der Hauptteil der Medienwoche koordiniert und vorbereitet wird, sitzen Menschen, die die Kampagne ablehnen oder mit größter Skepsis sehen. Dieser Kreis wird größer, wenn man allein an die Ausstrahlung des Dritte-Welt-Journalisten-Netzes denkt.

Genau diesen Journalisten könnte zu einer stärkeren Position verholfen werden, wenn Aktionsgruppen und Arbeitskreise die Beteiligung an der Medienwoche „Eine-Woche-für alle" geschlossen ablehnen würden.

Das wäre zugleich ein erster Schritt, damit in deutschen Medien das Bild der Dritten Welt und von entwicklungspolitischer Arbeit angemessener ausfällt. Und dadurch könnte die „breite Öffentlichkeit" wohl eher zu einem langfristig wirksamen Einstellungswandel und veränderten Verhaltensweisen veranlaßt werden.

Andreas Gayhoff

Fernsehplanungen

(siehe Kasten S. 44)

Fernsehanstalten in ganz Europa werden die „One-world-week" in ihrem Programm laufen lassen. Allerdings haben sich aus Frankreich weder TF1, noch Antenne 2 oder FR3 bisher zur Mitarbeit bereit erklärt. Die Holländer halten sich sehr zurück, und die italienische RAI hat sich wieder ganz zurückgezogen. Ansonsten aber kann die Programmdirektion der ARD stolz verküngen: „ARD-Initiative für EINE WELT ... 14 Länder für einen europäischen Medienschwerpunkt".

Beim „Regionalisierungstreffen" am 14.9. in Stuttgart gab **Herbert G. Hassold**, Pressereferent von Brot-für-die-Welt und maßgeblicher Mitveranstalter der Kampagne, einen Vorgeschmack darauf, was uns beim Fernsehprogramm inhaltlich erwartet:

Herr Hassold berichtete (sinngemäß und in Einzelheiten nicht wörtlich):

... und dann ist da das „Doku-Drama 2030", das am Sonntag, 6. Mai, ausgestrahlt wird. Das ist ein Spielfilm, der einen Blick in die Welt unserer Kinder werfen soll: „The world of our children". Von diesem Film, an dem die britischen Kollegen vom BBC arbeiten, erhoffen wir uns, daß er vielleicht so ein „Straßenfeger" werden kann wie damals die Serien „Holocaust" und „Roots". Die hatten ja nicht nur riesige Einschaltquoten, sondern waren ja auch hinsichtlich ihrer Sensibilisierung für ihr jeweiliges Thema ein großer Erfolg.

Ich kann Ihnen mal was vom Inhalt erzählen.

Der Film spielt also im Jahre 2030, in Afrika sind die Lebensbedingungen aufgrund der ökologischen Probleme und so weiter so miserabel, daß es die Menschen dort nicht mehr aushalten. In dieser Situation ist da so ein „Guru". Da kann sich also ein Schwarzer als charismatischer Führer hervortun, der die Afrikaner um sich schart und sie alle in Richtung Europa führt. Also wandert der ganze Trek los, naja, aber bei Gibraltar werden sie dann gestoppt.

Und während Herr Hassold eine Pause macht, läßt sich bei denen, die diese Inhaltsangabe anhören, Gemurmel vernehmen. Man sieht nachdenkliche, staunende und auch verärgerte Gesichter, bis eine Frau in Worte faßt, was offenbar sehr viele im Raum beunruhigt:

Und da glauben die Fernsehmacher wirklich, mit so einem Film bei den Europäern Verständnis und Entgegenkommen auslösen zu können bezüglich der Menschen der südlichen Welt? Wenn ich daran denke, welche Fremdenangst und welche Vorurteile in der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern und speziell Asylanten herrscht, da wird doch so ein Film zu noch mehr Haß und Ablehnung führen. So eine Invasion von den Schwarzen, das ist doch genau der größte Alptraum für unsere Bürger.

Herr Hassold ergreift das Wort und versucht mit weiteren Erklärungen die Gemüter zu beruhigen:

Der Film soll doch nur zeigen, was passiert, wenn sich an den Verhältnissen nicht schnell was ändert. Ich habe auch vergessen hinzuzufügen, daß in dem Film noch ein weißer Journalist vorkommt, ich glaube ein US-Amerikaner, der arbeitet da gerade in Afrika. Und der wird da von dem schwarzen Guru bekehrt, und von da an wird er ein Verfechter der Rechte der Schwarzen. Man soll sich also mit diesem Journalisten oder dem schwarzen Führer durchaus identifizieren können. Das ist alles nicht so simpel, wie das vielleicht erst klang. Es ist natürlich klar, daß so ein Film in die Hose gehen kann. Wir haben auch schon überlegt, aber wir setzen da ganz auf die erfahrenen Fernsehmacher vom BBC, die bei solchen Spielserien immer viel Feingefühl bewiesen und meist großen Erfolg gehabt haben...

Andreas Gayhoff



Konzern reagiert auf Protest

Die Shell-Zentrale in Hamburg hat jüngst in Sachen Shell-Boykott reagiert. In einem „Infopaket“ werden Bestürzung und Betroffenheit über die erhobenen Vorwürfe und Aktionen zum Ausdruck gebracht. Wortreich wird die Ablehnung der Apartheid beteuert.



Es kann zwar noch nicht von einer breiten Protestbewegung hierzulande die Rede sein, doch langsam rührt sich was in Sachen Shell-Boykott. Mahnwachen und Demonstrationen vor Shell-Tankstellen, Anzeigen zum Shell-Boykott in verschiedenen Zeitschriften und Tageszeitungen, zehntausendfacher Verkauf einer von den christlichen Jugendverbänden, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), herausgegebenen Aktionsbroschüre und des Shell-Aufklebers haben zur Verbreiterung des Engagements beigetragen.

Erstmals hat sich nun der Konzern öffentlich zu den Vorwürfen der Kampagne geäußert. Die meisten Fakten, die im Kontext von „Shell betankt Apartheid“ genannt werden, bestreitet die Shell-Zentrale nicht. So zum Beispiel die Beteiligung an einer Raffinerie sowie Besitzanteile an der gemeinsam mit BP und anderen betriebene Tankerabfüllanlage in Durban (Südafrika).

Es wird vielmehr versucht die zentrale Rolle des Konzerns herunterzuspielen und über manche Vorwürfe schweigt man lieber. Beispielsweise, daß laut Angabe des Jahrbuchs der südafrikanischen Streitkräfte von 1988 „CHEMICO“, eine südafrikanische Gesellschaft, an der Shell mit 24% beteiligt ist, die südafrikanische Polizei mit Schmierölen und Fetten beliefert.

Den Anti-Apartheidsgruppen werden aber auch fehlerhafte oder mißverständliche Behauptungen vorgeworfen, die den Konzern in ein falsches Licht rücken würden. In seinem Hochglanzfaltblatt schreibt der Konzern: „Die Unternehmen der Shell brechen nicht das Öl-Embargo. Tatsache ist, daß kein Unternehmen der Shell-Gruppe von außerhalb Öl an Südafrika verkauft oder nach Südafrika liefert.“

Diese Behauptung ist falsch. Zwar liefert Shell seit 1981 kein Rohöl mehr direkt an Südafrika, doch tragen sie nach wie vor entscheidend zur Ölversorgung des Apartheidstaates bei. Dies geschieht über das Sultanat Brunei — einem Land, in dem Shell exklusive Erdölförder- und Vertriebsrechte besitzt. Das „Shipping Research Bureau“ in Amsterdam, das die Verschiffung von Öl nach Südafrika überwacht und registriert und dem wir die wesentlichen Informationen über die Praktiken des Shell-Konzerns verdanken, hat seit 1982 39 Erdöllieferungen im Umfang von 2,3 Mio. Tonnen dokumentiert, die von Brunei nach Südafrika geliefert wurden. Der größte Teil dieser Lieferungen landete in der u.a. von Shell und BP betriebenen Raffinerie in Durban.

Desweiteren steht im „Infopaket“ des Konzerns: „Shell-Unternehmen verkaufen keine südafrikanische Kohle als niederländisches oder sonst außersüdafrikanisches Produkt. Alle Bezeichnungen von Shell-Kohle weisen immer deutlich das Herkunftsland aus.“

Von den Jugendverbänden ist dies nie behauptet worden. Ihre Kritik setzt anders an: Neben der Verletzung des internationalen Ölembargos unterläuft Shell die Bemühungen um einen breiten Kohle-Exportboykott, indem es eine Schlüsselrolle beim Export südafrikanischer Kohle spielt. Jährlich exportiert sie ca. 6,5 Mio. Tonnen Kohle aus Südafrika. Der Konzern ist des weiteren zu 50% Eigentümer einer der größten südafrikanischen Kohlemine in Rietspruit. Neben Gold und Platin ist Kohle drittwichtigster „Devisenbringer“ Südafrikas. Das Regime in Pretoria kann durch die Unterstützung der Shell den internationalen Kohleboykott unterlaufen.

Daß Shell in großen Zeitungsanzeigen in Südafrika seine grundsätzliche Ablehnung des Apartheidssystems zum Ausdruck bringt und nach eigenen Angaben ca. 12,8 Mio. Dollar für im weitesten Sinne soziale Zwecke investiert hat, ändert wenig an der Tatsache, daß Shell einer der wichtigsten Verbündeten des Apartheidssystems bleibt. Durch eine Intensivierung des Shell-Boykotts wollen aej und BDKJ gemeinsam mit zahlreichen Gruppen im Kontext des weltweiten ökumenischen Engagements dazu beitragen, daß dieses Shell-Bündnis mit der Apartheid baldmöglichst beendet wird.

Die Jugendverbände planen in Fortführung des Shell-Boykotts einen regelmäßigen Boykott-Rundbrief, der die Informationsbasis verbreitern und die Aktionsbereitschaft kreativ begleiten soll. Eine Neuauflage der Materialien und die zwischenzeitlich vergriffenen Shell-Aufkleber sind wieder vorrätig. Aktivitäten beim Katholikentag im Mai 1990 in Berlin sowie bei der Shell-Aktionärsversammlung im Frühsommer in Amsterdam sind vorgesehen.

Auch die Politik der Bundesregierung rückt stärker in den Mittelpunkt: In einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ der Grünen im Bundestag mußte die Bundesregierung zugeben, daß sie sich mit der Gewährung von Hermes-Bürgschaften an der Erschließung des Erdgas- und Ölfeldes in der südafrikanischen Mossel Bay beteiligt. Und dies, obwohl der EG-Ministerrat 1985 ein Ölembargo des Apartheidsstaats beschlossen hatte. Aber was interessieren die Beschlüsse von gestern, wenn es darum geht, den ersten Platz der Handels-Hitliste mit Südafrika für bundesdeutsche Unternehmen zu sichern.

Karl-Heinz Feldbaum
(Referent für Entwicklungsfragen beim Bund der deutschen katholischen Jugend)

Materialien:
Shell-Aufkleber „Shell betankt Apartheid“ (Einzelexemplar DM 1,-, ab 50 DM 0,50 pro Aufkleber)
Aktionsplakat „Shell betankt Apartheid“ (DIN A 2, Einzelexemplar DM 2,-, ab 10 DM 1,50)
Bund der Deutschen Katholischen Jugend
— Auslieferungsstelle —
Postfach 32 05 20
4000 Düsseldorf 30
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
Porschestr. 3
7000 Stuttgart 40

Literatur:
„Shell-Boykott — Die Kirchen und das Embargo“
erhältlich beim
„Ökumenischen Rat der Kirchen“
150 route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2
„Öl nach Südafrika“, komplette Dokumentation, ca. 100 S., 20,- DM.
erhältlich bei
medico international
Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt 1
Shell-Info
4-seitiger Sonderdruck
Einzelexemplar kostenlos

Wahlen in Nicaragua

Über 12 Millionen Dollar pumpt die us-amerikanische Regierung in den nicaraguanischen Wahlkampf. Sie unterstützt mit diesen Geldern die Nationale Oppositionsunion (U.N.O.), den legalen Arm der Contra. Gegen diese internationale Mobilmachung von Rechts — die Konrad-Adenauer-Stiftung ist stellvertretend für die Bundesregierung aktiv — hat sich in der Bundesrepublik fast die gesamte Nicaragua-Solidaritäts-Bewegung zur finanziellen Hilfe für die sandinistische Regierungspartei (FSLN) entschlossen. Im Juli 1989 verabschiedete der US-Kongreß eine finanzielle Zuwendung von 3,5 Millionen Dollar für die U.N.O., im November wurden nochmals 9 Millionen genehmigt. Diesem massiven Eingreifen in den nicaraguanischen Wahlkampf wollte und konnte die bundesdeutsche Nicaraguasolibewegung nicht tatenlos zusehen.

Im September 1989 tauchten nacheinander — und leider unkoordiniert — drei Spendenaufrufe für die FSLN auf. Ein gemeinsames Ziel, die finanzielle Hilfestellung für die Sandinisten, ist vorhanden, unterschiedlich sind die Aufrufe in ihren Begründungen. Hier kommen Differenzen in der Solidaritätsbwegung zum Vorschwein. Zum einen wird die Entscheidung der SPD von 1982, Nicaragua keine neuen Entwicklungshilfegelder zu bewilligen, unterschiedlich bewertet. Zum anderen ist umstritten, ob die treibende Kraft hinter den ökonomischen Schwierigkeiten Nicaraguas ausschließlich im (Wirtschafts-) Krieg der USA und der westlichen Welt zu suchen ist. Oder ob nicht auch Fehler auf wirtschaftspolitischem Gebiet die von außen bedrohte und bekämpfte nicaraguanische Wirtschaft an den Rand des Ruins brachten.

Bisher ist die Spendenaktion ein finanzieller Erfolg. Die Soligruppen, koordiniert durch das Infobüro Nicaragua in Wuppertal, konnten im Oktober über 300.000 DM an die FMLN übergeben. Die Grünen kreditierten den Sandinisten einen Betrag von 490.000 DM.

Widerspruch gegen die Spendenaufrufe blieb weder bei den Grünen noch in der Solidaritätsbwegung aus.

Inhaltliche Einwände gegen den Kredit der grünen Partei an die FSLN wurden im Bundesvorstand laut. Die FSLN sei keine ökologische Partei und habe den Charakter einer „Staatspartei" (Vorstandssprecherin Hammerbacher). Der Bundesvorstand votierte aber mehrheitlich für den Kredit. Da es sich um einen Kredit an die Sandinisten handelt, wurde die Vergabe nicht zur Entscheidung an die Parteibasis weitergegeben. Diese ist jetzt gefordert, Stellung zu beziehen. Der kreditierte Betrag soll von den Parteimitgliedern gespendet werden, um den Sandinisten die Kreditrückzahlung zu ersparen.

Grundlegender ist die Kritik, die innerhalb der Solidaritätsbewegung geübt wird. Ausgehend von der Annahme, daß die Sandinisten die Wahlen am 25. Februar gewinnen, wird die Unterstützung des Wahlprozesses kritisiert.

Wahlen gelten in diesem Teil der Szene als bürgerliches Instrument, um die Macht in parlamentarischen Demokratien zu verteilen. Als fortschrittliches, oder gar revolutionäres Politikinstrument werden Wahlen abgelehnt. Es wird die Frage gestellt, ob mit Regierungsvertretern Nicaraguas überhaupt weltmarktunabhängige, antiimperialistische Politik verwirklicht werden kann. Dieser Teil der Solibewegung, repräsentiert durch den Informationsdienst El Salvador (ides), würde gerne mit Menschen in Nicaragua kooperieren, „die als Nicht-Regierung ähnlich denken wie wir".

ug

Warum das Informationsbüro Nicaragua den Wahlkampf der FSLN unterstützt

„Wir waren weniger überrascht, daß Städtepartnerschaften und die Wuppertaler Koordination den Wahlkampf unterstützen wollen... Aber was hat die unabhängige Solibewegung damit zu tun?" So die Fragestellung der „ides"-redaktion in der 458. Ausgabe ihres Informationsdienstes. Da wir uns im Gegensatz zu der Einschätzung der Compas aus Berlin dieser unabhängien Solibewegung zugehörig fühlen, soll die Frage in der hier gebotenen Kürze beantwortet werden: Abgesehen von der Tatsache, daß Wahlen ein Bestandteil der nicaraguanischen Verfassung sind und dies eher als Ergebnis des sandinistischen Demokratiekonzeptes zu betrachten ist als des Drucks der imperialistischen Kräfte unter Führung der Vereinigten Staaten, finden diese Wahlen in einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Krise statt, welche die rechtsreaktionäre Opposition ausnutzt, um das nicarauganische Volk zu manipulieren. Mit finanzieller und logistischer Hilfe der internationalen Rechte wurde ein massenpsychologisches Wahlkampfkonzept entwickelt, das mit subtilen Methoden dem Volks seine materielle Not vor Augen führt und eine bessere Zukunft verspricht.

Anzunehmen, daß das Volks gegen derartige Propaganda gefeit ist, ist naiv und kann unter den gegebenen Verhältnissen in Nicaragua für den revolutionären Prozeß gefährlich sein.

Die Sandinisten brauchen in diesem Wahlkampf die bedingungslose ideologische und materielle Unterstützung der internationalen Solidaritätsbwegung, auch der unabhängigen. Die Ablehnung einer solchen könnte dem nicaraguanischen Volk den Weg zur Emanzipation versperren. Die Befreiung aus den strukturellen Gewaltverhältnissen des internationalen Kapitals garantiert auf lange Sicht nur ein Wahlsieg der Sandinisten. Deshalb: Solidarität mit den Sandinisten im Wahlkampf. Egal, ob wir Wahlen als Teil bürgerlich kapitalistischer Herrschaftsmechanismen verstehen oder nicht.

Infobüro Nicaragua

SPENDEN FÜR DIE FSLN

Die Grünen, Postgiro Köln, BLZ 370 100 50 Kto-Nr. 284532-505, Kennwort: Nicaragua

Informationsbüro Nicaragua e.V., Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Sonderkonto 962001

Juso Bundesvorstand, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kontonummer 666, Stichwort: FSLN

Gewissensbisse

Siegfried Pater:
Das grüne Gewissen Brasiliens:
José Lutzenberger, LAMUV Verlag, Göttingen 1989, 189 Seiten; 19,80 DM

„Wir sind transparteiisch", betont der brasilianische Ökologe José Lutzenberger, Träger des Alternativen Nobelpreises 1988. „Die Ökologie ist viel zu wichtig, um sich an eine Partei zu binden. Sie geht alle an. (...) Es wollen doch alle überleben."

Dreizehn Jahre, von 1957 bis 1970, stellte der Agrarexperte sein umfangreiches Wissen und Können in die Dienste des Chemieriesen BASF, dann wuchs in ihm die Einsicht, daß er sich für den „falschen Weg" im Grunde „prostituiere". Fortan setzte er sich unermüdlich gegen die Umweltzerstörung in seiner Heimat Brasilien ein, und heute kann der 'Vater der Ökologiebewegung' beachtliche Erfolge im Kampf für eine völlig giftfreie Landwirtschaft und gegen den Ausverkauf der Natur aufweisen. Von diesem steinigen Weg eines Querdenkers, der redliche Wissenschaft als „das Schauen der göttlichen Schönheit des Universums" bezeichnet, gibt nun ein Buch des Bonner Publizisten Siegfried Pater Zeugnis, der sich bei mehreren Aufenthalten in Südamerika an die Fersen Lutzenbergers heftete, dessen Alltag miterlebte, bis in die Nacht mit ihm diskutierte und Wort für Wort niederschrieb, um auf diese Weise möglichst viele zuhören zu lassen, was das grüne Gewissen Brasiliens uns allen zu sagen hat. Folglich war Paters Entscheidung, die Leserschaft in weiten Passagen mit seinem Gesprächspartner im Originalton zu konfrontieren, nur konsequent; dazu unzweifelhaft eine der Stärken dieses Buches, denn die Sprache Lutzenbergers zeichnet sich durch treffende Bilder, brillante Analyse, Anschaulichkeit und tiefsinnigen Humor aus. Durch die geschickte Zusammenstellung zahlreicher Interviewpassagen verdichtet der Autor, offenkundig tief beeindruckt von der Biographie und der Energie seines Gegenübers, das Bild eines Mannes, der mit seiner Arbeit die von kurzfristigem Gewinnstreben und Fortschrittsanbetung geprägten Rechtfertigungsmuster der modernen Industriegesellschaft permanent bloßlegt und nie mit erfolgreichen, zumeist weniger aufwendigen Alternativen auf sich warten läßt. So sind in der Landwirtschaft Schädlinge für Lutzenberger keine „willkürlichen und tollwütigen Feinde", die es mit allen Mitteln auszurotten gilt, sie sind eher Bioindikatoren, die deutlich zeigen, daß man in der Pflanzung etwas falsch macht. Derartige Kritik stellt zwangsläufig ein weltweites Milliardengeschäft in Frage, und so wundert es nicht, daß die Zahl der Feinde des Mannes, der um jeden Bauern kämpft, der auch nur ein paar Prozent weniger Gift einsetzt, von Tag zu Tag wächst, während andererseits Kleinbauern aus dem ganzen Land an die Tür des Ökologen klopfen, um ihn um Rat zu bitten, wie man den Teufelskreis der Monokulturen und den damit bedingten endlosen Einsatz chemischer Mittel durchbrechen kann.

Lutzenberger ist zweifellos eine Ausnahmeerscheinung, die so recht in keine Schublade zu passen scheint. Wo sein Rat ernsthaft gefragt ist, bringt er ihn ein; seinem Sachverstand ist es zum Beispiel zu verdanken, daß bei Porto Alegre eine der saubersten Zellstoffabriken der Welt steht, die aus Abfall organisch-mineralischen Dünger entwickelt. Wo Sensibilität und Rücksicht jedoch gänzlich ausbleiben, reagiert er unversöhnlich. Die Herren von der chemischen Industrie bezeichnet er als „oft dumm", bei der Weltbank sitzen für ihn „Gangster und Verbrecher", denen es nur um die Karriere geht. Korrupte Politiker schulmeistert Lutzenberger mit lautstarken Telephonaten, notorischen Falschparkern läßt er lausbübisch die Luft aus den Reifen. Keiner wehrt sich so recht, denn der Mann weiß, was er sagt, warum er etwas macht. Die Zeit drängt, Veränderungen sind zwingend, will die Welt überleben. In Worten und Taten spiegelt sich die Ungeduld des Veränderers, der die Verschwendungssucht der modernen Industriegesellschaft als Grundübel ansieht, der pfeilschnelle Autos und Bierbüchsen aus Aluminium als „obszön" bezeichnet, der eine neue Ethik fordert, weil der Mensch „in der Natur nur ein Objekt, ein Ding, eine Sache, Ressourcen, bestenfalls eine Bühne" sieht,

„auf der wir uns austoben können."

Mit diesem Buch macht Pater das bisherige Lebenswerk Lutzenbergers einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Mit ihm halten die Lehren vom ökologischen Landbau, der nachweislich mehr Arbeitsplätze schafft, und vom sinnvollen Umgang mit Müll Einzug in die Köpfe der Leserinnen und Leser...

Der düsteren Publikationen gibt es auch zu diesem Thema mittlerweile genug. Siegfried Pater legt hier, nach einem guten Dutzend Bücher über die „Obszönitäten" in der Welt der Satten, etwas vor, was man getrost aus der Bücherflut herauspicken kann. Es ist ein Buch, das neben allem Schrecken im besten Sinne als beseelt zu bezeichnen ist, beseelt von der Kraft des besseren Arguments, von der Hoffnung auf Umkehr und — wie sympathisch! — von einer aufrichtigen Bewunderung des Autoren, die einem Mann gilt, der uns Gewissensbisse zuhauf bereitet.

Thomas Hax

Dritte Welt in den USA

Andreas Kühler: Chicanos und Mexikanische Arbeitsmigranten, „Dritte Welt" in den USA. Münster: Westfälisches Dampfboot 1989, 139 S.

Die Expansion der USA nach Mexiko ist ein dunkles Kapitel in ihrer Geschichte, das hierzulande wenig bekannt ist. Sie nahm Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Ausgang mit der Annektion von mehr als der Hälfte des mexikanischen Staatsgebietes und setzt sich bis heute in Gestalt einer wirtschaftlichen Durchdringung Mexikos durch die USA fort.

Andreas Kühler beschreibt ein wesentliches Moment der Abhängigkeit Mexikos: die Arbeitsmigration von Mexikanern in die USA. Er macht damit deutlich, daß nicht nur eine äußere neokoloniale Beziehung zwischen beiden Staaten besteht, die sich in der Penetration der mexikanischen Wirtschaft durch US-Kapital ausdrückt, sondern daß gleichzeitig die mexikanischen Arbeitsmigranten in den USA eine billige Arbeitskräftereserve bilden.

Die Einwanderung der Chicanos erfolgte in Schüben, die von den konjunkturellen Zyklen der USA abhingen. Leider sind die verschiedenen Etappen der Einbeziehung und Ausgrenzung der Chicanos in die US-Ökonomie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts nur sehr knapp und unübersichtlich dargestellt. Deutlich wird jedoch, daß ausgehend von dem 'Colonial Labor System', unter dem Mexikaner in Minen, beim Eisenbahnbau und auf Plantagen arbeiteten, bis heute ein stark segmentierter Arbeitsmarkt in den USA entstanden ist, der den Interessen der Arbeitgeber entgegenkommt.

Andreas Kühler diskutiert verschiedene Ansätze zur Erklärung der ethnischen Diskriminierung der Chicanos als Arbeitskräftereserve der USA. Interessant ist dabei vor allem die These von der 'internen Kolonisierung', die sich durch eine Segregation der Chicanos nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in ihrer Wohnsituation, der Schulbildung und dem kulturellen Leben ausdrückt. Dies versteht er nicht nur als passiven Prozeß, sondern als die aktive Herstellung einer eigenen Ethnizität (S. 107). Die politische Organisierung der Chicanos wird durch ihre Aufspaltung in Arbeiter mit unterschiedlichem Aufenthalts- und Einwanderungsstatus erschwert. Daher wirkt als einender Faktor vor allem die gemeinsame „soziokulturelle Herkunftserfahrung" (s. 123).

Andreas Kühler entlarvt in seiner Darstellung den „Mythos der USA als ein Land freier, gleichberechtigter und chancengleicher Menschen" (S. 86) und die These vom „Melting Pot" USA, in dem Menschen verschiedener Herkunft gleichberechtigt zusammenleben. Die inneren „Kolonien" der USA werden über der Kritik an ihrem äußeren Expansionismus oft wenig beachtet. Das Buch stellt ein gelungenes Korrektiv dazu dar.

Heide Mertens

Konkurrenz für „Année africaine"

Afrika Jahrbuch 1988: hrsg. vom Institut für Afrikakunde/Rolf Hofmeier. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara Opladen 1989 (Leske und Budrich) 376 Seiten, Kart. 39,- DM

Im französisch- und englischsprachigen Raum gibt es sie schon lange: umfangreiche Jahrbücher, die mit Länder- und Hintergrundartikeln über die jeweils jüngsten Ereignisse und Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent informieren. Vor kurzem nun haben so etablierte Publikationen wie „Africa Contemporary Record", „Africa South of the Sahara" und „Année africaine" deutschsprachige Konkurrenz bekommen. Das in diesem Frühjahr zum zweiten Mal erschienene, vom Hamburger Institut für Afrika-Kunde herausgegebene „Afrika-Jahrbuch", will es seinen renommierten Vorbildern nachtun und sich — laut Verlagswerbung — „als unentbehrliches Nachschlagewerk für den deutschen Sprachraum erweisen".

Diesem Anspruch könnte das neue Jahrbuch, das mit Sachkunde und einer überzeugenden Mischung aus länderspezifischer und themenbezogener Hintergrundinformation aufwartet, langfristig durchaus gerecht werden. Den einleitenden Artikeln — dem Jahresüberblick und einer zusammenfassenden Darstellung der Entwicklung der deutsch-afrikanischen Beziehungen — schließen sich vertiefende Ein-

zelanalysen an. Sie greifen Themen von aktueller Bedeutung auf und verleihen dem Jahrbuch ein eigenständiges politisches Profil. Im Jahrbuch von 1988 finden sich Beiträge zu den Friedensaussichten im südlichen Afrika (Kühne), der Entwicklung der afrikanischen Rohstoffpreise (Jakobeit), den skandalösen Giftmüllexporten westlicher Industrieländer (Seitz) und der Bedeutung politischer Wahlen (Tetzlaff).

Besondere Beachtung verdient der zuletzt genannte Artikel, der der vorschnellen Übertragung westlicher Demokratievorstellungen auf afrikanische Gesellschaften entgegenzuwirken versucht. Tetzlaff zeigt anhand von Fallbeispielen (Senegal, Kenia, Zambia, Kamerun, Rwanda), daß unsere Gewohnheit, politische Demokratie formal zu definieren und „vorrangig am institutionalisierten Parteienpluralismus" zu messen, bei der Analyse afrikanischer Wahlen zu kurz greift. Obwohl Wahlen in Afrika bislang kein Mittel zur Abwahl von regierenden Führern und Parteien darstellen, können sie durchaus unterschiedliche Bedeutungen und Funktionen haben. Sie sind gemeinhin „mehr als dekorative Massenveranstaltungen und weniger als institutionalisierte Wettkämpfe zwischen Regierung und Opposition mit offenem Ausgang. Sie können, wie in Kenia, der Ausgrenzung der Opposition dienen, den politischen Pluralismus zurückdrängen, oder auch, wie in Zambia, konkordanzdemokratisch der Einbindung und Reintegration politischer Opponenten dienen.

Die Länderartikel sind übersichtlich, nach einem einheitlichen Schema gestaltet und mit nützlichen Chronologien versehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, geben sie einen gründlichen Überblick über die innen- und außenpolitischen Ereignisse und informieren über die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen.

Der positive Gesamteindruck wird durch ein wenig ansprechendes Äußeres getrübt. Die zu kleine Schrift beeinträchtigt das Lesevergnügen nachhaltig, und die zu eng bedruckten und schlecht gegliederten Seiten widersprechen dem Anspruch, übersichtlich zu informieren. Gute Karten fehlen gänzlich. Hier haben Verlag und Herausgeber in ihrem Bemühen, möglichst viele Informationen zu einem halbwegs akzeptablen Preis zu bieten, des Guten zuviel getan. Schade, bei einem Werk, dem eine breite Leserschaft zu wünschen wäre, weil es sachkundige Information und kritisches Engagement in gelungener Weise verbindet.

Stefan Brüne







Das Bild Südostasiens in der BRD

Eine Tagung der Südostasien-Informationsstelle in Bochum vom 27.–29.10.1989

„Wir haben festgestellt, daß eigentlich kein Bild Südostasiens als solches in der BRD existiert. Es gibt Bilder von manchen Ländern, andere erscheinen überhaupt nicht in der Öffentlichkeit hier. Und es gibt ein Bild von der asiatischen Frau, das beHERRscht wird von Sex-Tourismus, Prostitution, Pornographie und gekauften Bräuten."

So faßte eine malaysische Teilnehmerin, die seit 13 Jahren in der Bundesrepublik lebt, ihre eigenen Erfahrungen in Bezug auf das Thema der Tagung zusammen.

Rund 80 Mitglieder von Solidaritätsgruppen, Hilfsorganisationen und Journalisten, Wissenschaftler und Publizisten trafen sich am letzten Oktoberwochenende in Bochum, um die Ursachen dieses sowohl in den Medien als auch in der Bevölkerung verbreiteten Zerrbildes zu analysieren und Wege für die Vermittlung einer realistischen Darstellung der Länder Südostasiens in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu diskutieren. Ausgangspunkte der Tagung waren zwei Probleme: Einerseits wird es immer schwieriger, hintergründige Information in den Massenmedien unterzubringen, andererseits läßt die „Attraktivität" der sogenannten Alternativ- oder Soli-Presse nach.

In einem Podiumsgespräch zu Beginn der Tagung berichteten Männer und Frauen aus Indonesien, Malaysia, Thailand und den Philippinen ihre Erfahrungen im Alltag der BRD. Ausländerfeindlichkeit, die für Menschen aus Afrika, der Türkei oder auch aus Sri Lanka schon längst eine physische Bedrohung darstellt, sei ihnen gegenüber erst in jüngster Zeit zu spüren. Die Kehrseite davon sind jedoch die Klischeevorstellungen, von deutschen Männern, aber teilweise auch von Frauen entgegenschlagen. „Als asiatische Frau wird man entweder angemacht oder als etwas Exotisches gesehen, oder man wird völlig übersehen." Ein Mann aus Thailand beklagte das überhebliche eurozentrische Weltbild vieler Deutscher, das an der Kaufkraft der D-Mark ausgerichtet ist: „Ah, Thailand, schönes Land, schöne Frauen, billig."

Eine Presse, die aus den Heimatländern der TeilnehmerInnen fast nur über Prostitution, Drogen oder gestürzte Diktatoren berichtet, verstärkt dieses Bild. Ganze Länder wurden dabei als „Blinde Flecken" in der Berichterstattung ausgemacht:

So zum Beispiel Burma oder Malaysia, aber auch Indonesien, das Land mit der fünfthöchsten Bevölkerungszahl der Welt.

Als spezifisch deutsch sieht Eberhard Kuhrau, Südostasienkorrespondent der ARD, die Inkompetenz von Korrespondenten vor Ort und der Redakteure zuhause in der BRD an. Aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit und den daraus folgenden wirtschaftlichen Verflechtungen sei in anderen europäischen Ländern eine umfassende Berichterstattung möglich. Welche Schwierigkeiten selbst wohlmeinende und engagierte Journalisten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei ihrer Arbeit vor Ort erleben, schilderte er in einem Referat. Während zweier Monate, die er beispielhaft anführte, konnte er lediglich einen 15-minütigen Beitrag im bundesdeutschen Radio absetzen; und der wurde morgens zu nachtschlafender Zeit gesendet. Der Rest der Beiträge hielt sich im Rahmen von 1,5 bis 5 Minuten. Aufgrund mangelnder eigener Sachkenntnis orientieren sich Redakteure „zu Hause" fast ausschließlich an Agenturmeldungen. Wenig Hoffnungen auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für internationale Berichterstattung bestehen dabei für die Zukunft; im Gegenteil: So wurden z.B. beim SWF die Sendeplätze für einstündige Features aus aller Welt von 52 auf 12 pro Jahr beschnitten. Die Entprofessionalisierung, einhergehend mit der fortschreitenden Magazinisierung der Sendungen (d.h. kurze Sensationshäppchen statt ausführlicher Hintergrundinformation) führt Eberhard Kuhrau auf das Auftauchen der privat-kommerziellen Rundfunk-Medien zurück: „Kollegen, die elektronisch aus der Hüfte schießen können, haben wir inzwischen genug. Doch sie verschießen oft, so meine ich, nur lauwarme Luft."

Doch auch die sogenannten Alternativmedien und Zeitschriften der Solidaritätsbewegung wurden von der Kritik nicht ausgenommen. Auch sie neigen zu einer Katastrophen- und Panikberichterstattung, die sich nur durch eine pseudowissenschaftliche Sprache von der Berichterstattung der bürgerlichen Medien unterscheidet, so der Vorwurf des epd-Redakteurs Klaus Bold. Dadurch, daß auch bei ihnen Menschen oft nur als wehrlose Opfer vorkommen, tragen sie zu dem Klischee des duldsamen, in seiner Armut und Unterdrückung stetig lächelnden Menschen Südostasiens bei. Auch die Solidaritätsbewegung ist vor linkem Paternalismus nicht gefeit. Auch hier wird vorwiegend über die Länder, statt mit den Menschen und aus den Ländern berichtet. Durch allzu sorglosen Umgang mit Modethemen und den bürgerlichen Medien kann schon mal der Zweck einer Kampagne in sein Gegenteil verkehrt werden.

Auch in „alternativer" Berichterstattung gibt es „Blinde Flecken": Länder wie Burma, Laos, aber auch soziokulturelle Themen, wie Musik, Theater, Religion, die „Normalität" der Menschen, der Alltag, fehlen fast vollständig.

Ein wichtiges Thema, das noch zu wenig hier im Bewußtsein verankert ist, ist die Situation der Schwellenländer, die rasante Technisierung der gesamten Region und der Übergang zur Informationsgesellschaft, der sich dort vielleicht noch schneller vollzieht als bei uns in Europa.

Nach all dem Klagen und Lamentieren kam die Diskussion der Ansätze und Perspektiven einer Veränderung etwas zu kurz. Soll die Solidaritätsbewegung versuchen, stärker als bisher mit den bürgerlichen Massenmedien zu kooperieren? Kann ein Netz unabhängiger Dritte-Welt-Journalisten, das von Klaus Bold auf der Tagung vorgestellt wurde und sich Austausch und Ausbildung zur Aufgabe gemacht hat, dazu als Mittler dienen? Sollen oder müssen sich Alternativzeitschriften in Zukunft stärker professionalisieren und mit „wirtschaftlichem Denken" arbeiten, um „Attraktivität" zurückzugewinnen? Wie schafft man/frau es, aus dem selbstgeschaffenen Ghetto herauszukommen? Welche Rolle sollen/können unabhängige linke Radiosender, die bisher bundesweit noch geringe Verbreitung haben, spielen? Bisher wenig benutzte Medien wie Schulunterrichtsmaterialien, Kinderbücher, Theater und Sketche sollten mehr in die Öffentlichkeitsarbeit mit einbezogen werden.

Viele Fragen fehlten oder konnten nur andiskutiert werden.

Einstimmig wurde der Vorschlag der Südostasien-Informationsstelle begrüßt, den Austausch und die Diskussion auf einer Südostasien-Konferenz im nächsten Jahr fortzusetzen.

Josef Dreier

Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992

Eine Tagung am 28./29.10 in Hamburg

Am letzten Oktoberwochenende wurde, unter der Moderation des Monimbo e.V. aus Dietzenbach, zum Bundestreffen des internationalen Kulturprojekts: EMANZIPATION UND LATEINAMERIKANISCHE IDENTITÄT 1492—1992 eingeladen. An diesem von Heinz Dietrich in Mexiko initiierten und bereits stark institutionalisierten Projekt beteiligen sich verschiedene lateinamerikanische Intellektuelle mit Arbeiten zum „Quinto Centenario“.

Auf dem zweitägigen Seminar wurde den TeilnehmerInnen nicht nur die Geschichte von Vernichtung und Auspressung in Lateinamerika nachgezeichnet, sondern auch der eigene Spiegel vors Gesicht gehalten. Hans Branscheid von medico international sezierte die abendländische Überlegenheitskultur. Der Europäer taucht als Unterwerfer auf, erlebt sich aber als Retter. Er braucht den edlen Wilden und den „arbeitenden Kaffer“. In den Termini von heute gesprochen: die Bodenschätze und die Arbeitskraft für die Produktion, sowie die Idealisierung der Lebenswerte fremder Kulturen für die ach so verarmte Seele des klassischen Bildungsbürgertums, worunter auch die sanft, alternativ reisenden TouristInnen unserer Tage gehören. Es kam und kommt darauf an, so Hans Branscheid, sich beides nutzbar zu machen. Gegenseitiges Verstehen wurde so bis heute verstellt.

Veranstalter waren der Verein Monimbo, terre des hommes (Basel/Osnabrück), medico international, Swiss Aid, der Nicaragua Verein Hamburg und die Werkstatt 3 aus Hamburg. Ihnen gelang trotz einiger Kassandra-Rufe im Vorfeld des Treffens, vom derzeitigen das Land beherrschenden Post-Modernen Diskurs abzurücken und die Breite imperialistischer Methoden und Mechanismen bei der Zerschlagung von Kulturen nicht in multikulturelle Schönfärberei einzuwickeln.

Ziel der Veranstaltung sollte es sein, Kultur und Widerstand für die Solidaritätsarbeit genauer zu beleuchten.

Heinz Dietrich von der Universidad Autonoma Metropolitan in Mexico beschrieb das Projekt „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 — 1992“ als einen Versuch, die Geschichte Lateinamerikas stärker in das Bewußtsein und den Alltag der LateinamerikanerInnen einzubinden. Er verdeutlichte nicht nur Erfolge und Solidarität unter den lateinamerikanischen Intellektuellen. Gleichzeitig beschrieb er den Gegendruck aus dem nationalen Komitee der offiziellen Feierlichkeiten des „V. Centenario“ in Mexiko. In seinem zweiten Beitrag „Georg Orwells Schüler: Indianer, Neger und Eingeborene im Herrschaftsdiskurs des Westens“ reduzierte er allerdings die lateinamerikanischen Emanzipationsmöglichkeiten. Bei Heinz Dietrich rollt die Mega-Maschine der Unterdrückung, und überall dort, wo sich Widerstand zeigt, schlägt das Imperium zurück. Solche Argumentationslinien, wenn auch mit neueren Begrifflichkeiten, führen nicht nur zu einer Verflachung und Beliebigkeit von Fakten, sondern lähmen auch das Verständnis verfeinerter Mechanismen und die Fragen nach einer aktuellen Praxis. Zwar ist der Vergleich von Nazi-Großraumpolitik mit dem Imperialismus der USA als Polemik gelungen, eine Gleichsetzung beider Systeme bleibt jedoch bedenklich.

Die Liste der ReferentInnen reichte von einem Vertreter des baskischen Komitees gegen die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag, über Angel Tolosa, Mitinitiator der von Indianer- und Bauernorganisationen initiierten CAMAPGÑA DE AUTODESCUBRIMIENTO, Karl-Heinz Roth vom Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und dem argentinischen Journalisten Miguel Bonasso bis zur Direktorin des Ausbildungsprogramms für indianische Frauen im Wissenschafts- und Erziehungsministerium Mexikos, Alba Guzman. Sie beschrieb die gesellschaftliche Veränderung der Frauen während der 500-jährigen Fremdherrschaft und Widerstandsformen der Indigena-Frauen.

Am Ende der Referatskette thematisierte dann Gaby Gottwald von den GRÜNEN die Schwierigkeiten der Solibewegung bei der Gratwanderung zwischen den Niederungen des Reformismus und der reinen Lehre linker Politik. Zunächst skizzierte und kritisierte sie die puren Humanisten, Verzichtsapologeten, Anti-Imps und Pazifisten, deren romantische Wertvorstellungen von der trikontinentalen Realität nur schwer nachvollziehbar seien. Mit Cabrals Worten forderte sie im Kampf gegen den Imperialismus die Berücksichtigung der unterschiedlichen Realitäten. Der Ansatz der Gleichwertigkeit der Menschen müßte gerade deren unterschiedliche Identität achten. Am Ende forderte sie dazu auf, die Situation in der BRD zum Ausgangspunkt unserer Politik zu machen.

Das Hamburger Treffen stieß mit über 300 Teilnehmern auf großes Interesse. Leider blieb bei diesem Vorlesungsmarathon keine Zeit zur Diskussion

Dies begründeten die Veranstalter damit, daß Auseinandersetzung im großen Kreis eben schwierig seien.

Dennoch war die Veranstaltung ein beachtlicher Versuch, die Solidaritäsarbeit auf eine breitere Basis zu stellen. Daß der 500. Jahrestag längerfristiger inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung bedarf, um bis 1992 eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen, zeigte auch das BUKO-Seminar Mitte November. Ab nächstem Jahr werden BUKO-Gruppen und einige Dritte-Welt-Zeitschriften dazu evtl. ein gemeinsames Info herausbringen, in dem Raum für Diskussionen, neue Materialien, Initiativen und Aktionsvorschläge sein könnte.

Die Referate des Hamburger Treffens werden demnächst beim Verein Monimbo in Dietzenbach veröffentlicht.

Doku-Gruppe: V. Centenario

BAYER-Gewerkschaften in Brasilien und Peru unter Druck

Seit Beginn dieses Jahres geht der multinationale Chemiekonzern BAYER in besonders rigider und aggressiver Weise mit den Gewerkschaften bei seinen Niederlassungen in Brasilien und Peru um. Es ist der Versuch, die gut organisierten und streitbaren Gewerkschaften zu zerschlagen.

Die ArbeiterInnen bei der 99,9%-igen BAYER-Tochter **„BAYER DO BRASIL"** im Werk Belford Roxo waren vom 7.6. bis 21.6.1989 im Streik. Im Anschluß an diesen Streik hat BAYER bis Ende September 115 Gewerkschaftler, darunter einige Gewerkschaftsführer, entlassen. Ziel des Streiks waren Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaft forderte eine Anpassung an die z.Zt. sehr hohe Inflation. BAYER wollte lediglich Anpassungen für die Monate Juni und Juli gewähren. Der Konflikt hat sich bereits soweit zugespitzt, daß es zu keinen Gesprächen zwischen BAYER und der Gewerkschaft mehr kommt. Vermittlungsversuche des kirchlichen Hilfswerks „Caritas" scheiterten bisher aufgrund der starren Haltung der Unternehmensleitung. Der BAYER-Konzern ist seit 93 Jahren in Brasilien präsent. Mit ca. 8.000 MitarbeiterInnen in den verschiedenen Werken und Tochterunternehmen ist BAYER DO BRASIL heute die größte Beteiligungsgesellschaft von BAYER in der sog. „Dritten Welt". Im Werk von Belford Roxo arbeiten ca. 3.000 Menschen. Es ist der größte und wichtigste Standort von BAYER DO BRASIL. Hier werden im wesentlichen Pestizide, Farbstoffe und Chemiegrundstoffe hergestellt.

Im Juli 1988 verdienten 84,6% der Beschäftigten bei BAYER DO BRASIL unter 125 US-$ im Monat. Der errechnete Warenkorb betrug im gleichen Monat 205 US-$. Das heißt für die Situation im BAYER-Werk Belford Roxo, daß etwa 80% der ArbeiterInnen mit einem wahren Hungerlohn auskommen müssen. Durch die immens hohen Inflationsraten mußten die ArbeiterInnen in diesem Jahr stark spürbare Reallohnverluste hinnehmen. Die Werksleitung übt derzeit massiven Druck aus, um die ArbeiterInnen zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen. So ließ sie etwa eine Blanko-Austrittserklärung aus der Gewerkschaft gezielt in den einzelnen Produktionssektoren verteilen. Bis Ende September hatten bereits ca. 800 ArbeiterInnen diesem Druck nicht standgehalten und ihren Austritt erklärt.

Die ArbeiterInnen bei BAYER DO BRASIL brauchen möglichst schnell finanzielle Hilfe zur Unterstützung der entlassenen KollegInnen und zur Aufrechterhaltung ihrer Gewerkschaftsarbeit. Es geht um die Existenzfrage für die Betroffenen und ihre Familien, und es geht um das Recht und die Würde von ArbeiterInnen gegen eiskalte Profitinteressen.

Das Werk von BAYER-INDUSTRIAL S.A., das heute 746 Menschen beschäftigt, zählt zu den größten Chemieanlagen Perus.

In den 18 Jahren seit Bestehen von BAYER-INDUSTRIAL mußte die Gewerkschaft zehn mal Streiks zur Verstärkung ihrer Forderungen einsetzen. Der letzte längere Streik fand im Frühjahr 1987 statt. Hauptforderungen während des Streiks waren Lohnerhöhungen.

Aufgrund der nach wie vor starren Haltung der Unternehmensleitung in Peru hat sich die Situation keineswegs verändert. In den letzten Wochen hat BAYER-INDUSTRIAL, LIMA, PERU den Konflikt weiter forciert. Sie hat insgesamt zwanzig Gewerkschaftler fristlos entlassen. BAYER-INDUSTRIAL begründet dies mit angeblich ungerechtfertigten Fehlzeiten.

In Gesprächen mit der Gewerkschaft hat die Unternehmensführung von BAYER-INDUSTRIAL keinerlei Zugeständnisse gemacht. Im Gegenteil: Sie hat angedroht, insgesamt 120 ArbeiterInnen entlassen zu wollen. Bei der augenblicklichen Situation in Peru, über 50% Arbeitslosigkeit, würde dies die Existenz der ArbeiterInnen zerstören. Um weitere Entlassungen abzuwenden und um die Wiedereinstellung zu erreichen, ist die Gewerkschaft Ende August in einen 24-stündigen Warnstreik getreten. Es war bereits das dritte Mal, daß die Gewerkschaft bei BAYER-INDUSTRIAL in diesem Jahr solch einen Streik durchführte. Im Januar und im April haben sie jeweils für eine Anpassung an die Inflationsrate (z.Zt. ca. 6.000%) gestreikt. Die Gewerkschaft sieht die Entlassungen deshalb auch als Sanktionsmaßnahme gegen die Streikbereitschaft der Gewerkschaft an.

Achim Schmottlach

Weitere Informationen: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Hofstr. 27 a, 5650 Solingen 11, Tel. 02 12-33 49 54

Spenden erbeten auf das Sonderkonto
Ökobank Frankfurt
BLZ 500 901 00
Kto. 179590
„Solikonto BAYER — Lateinamerika"
Axel Köhler-Schnura

Vaterschaftstrick verboten

Endlich ist das Adoptionsvermittlungsverfahren geändert. Einstimmig billigt der Bundestag den Entwurf vom Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Was vor dem 5. Oktober noch möglich war, wird jetzt unter Strafe gestellt: so z.B. der Vaterschaftstrick.

Noch vor einem Jahr prahlte der Jurist Graf Adelmann, eine Gesetzeslücke entdeckt zu haben, die er für sich gewinnbringend ausnutzen konnte. Bisher war es nicht strafbar, wenn sich ein Mann wahrheitswidrig als Vater eines Kindes ausgab. Durch diese Hintertür konnten kinderlose Ehepaare relativ problemlos ein Kind aus der Dritten Welt adoptieren. Der Mann reist in ein Dritte Welt Land, behauptet, der Vater eines Kindes zu sein — was die leibliche Mutter gegen Entgelt bestätigt — und erhält dann die notwendigen Papiere, um mit dem Kind ausreisen zu können. In der Bundesrepublik wird dann das Kind für ehelich erklärt. Die Behörden machen keine Schwierigkeiten. Ist das Kind einmal hier, stimmt das Jugendamt der privaten Adoption nachträglich zu. Schließlich läßt sich ein Kind nicht so ohne weiteres wieder zurückschicken. Die Gesetzeslücke der wahrheitswidrigen Vaterschaftsanerkennung ist jetzt gestopft, aber andere Wege der illegalen Vermittlung sind noch offen.

Was nützen schon Gesetzesänderungen, wenn bestehende Vorschriften nicht einmal konsequent eingehalten werden. Das gilt vor allem für den Eignungsbericht. Das Jugendamt stellt für die adoptionswilligen Ehepaare den Eignungsbericht aus und leitet ihn an die anerkannten Vermittlungsstellen weiter, die dann darüber entscheiden, ob die Bewerber dafür geeignet sind, ein Kind aufzunehmen. Dieser Eignungsbericht erfüllt im Ausland die wesentlichen Vorschriften, um ein Kind adoptieren zu können. Deshalb darf der Bericht den Bewerbern nicht ausgehändigt werden. Es kommt aber immer wieder vor, daß sie ihn doch in die Hände bekommen. Mit diesem Bericht reisen Ehepaare ins Ausland, kehren mit einem Kind zurück und lassen sich die Adoption nachträglich anerkennen.

DIE GRÜNEN im Bundestag versuchten mit einem eigenen Antrag weitergehende Forderungen durchzusetzen. Sie beriefen sich dabei auf Terre des Hommes, eine der wenigen anerkannten Adoptionsvermittlungsstellen. Der Antrag wurde jedoch mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt. Was stand in dem Vertrag?

Auslandsadoptionen sollten nur dann erlaubt sein, so forderte Terre des Hommes, wenn eine Zusammenarbeit mit einer ausländischen anerkannten Vermittlungsstelle gewährleistet ist. Wird der Vorgang der Adoption von zwei anerkannten Vermittlungsstellen, die in Kontakt zueinander stehen, abgewickelt, können private Händler ausgeschaltet werden. Gleichzeitig hätte man auch das Problem mit den zweifelhaften Einwilligungserklärungen gelöst. Vormundschaftsgerichte stimmen einer Adoption nur dann zu, wenn ihnen die leiblichen Eltern schriftlich bestätigen, daß sie ihr Kind zur Adoption freigeben. Wie diese Erklärung zustandekommt, prüft das Vormundschaftsgericht nicht nach. Es reicht aus, wenn sie vorliegt. Meistens beriefen sich Vermittler auch auf die Ausnahmeregelung, nach der auf eine Einwilligungserklärung verzichtet wird, wenn die Eltern des Kindes nicht mehr auffindbar sind. Bei inländischen Adoptionen wird akribisch geprüft, ob Eltern wirklich nicht mehr auffindbar sind. Die Gründe sind immer dieselben: das „Wohl des Kindes" stehe im Vordergrund; es könne nicht zurückgeschickt werden. Kriminelle Praktiken werden dagegen in Kauf genommen. Wie einfach hätte man gegen diese zweifelhaften Methoden vorgehen können, wenn die Forderungen von Terre des Hommes berücksichtigt worden wären.

So ganz zufrieden kann Terre des Hommes mit der Gesetzesänderung also nicht sein. Händler, die es darauf anlegen, Kinder gewinnbringend zu vermitteln, werden nach wie vor Schlupflöcher finden.

ck

Landarbeiterstreik in Guatemala

Die Lage der Landarbeiter Guatemalas ist unerträglich. Mit Beginn der Erntezeit hat sich trotz der stark angestiegenen Repressionswelle eine Streikbewegung entwickelt. Es geht um Lohnforderung, um die Bezahlung der Sonntagsarbeit, die Bereitstellung von Lebensmitteln und Arbeitsmaterial, um menschenwürdige Unterkünfte, um medizinische Versorgung und — wegen häufigen Betrugs der Plantagenbeauftragten — um korrektes Wiegen der Tagesleistung.

Die Bauern- und Landarbeiterorganisation Guatemals (CUC) hob die Bedeutung der internationalen Solidarität mit dem Kampf von 50.000 Landarbeitern im Frühjahr 1989 hervor. Deshalb soll erneut die Streikbewegung durch internationale Unterstützung gestärkt werden. Solidaritätskomitees in 28 Ländern sagten ihre Hilfe zu. Ziel der internationalen Kampagne ist „mit Briefen, Telefonanrufen und Anzeigen in der guatemaltekischen Presse, Druck auf die Großgrundbesitzer auszuüben. Aber wir bitten die Solidaritätsbewegung auch darum, sich an Militär und Polizei zu wenden, damit diese nicht — wie im Frühjahr — gegen die Landarbeiter vorgehen. Internationale Solidarität kann politisch, moralisch und materiell sein", so ein Vertreter der CUC in einem Interview mit dem Guatemalainfoblatt Cerigua vom 24.10.89.

Weitere Informationen:
Infostelle Guatemala e.V.
Heerstr. 205
5300 Bonn

Umschuldung für Apartheid

Am 18.10.89 gab der südafrikanische Zentralbankgouverneur Chris Stals bekannt, daß Südafrika mit seinen Gläubigerbanken ein neues Umschuldungsabkommen getroffen hat. Dieses Abkommen verlängert das im Juni nächsten Jahres auslaufende Umschuldungsabkommen bis zum 31.12.1993. Südafrika muß von seinen eingefrorenen Auslandsschulden in Höhe von 8 Mrd.-US-Dollar bis 1993 lediglich 1,5 Mrd. US-Dollar zurückzahlen. Die gesamten südafrikanischen Auslandsschulden betragen 21.5 Mrd. US-Dollar. An den Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika waren schon in der Vergangenheit aus der Bundesrepublik die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG und die Commerzbank AG maßgeblich beteiligt.

Dieses Umschuldungsabkommen stellt für den krisengeschüttelten Apartheidsstaat eine Überlebensmaßnahme dar. Es ist auch ein Vertrauensvotum für den neuen südafrikanischen Präsidenten F.W. de Klerk. Es räumt Pretoria nun zum dritten Mal Umschuldungsbedingungen ein, von denen die meisten der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt nur träumen können. Dieses Abkommen ist ein Schlag ins Gesicht der südafrikanischen Opposition, die nahezu einhellig eine Verweigerung der Umschuldungen geforder hatte, wenn nicht folgende Bedingungen erfüllt würden: Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie des Verbots oppositioneller Organisationen und der diskriminierenden Gesetze. Freilassung aller politischen Gefangenen und Eröffnung eines Prozesses von Verhandlungen über die Erarbeitung einer Verfassung eines demokratischen Südafrikas.

Keine dieser Bedingungen ist von der Apartheidsregierung erfüllt worden — die Freilassung von acht prominenten politischen Gefangenen vom 15.10.89 erweist sich als ein vordergründiges Manöver, das gegen die Forderung einer Verweigerung der Umschuldungen gerichtet war.

Das Umschuldungsabkommen hilft dem Regime aus einer wirtschaftlich äußerst prekären Situation. 1990/91 muß Südafrika Rückzahlungen in Höhe von etwa 3,5 Mrd. US$ auf den nichteingefrorenen Teil seiner Auslandsschuld leisten. Anfang 1989 waren Südafrikas Devisenreserven auf knapp 2 Mrd. US-Dollar gesunken.

Mit dieser Summe kann Südafrika nur 5 bis 6 Wochen seine Importe bezahlen — ein Wert, der als äußerst kritisch bezeichnet werden muß. Südafrika ist seit 1985 zum reinen Kapitalexporteur von etwa 10 Mrd. US-Dollar geworden. Offiziell liegt die Inflationsrate bei 15%, Wirtschaftsexperten schätzen sie jedoch auf 30%. Die Arbeitslosenquote liegt bei mindestens 35%. Das für 1989 erwartete Wirtschaftswachstum liegt bei 2%. Die wirtschaftliche Lage wird zusätzlich durch die hohen Kosten belastet, die durch Durchsetzung, Aufrechterhaltung und Verteidigung des Apartheidssystems entstehen. Der Sicherheitsapparat allein verschlingt ein Drittel der Haushaltsausgaben.

Der Zeitpunkt der Umschuldung ist für den Apartheidsstaat auch politisch sehr günstig. Er lag noch vor den Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung und der Unabhängigkeit Namibias. Damit wird der Druck auf Südafrika vermindert, sich strikt an den Unabhängigkeitsplan zu halten. Die Umschuldung wurde zudem noch vor Abschluß des Commonwealth-Gipfel vereinbart, von dem ein Beschluß zu weiteren Finanzsanktionen erwartet wird.

In der Bundesrepublik steht jetzt an, den Druck auf den am stärksten im Südafrika-Geschäft engagierten und maßgeblich an den Umschuldungsverhandlungen beteiligten Banken durch Kontenkündigungen zu erhöhen. Der Deutsche Evangelische Kirchentag könnte hier mit der Kündigung der Konten seines Fördervereins bei diesen Banken ein wichtiges Zeichen setzen.

AAB, Bonn, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid", München und Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Frankfurt/Main

Schwarze Frauen
Unterdrückung und Widerstand in Südafrika

Da wo die Europäerin sich beklagt, zweifach unterdrückt zu werden, ist es die schwarze Frau dreifach: wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer Schichtzugehörigkeit und wegen ihrer Rasse.
Unter diesen Ausspruch haben die Autorinnen der Broschüre „Schwarze Frauen — Unterdrückung und Widerstand" ihre Artikel gestellt. Sie setzen sich nicht nur mit der Situation der schwarzen Frauen in der Republik Südafrika auseinander, sondern nehmen auch Stellung zur Rolle der Frauen innerhalb der Widerstandsorganisationen, berichten über die Frauenorganisationen und über die „Machtkonstellation weiße Herrin, schwarze Magd in einer kolonialrassistischen sexistischen Gesellschaft".
Die 31 Seiten umfassende Broschüre, erschienen im Sommer 1989, ist für eine Mark beim ASTA der Freien Universität Berlin zu erhalten. Oder beim iz3w für 1 DM + 1,50 Porto.

Diaserie zu Daimler in Südafrika

Daimler Benz ist vor kurzem zum größten Rüstungskonzern in der Bundesrepublik aufgestiegen. Auch in Südafrika ist Daimler Benz trotz UNO-Waffenembargo ein wichtiger Lieferant von kriegsfähigem Gerät: Der Konzern stattet die südafrikanische Polizei und das südafrikanische Militär mit Fahrzeugen und Motoren aus. Die Stuttgarter Lokalgruppe der Anti-Apartheid-Bewegung beschäftigt sich schon seit Jahren mit dem Thema Daimler Benz in Südafrika. Seit Jahren konfrontiert sie Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionäre der Daimler Benz AG auf der Aktionärshauptversammlung mit diesem Thema. 1985 entwickelte sie zu diesem Thema eine Diaserie, die jährlich aktualisiert wird.

Ursprünglich war die Diaserie für den Einsatz bei Straßenaktionen gedacht. Anläßlich der Aktionärshauptversammlung wurde sie 1985 in einem verdunkelten Kastenwagen den Passanten der Stuttgarter Fußgängerzone gezeigt.

Die Diaserie ist in kurze Sequenzen aufgeteilt mit einem relativ schnellen Wechsel von Sprache, Musik- und Geräuschteilen. Am Anfang wird kurz auf die Rolle der Firma Daimler Benz in Deutschland eingegangen (Daimler als Lieferant der deutschen Wehrmacht, der Bundeswehr, die Firma nach dem Aufkauf von MTU, MBB, AEG). Danach wird die Rechtslage zu Exporten von Waffen und kriegsfähigem Gerät an Südafrika geschildert.

Im nun folgenden werden Unimoglieferungen und deren Einsatz als Raketenwerfer „Valkiri" gezeigt, Fahrzeuge mit in Daimlerlizens gefertigten Motoren und Daimlerpolizeifahrzeuge werden bildlich belegt. Gleichzeitig erklären die SprecherInnen, wozu diese Fahrzeuge in Südafrika und den Frontstaaten benutzt werden. Augenzeugenberichte über den Einsatz dieser Fahrzeuge bei Zwangsumsiedlungen und beim Einsatz gegen Proteste und Demonstrationen veranschaulichen das Gesagte. Sachliche Informationen über die Daimlerniederlassungen in Südafrika wechseln sich mit grundsätzlicheren Informationen zur Apartheid in Südafrika ab. Am Ende werden Aussagen prominenter Apartheidgegner wie Desmond Tutu offiziellen Stellungnahmen der Firma gegenübergestellt.

Die Diaserie kann bei Gruppen mit sehr unterschiedlichen Vorkenntnissen eingesetzt werden, da sie sowohl Detailinformationen über Daimler Benz in Südafrika als auch generellere Informationen über Südafrika enthält.

Dauer: ca. 20 Minuten
Bezug: Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/211355

Mexiko - Die Kupfermine von Cananea wird versilbert

Die Sonne war noch nicht aufgegangen, da hatten bereits über viertausend Armeekräfte das staatliche Minengelände umstellt. Die ArbeiterInnen wurden vertrieben, die Kupfermine vorläufig stillgelegt. An die offizielle Begründung für die Schließung („Wirtschaftlicher Ruin") allein fehlt den Beschäftigten der rechte Glaube. Letztes Jahr noch förderte die Mine 125.000 t Kupfer, ein strategisch wichtiger Rohstoff, auf dessen Abbau das Land angesichts der schwierigen ökonomischen Situation nicht verzichten kann. Sorgsam vom Militär bewacht und vor Plünderungen geschützt, steht die Mine nun zum Verkauf an ausländische Investoren — als einmaliges Sonderangebot für ein paar Millionen Dollar, die sich angesichts der mexikanischen Auslandsverschuldung von über 100 Mrd. Dollar geradezu bescheiden ausnehmen.
Die rund 3800 ArbeiterInnen sind bereits entlassen, und das macht die Mine für Kapitalanleger interessant. Die Gewerkschaft hat nach der Schließung bei Verkaufsverhandlungen keinen Einfluß mehr auf zukünftige Arbeitsbedingungen und Anzahl der Beschäftigten. So scheint der lange Kampf der organisierten ArbeiterInnen um Lohnerhöhungen und Sozialleistungen vorerst verloren. Für die Menschen in der Kleinstadt Cananea, die zum größten Teil von der Mine lebten, bedeutet die Schließung eine Katastrophe. Weder bekamen die ArbeiterInnen bisher vom Staat eine Entschädigung, noch gibt es im weiten Umkreis der Stadt Arbeitsmöglichkeiten. Falls sich ein privater Betreiber für die Mine finden wird, werden sie vor der Alternative stehen, unter noch schlechteren Bedingungen zu arbeiten oder aus der Region zu fliehen.
Der Entschluß der mexikanischen Regierung, die Mine zu privatisieren, steht im Einklang mit der vom IWF geforderten Wirtschaftspolitik. So ist die Kupfermine von Cananea nicht der erste Staatsbetrieb, der dieses Jahr versilbert wird. Auch in der Tourismus-, KFZ- und Elektronikbranche lockt die Regierung von Salinas das ausländische Kapital mit Investitionsanreizen. Dies ist der Preis für Vereinbarungen der Marke Brady.

uh

Menschenrechtsverletzungen

Menschenrechtsverletzungen sind in Marokko keine Seltenheit. Besonders häufig sind es Sahrauis, die unter Übergriffen von marokkanischer Seite zu leiden haben. Es gibt erschütternde Berichte von ehemaligen Häftlingen über die Haftbedingungen und systematische Folter in marokkanischen Gefängnissen. Und auch die Methode des „Verschwindenlassens" hat sich Marokko im Kampf gegen politische Gegner bereitwillig zu eigen gemacht. Nach einer Liste der im August dieses Jahres gegründeten „Vereinigung der Familienangehörigen gefangener und verschwundener Sahrauis" sind seit 1975 mehr als 800 sahrauische Zivilpersonen in marokkanische Haft geraten und nicht wieder aufgetaucht. Zwei Vertreter der Vereinigung haben zwischen September und November verschiedene europäische Länder bereist und diese Liste auch der bundesdeutschen Sektion von Amnesty International vorgelegt. Amnesty hat zugesagt, die dokumentierten Fälle zu prüfen. Marokko bestreitet die Existenz solcher „Verschwundenen". Die Dokumentationen der Sahrauis seien nichts als Fälschungen und Propaganda der Polisario.

Zweiter Nationalkongreß der Campesinobewegung in Paraguay

In der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 1989 wurde Diktator Strössner nach fast 23 Jahren durch einen Putsch gestürzt. Der bis dahin zweitmächtigste Mann Paraguays, General Rodriguez, Putschist und jetziger Präsident, verspricht Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und eine Agrarreform.
Die schon unter Strössner gegründeten Arbeiter- und Bauernorganisationen nutzen den politischen Freiraum und verzeichnen großen Zulauf. Die wirtschaftliche Situation der Arbeiter und Bauern hat sich allerdings unter der neuen Regierung mit der Einführung des neo-liberalen Wirtschaftssystems wesentlich verschlechtert. Privateigentum ist heiliger denn je; die Konzentration des Kapitals, der Kapitalgüter und des Landes intensiviert sich.
Über 70 % der 3,5 Millionen-Bevölkerung Paraguays sind Campesinos (Landbevölkerung), von denen 350.000 Familien kein Land für ihren Lebensunterhalt besitzen.
Paraguay, das hauptsächlich von Landwirtschaft und Viehzucht lebt, bewegt sich auf eine Agrarkrise zu, die durch folgende Besitzstruktur verschuldet wird:
*12 internationale Konzerne besitzen 13.000.000 ha,
*25 Familien der Oberschicht besitzen 12.000.000 ha,
*ca. 1.500 Landbesitzer und Immobilienfirmen besitzen 7.000.000 ha.
Weniger als 2.000 Personen sind also im Besitz von 32.000.000 ha des insgesamt 40.000.000 ha großen Landes, das sich für Landwirtschaft und Viehzucht eignet. 90 % des Landes befindet sich in Händen einer gesellschaftlichen Minderheit von nicht einmal 2 %.
Die hier aufgezeigten Aspekte sind die Motive für den Aufruf zum zweiten Nationalkongreß der Paraguayischen Campesinobewegung MCP. Die MCP ist eine Organisation von Campesinos ohne Land und von Kleinbauern, sowie von fünf Bewegungen, die mit der MCP koordiniert sind:
1. Kommission der Familien der Verschwundenen und Ermordeten (CPFDA),
2. Kommission der Campesinos ohne Land (APCT),
3. Koordination der Campesinofrauen (CMC),
4. Koordination der Campesinojugend (CJC),
5. Verband der Kleinbauern (APPA).

Die MCP ist schon 1980 unter der Strössner-Diktatur gegründet worden. Ausgehend von der Realität der Campesinos und der veränderten politischen Situation will die MCP die entstandenen „demokratischen Freiräume" (Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit) nutzen, um ihre Rechte und Forderungen einzuklagen und um den Kampf für eine tatsächliche Agrarreform voranzutreiben. Da der erste Kongreß der MCP zu Strössner-Zeiten abgehalten wurde, die Forderungen, Beschlüsse und Arbeitsmethoden also auf die repressive Situation ausgerichtet waren, müssen jetzt Arbeitsmethoden und Forderungen, Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsformen den neuen Bedingungen angepaßt werden.
Da die MCP wie auch entsprechende Arbeiterorganisationen jetzt großen Zulauf haben, die internationalen Kontakte aber noch nicht ausgebaut sind, fehlt es an Hilfe von außen. Die MCP benötigt für Fahrtkosten, Verpflegung, Unterbringung und Saalmiete für 500 Delegierte aus ganz Paraguay 19.000 DM.
Die MCP hat sich kürzlich an die Paraguay Arbeitsgemeinschaft (PAG) in Mönchengladbach gewandt mit der Bitte um Mitfinanzierung des Kongresses. Die PAG, die einen Betrag von 19000 DM unmöglich allein aufbringen kann, gibt diese Bitte weiter. Jeder Spender erhält von der PAG eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.
Bankverbindung
Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V.
PschA. Essen, Kto.-Nr. 352 426-438

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 49, November 89
Schwerpunkt: Humangenetik und Eugenik — Beiträge zu Pränataldiagnose, Gentests bei vererblichen Krankheiten und „Bioethik". Aktuelles: DNA-Fingerprinting an Mengeles Leiche / Freisetzungsexperiment: Der Mensch / Neues Prinzip bei Eiweißsynthese? / rBST-Entscheidung vertagt. Berichte: Das Westberliner Fingerabdrucklabor / Schweizer Gentech-Kartoffel / Biotechnica '89 ...
Einzelpreis: 5,- DM, Jahreabo: 60,- DM
Bezug: GID-Redaktion, Potsdamer Str. 96, 1000 Berlin 30

Querbrief 3/89
Sonderausgabe 30 Jahre WFD
Auf 64 Seiten Geschichte, Windungen und Wendungen: von der antifaschistischen Gründung über internatioanle Workcamps zur Entwicklungsorganisation. Zugleich eine Geschichte der 3. Welt Bewegung in der BRD.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstraße 14, 1000 Berlin 61, Preis: DM 4,-

---

ila 130, November '89
Schwerpunktthema: Latinos in den USA.
Die Nummer enthält Beiträge zur Situation der Latinos in den USA, zur Geschichte der mexikanischen Einwanderung, über die Situation mexikanischer Frauen in den USA, zur Lage der PuertorikanerInnen, zu den besonderen Hintergründen der salvadorianischen Flüchtlingswelle und ein Interview mit „Superbario", dem Symbol der städtischen Volksbewegung Mexikos über seine Erfahrungen einer USA-Reise. Dazu ein provokativer Beitrag über das Verhältnis von Solibewegung und Latinos in der BRD.
Weitere Beiträge zu Bayer in Brasilien, zur Lage in Chile vor den Wahlen, zur Amnestie in Argentinien, zu der Rückkehr salvadoreanischer Flüchtlinge aus Honduras u.a.m.
Einzelpreis: 4,- DM, Jahresabo: DM 40,-

---

ami (antimilitarismus information) 11/1989
Berichte: Tiefflug in den 90er Jahren: Herbstmanöver und andere Umweltschäden; Aktionsplan der IPEG wird umgesetzt: Fregattenbeschaffung umstritten; Jäger 90 in Gefahr?; Europa grenzenlos für Polizei und Daten; Opposition fordert Kündigung des deutsch-brasilianischen Atom-Abkommens; Rüstungskontrolle: Es geht voran — Recht: Doppelbestrafung für Totalverweigerer; Bemerkungen zum Urteil des OLG Karlsruhe — Im Vordergrund: Martin Krauß: Deine, meine, unsere Bundeswehr; Stoltenbergs Vorstellungen zur Hebung der Kampfmoral — Friedensarbeit: Bruno Kaufmann: Volksabstimmung über „Eine Schweiz ohne Armee"; Einzelpreis: 2,50 DM, Abo: 32,25 DM
Bezug: ami, Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30

Forum Nr. 140
EG — Außenbeziehungen zu den Ländern der „Dritten Welt" Teil 1
— ASEAN — SADCC — AKP (Lomè-Abkommen)
Notizen aus der Szene — Buchbesprechungen — Diskussionsbeiträge — Termine — Forum Nr. 141 erscheint im Dezember. Inhalt: EG-Außenbeziehungen, Teil 2

---

envio Nr. 99 (Sept. 89):
Die Kandidaten / Das Wahlspektrum ist vollständig: Eine Analyse des Parteienspektrums in Nicaragua, in der die geschichtlichen und aktuellen Hintergründe für die Zersplitterung der Parteien aufgezeigt werden. Außerdem wird deutlich, welche Splitterparteien mit welchen Personen eigentlich wo zuzuordnen sind. „Grüne Probleme" — Ein Bericht über die ökologischen Probleme, ihre Ursachen und mögliche Lösungsansätze in Nicaragua.
envio — Monatszeitschrift des Instituto Historico Centroamericano, Managua. Hrsg. der deutschen Ausgabe: Informationsbüro Nicaragua; Einzelpreis 6,- DM; Abonnement 29,- DM 1/2 jährl., zzgl. Porto und Versand. Bestelladresse: Edition Nahua, Postf. 10 13 20, 5600 Wuppertal 1

---

epd-Entwicklungspolitik 19/20/89
Analyse: Ohne menschliches Antlitz — Bericht von der 44. IWF/Weltbank-Jahrestagung · Atombombe der Armen? Chemische Waffen in der Dritten Welt · „Bürgerkrieg ohne Waffen" — Geschäfte mit der Krise in Argentinien · Hoffnung und Angst — Wahlen in Namibia · Papua-Neuguinea: Zeitbombe im Fly River · Analyse des Agenturangebotes von ANN, APIA und IPS
Information: Kollaps des BMZ-Haushaltes? · Repnik in Brasilien · Fünf Jahre Pestizid Aktions-Netzwerk
Dokumentation: D. Senghaas: F. List und die Entwicklungsproblematik · Hintergrundüberlegungen der Europäischen Schuldenkampagne · Schaubild: Schulden made in USA · M. Löwy: Theologie der Befreiung

---

Lateinamerika Nachrichten, November 1989
Verschuldung: Der IWF — ein Jahr nach Berlin. Wahlen in Chile: „Demokratur" statt Diktatur? „Wir bleiben die Angeschissenen" Interview mit BewohnerInnen der Armenviertel.
Noch mehr Wahlen: Uruguys: Wahlk(r)ampf ohne Hoffnung; Brasilien: Einer wird gewinnen Panama: Der General in seinem Labyrinth — Freier Markt für Kaffee — Argentinien: lebenslänglich für la Tablada — Mexiko: Ein Haus für Frauen — Nicaragua: Abtreibung — El Salvador: Ergebnisloser Dialog
Einzelheft: 5 DM; Abo: 55 DM
Bezug: LN im Mehringshof, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

DRITTE WELT, November, 11/1989
Schwerpunkt: Südafrika. Neuer Präsident, neue Politik? Interview mit Trevor Manuel (UDF) — Dokumente: OAU über Verhandlungen — ANC-COSATU-UDF-Papier über Verhandlungen — ANC zur gegenwärtigen Lage — Rüstungsgeschäfte mit der Apartheid — Namibia vor der Wahl — Angola: taz-Ente über Giftgas — Osttimor: Interview mit M. Alkatiri (FRETILIN) — Palästina: Mubarak-Plan — Kolumbien: Drogen-Krieg — Nicaragua im Wahlkampf — El Salvador: Verhandlungen — 9. Gipfel der Nichtpaktgebundenen — Raketen-Rüstungswettlauf in der Dritten Welt — Interview mit dem sowjetischen Wissenschaftler N. Simonia über Afghanistan.
Einzelheft: 3,- DM; Abo: 33,- DM
Bezug: DRITTE-WELT-LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Internationaler Palästinakongreß in Hamburg, 2.-4.3.90. Information und Anmeldung: FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V., Postfach 304145, 2 Hamburg 36

„Hunger und Landrechte" - Menschenrechtsarbeit bei FIAN. 19.-21. Jan. 90 in Freudenberg (bei Siegen). Information und Anmeldung: Karl Tißen, Leostr. 13, 43 Essen 1

Seminare der evangelischen Akademie Loccum
- **„Bessere Bilder von der Dritten Welt?"** Versuche zur Verbesserung der Berichterstattung, 16.-18.3.90
- **„Afrikanische Alternativen" mit Hilfe der Europäer?** Der EG-Binnenmarkt und die Zukunft der Ökonomien Schwarzafrikas, 9.-11.7.90

Information und Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum

---

„Zur Relevanz des Fremden für unsere Kultur" - Eine Fachtagung des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) 11.-13.5.90 in Nürnberg; Information und Anmeldung: ISKA, Untere Krämersgasse 3, 85 Nürnberg

---

Seminare der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
- **Die Alternative zur Gewalt: Soziale Verteidigung.** Tagesseminar am 20.1.90
- **Ausbildung von TrainerInnen in Gewaltfreier Aktion.** Wochenendsem. 26.-28.1.90
- **Eine Woche Gewaltfreiheit üben in verschiedenen Lebensbereichen**, 26.2.-4.3.90
- **Die Bundesrepublik und die „Dritte Welt"** - oder: Was hat unser Wirtschaftssystem mit den Hungernden des Südens zu tun? Tagesseminar 17.3.90

Information und Anmeldung: F. u. Begegnungsstätte Mutlangen, Forststr. 3, 7075 Mutlangen

---

Seminare des forum eltern und schule (fesch):
- **Betroffensein genügt nicht - Unterrichtspraxis für Menschenrechtserziehung in der Schule** (In Zusammenarbeit mit amnesty international) 5.3.-7.3.90 in Radevormwald
- **Contra-Connection BRD.** Über die Aktivitäten der Contras in der BRD (In Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro Nicaragua e.V.) 7.-9.3.90 in Radevormwald

Information und Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1

Seminare des AKE-Bildungswerkes Vlotho
- **Leben im Exil**, 5.1.-7.1.90 in Vlotho
- **Partner werden nicht schwer, Partner sein dagegen sehr**, 12.1.-14.1.90
- **„Theater der Unterdrückten" nach Augusto Boal**, 19.1.-21.1.90
- **Zur aktuellen Situation der Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika - Gerechtigkeit oder Straffreiheit?** 9.2.90-11.2.90
- **Den eigenen Rassismus überwinden**, 9.2.-11.2.90

Information und Anmeldung: Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. (Bildungswerk) Horstweg 11, 4973 Vlotho, 05733/6800

Claus Euler (Hrsg.): **Eingeborene — ausgebucht, Ökologische Zerstörung durch Tourismus**, ökozid 5, Focus Verlag, Gießen, 1989 ca. 200 Seiten.

Camuch — Deutsche Kommission für Frauenrechte in Chile: **Poesia Prisionera, Texte gefangener Frauen aus Chile**
Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1989, 96 S. (span.-deutsch), 12,- DM

Peter P. Waller, Wolfgang Zehender
Erfolgsfaktoren für Strukturanpassung in westafrikanischen Ländern
DIN A 4 Format, 150 Seiten, Berlin 1989, Bezug: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Fraunhoferstr. 33-36, 1000 Berlin 10

Osteuropa und die Dritte Welt
Mit Beiträgen von/ Laure Després, Klaus Fritsche, Giovanni Graziani, Lothar Jung, Ewa P. Müller, Elizabeth Kridl Valkenier
Junius Verlag, Hamburg 1989

Michael Sontheimer
„Im Schatten des Friedens“ — ein Bericht aus Vietnam und Kamputschea“ — Rotbuch Verlag, Berlin 1989, 206 S., 16,- DM

Rose Haferkamp, **Afrikaner in der Fremde, Lehrjahre zwischen Wunsch und Wirklichkeit**, Trickster, München 1989, ca. 150 Seiten.

Janik Dieter; Lustig Wolf: **Die spanische Eroberung Lateinamerikas**. Eine kommentierte Anthologie von Originalzeugnissen. Vervuert 1989, Frankfurt/M., 250 Seiten.

Die neue Etappe des Krieges gegen Nicaragua — „Demokratisierung“ zum Sturz der Sandinisten. Hg.: AutorInnenkollektiv CoCoPiranhas, 56 Seiten, DM 7,-
Städtepartnerschaft Kreuzberg, Katzbachstr. 7, 1000 Berlin 61

Baumgartner, Gabriel, Gottwald, Leonhard, Molders
D' Anbuissons neue ARENA. Stopp der Entwicklungshilfe in El Salvador. Herausgeber: Informationsstelle El Salvador / medicio international. Bestelladressen: Infostelle El Salvador, Heerstr. 203, 5300 Bonn 1 und medico, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1

Lida van den Broek
Am Ende der Weißheit — Vorurteile überwinden. Ein Handbuch, Orlanda Frauenverlag, Berlin 1988, 152 Seiten, DM 22,-

---

José Carlos Mariátegui
Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen. Edition Exodus, Freiburg (Schweiz) 1986, 318 Seiten.

Schenkt das Geld nicht dem Finanzamt, sondern uns!

Die „blätter des iz3w“ erscheinen mittlerweile seit 19 Jahren. Für eine in starkem Maße von Ehrenamtlichen getragene Aktionsgruppe, die ohne größere Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu in der Lage sind, um eine Spende.
Das Finanzamt erkennt Eure Spenden als steuerlich abzugsfähig an, wenn Ihr auf das Konto 1249606 der Stadtkasse Freiburg bei der Volksbank Freiburg, (BLZ 68090000) überweist (Verwendungszweck: Durchlaufspenden zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg). Die Stadt leitet das Geld an uns weiter und stellt Euch die Spendenbescheinigung für das Finanzamt aus. Die Finanzämter schreiben dieses Verfahren der sogenannten Durchlaufspenden vor.
Da es im letzten Jahr zu Mißverständnissen kam, wollen wir darauf aufmerksam machen, daß eine Bezahlung des „blätter“-Jahresabos auf diesem Wege nicht möglich ist.
Wenn ihr Eure Spenden nicht steuerlich absetzen könnt (weil ihr keine Steuern bezahlt); spendet direkt auf das Konto 148239-755 bei Postgiroamt Karlsruhe oder unterstützt uns durch Beitritt zum „Förderkreis für die blätter des iz3w“ durch einen regelmäßigen Dauerauftrag (ab monatl. 5 DM bzw. vierteljährl. 15 DM) auf unser Konto beim PschA Karlsruhe. Mit dem Beitritt zum Förderkreis ist das Abo bezahlt.

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

810/ 1/162/56412

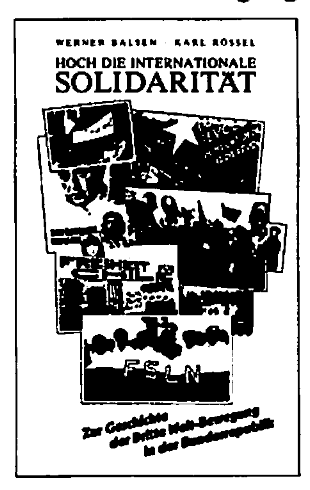
ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

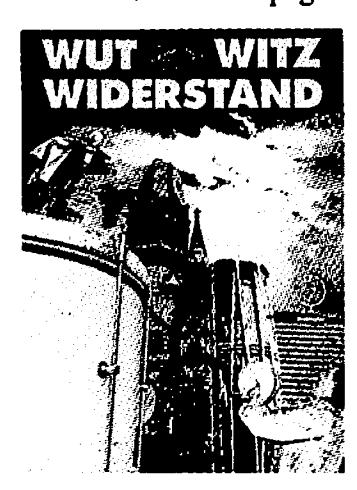
Unser Angebot gilt bis zum 31.12.1989

Für jedes von Dir (AbonnentIn der „blätter des iz3w“) vermittelte Jahresabo (Geschenk- oder Normalabo) erhältst Du nach Wahl eines der folgenden Bücher:

Die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung



Ein Fotoband zur IWF/WB-Kampagne



für jede/n UrlauberIn



Wer bis zum 31.12.1989 die „blätter des iz3w“ abonniert kommt noch in den Genuß des alten Abopreises von DM 40,-*. Ab Januar 1990 müssen wir den Abopreis an die gestiegenen Produktionskosten anpassen. Das Normalabo wird auf DM 48,-* erhöht.

*Einkommensschwache AbonnentInnen erhalten den reduzierten Preis von DM 30,- (DM 38,- ab Jan. 1990). Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß der reduzierte Preis nicht kostendeckend ist.

✂ -

Ich bin die/der AbonnentIn, die/der eine/n neue/n AbonnentIn geworben hat oder ein Jahresabo verschenkt:

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich möchte das folgende Buch als Geschenk für die Abowerbung/für das Geschenkabo

☐ Wut, Witz, Widerstand

☐ Hoch die Internationale Solidarität!

☐ „Klar, schön war's, aber...“

Ich erhalte das Buchgeschenk nach Eingang des Betrages für das Neuabo/Geschenkabo.

Ich möchte ein Jahresabo verschenken — und zwar an folgende Person:

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diesen Aboauftrag innerhalb einer Woche widerrufen kann und bestätige dies mit meiner zweiten Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Alle Abos incl. Porto; Ausland zuzüglich Differenz zum Inland; Rechnung abwarten oder Scheck beilegen!

**An: iz3w, Postfach 5328
7800 Freiburg**

Ich bestelle die „blätter des iz3w“ (acht Ausgaben/Jahr)

☐ im Abonnement (DM 40,-) für mindestens ein Jahr.
Das Abo kann jeweils zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

☐ als unverbindliches Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
☐ in bar
☐ in Briefmarken
☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diesen Aboauftrag innerhalb einer Woche widerrufen kann und bestätige dies mit meiner zweiten Unterschrift.

Datum/Unterschrift